

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pfg.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr... bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Freitag, den 30. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Ein Opfer der Junker.

I.

Bei der Vereidigung von Marinerekruten in Kiel hat der Kaiser kürzlich die Niederlage von Jena aus dem Mangel an Gottesfurcht erklärt...

Es ist denn auch höchst charakteristisch für diese angenehme Sorte von Politikern, daß während sonst jeder herannahende Säkulartag den bürgerlichen Büchermarkt mit Unmassen von Literatur und Manuscripten übersättigt...

Stein selbst war auch ein Junker, aber immerhin nicht von der hungrigen ostelbischen Klasse. Er stammte aus einem alten Reichsrittergeschlecht des südwestlichen Deutschlands...

Dann kam die Schlacht bei Jena. Die preussischen Junker wurden schmählich zusammengedrückt und übergeben in feigem Verrat die Festungen des Staates.

seits von demütigenden Friedensverhandlungen ab, zu denen das zusammengeprügelte Junkerpad unaufhörlich riet, andererseits drängte er nun erst recht auf die Reformen...

Indessen damit hatte sich auch der bodenbeige Despotismus des fribergiannischen Preussens überlagert. Auf Befehl Napoleons mußte Friedrich Wilhelm ein halbes Jahr darauf Stein als leitenden Minister des preussischen Staates anstellen...

Seitdem sich die Flügelstut über die sogenannten Freiheitskriege einigermassen zu verlaufen beginnt - sie hat leider allzulange gedauert - wird auch in der bürgerlichen Geschichtsschreibung hier und da schon die Richtigkeit der von Napoleon immer wiederholten Behauptung anerkannt...

diesem Sinne wirklich befreit hat. Immer wo er seine siegreichen Adler aufspannte, führte er bürgerliche Reformen ein, denn sie waren die Bürgschaft seines Sieges...

So war es denn keine Ironie, sondern eine sehr einfache Logik, die Napoleon veranlaßte, die Provinzen, die er dem preussischen Staate abgerissen hatte, bürgerlich zu reformieren...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März.

Kolonialkomödie.

Die Konservativen und Nationalliberalen waren heute im Reichstage sehr zahlreich zu frühlichem Lun versammelt und auch die Freisinnigen hatten ihre Namen zu einer hochmonarchischen Kundgebung versammelt.

Bekanntlich ist in der Budgetkommission die von der „allerhöchsten Stelle“ gewünschte Schaffung eines Kolonialamtes mit einem eigenen Staatssekretär an der Spitze abgelehnt und nur ein Unterstaatssekretär bewilligt worden.

Ehe es überhaupt zu dieser Haupt- und Staatsaktion kam, wurde die Beratung des Rot-Statsgesetzes für die Monate April und Mai erledigt - der Gesetzentwurf wurde an die Budgetkommission verwiesen - und sodann auch noch der Etat für die Verwaltung der Marine in der zweiten Lesung verabschiedet.

Der Reichskanzler, Fürst Bülow, begründete höchst-eigen die Forderung der Regierung und beschwor das hohe Haus, im Interesse der Integrität unserer teuren Kolonien ein selbständiges Kolonialamt zu schaffen.

Zunächst war es drollig anzuhören, wie die Kolonialfrage sich für die Forderung ins Zeug legten, es aber nur zu abgestandenen Nebenarten und einigen ungeschickten Giertänzen brachten.

Für das Zentrum begründete der Abg. Spahn die ablehnende Haltung und von sozialdemokratischer Seite sprach Debel in einer sehr instruktiven Rede gegen die Forderung.

Freitag beginnt sofort die namentliche Abstimmung, dann kommt der Militärstat zur zweiten Lesung.

Aus dem preussischen „Parlament“.

Am Donnerstag tagten wieder beide Häuser des Landtages. Das Herrenhaus setzte die Etatsberatung fort. Man muß es diesen geborenen Gesetzgebern lassen: so prompt und schnell wie sie arbeiten gewöhnliche Sterbliche nicht.

Eisenbahn- und der Bergwerksverwaltung, wurden im Handumdrehen „erledigt“, und hätte nicht Graf Mirbach es für nötig gehalten, alle 5 Minuten sich von seinem Sitze zu erheben und die Regierung um Liebesgaben für den Osten anzufordern, so hätte die ganze Etatsberatung bereits in dieser Sitzung ihr Ende erreicht. Es wirkt nachgerade abstoßend, wie dieser dreiste Junker bei jeder Gelegenheit das Wort ergreift, um immer und immer dasselbe zu schwören. Entweder er fordert zu Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie auf, oder er jammert und winselt über die „Notlage“ der armen Großgrundbesitzer. Selbst die Mitglieder des Hauses und der Regierungsvertreter hören sein ewiges Einerlei nur ungern an, und es wurde im Hause mit lebhafter Genugtuung begrüßt, als der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben ihm anlässlich einiger Bemerkungen über den „gerissenen Finanzminister“ Herrn v. Miquel eine scharfe Abfuhr erteilte. Wahrlich, es gehört die ganze Reife eines ostelbischen Junkers dazu, sich im Namen der Bewohner Ostelbiens über die Miquel'sche Steuerreform zu beschweren, die doch eingeständenermaßen den Agrariern ganz erheblich zuwendungen auf Kosten der Gesamtheit beschert hat. Natürlich klagten Mirbach sowie einige seiner Standesgenossen auch jetzt wieder über die Reichserbschaftsteuer, die einer „Vermögenskonfiskation“ gleich kommt! Seine Kennerung, er ziehe der Reichserbschaftsteuer sogar eine Reichseinkommensteuer vor, ist wohl ebenfalls nicht zu nehmen, wie sein tiefsinniger Vergleich zwischen Ostelbien und Russland, der zugunsten Russlands ausfiel! Wir hätten wahrhaftig nichts dagegen, wenn der edle Graf nach Russland ausgewanderte. Ein Gewinn für Russland wäre das freilich nicht.

Somit ist aus der Etatsberatung nur noch die Erklärung des Vertreters des Eisenbahnministers zu erwähnen, daß die preussische Regierung entschlossen sei, die Tarifreform auf alle Fälle durchzuführen, auch wenn die übrigen Bundesstaaten von einem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen wollen.

Am Freitag wird die Etats-„Beratung“ fortgesetzt. Das Abgeordnetenhaus überweist das vom Herrenhause abgeänderte Kreis- und Provinzialabgabengesetz nochmals an eine Kommission und beriet sodann die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes zu Ende. Die Debatte war ein geradezu vernichtendes Urteil über die Vorkämpfer der preussischen Regierung, vor allem über die dadurch künstlich gezüchtete Korruption. Selbst den Freunden der Ostmarkenpolitik scheint es angst und bange zu sein, wenn sie die „Erfolge“ sehen. Natürlich wird die Regierung trotzdem „zielbewußt“ ihren Weg weiter gehen und nach wie vor das Geld der Steuerzahler für ihr fruchtbares Experimentieren zum Fenster hinaus werfen.

Am Freitag soll die Kommission zur Beratung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes Bericht erstatten.

### Endlich handelsrein.

Die diplomatische Kauferei um die Beute in Marokko scheint nun wirklich ihrem Ende entgegenzugehen zu sollen. Ueber die unstrittene Stellung des famosen Generalinspektors ist man zu einer Einigung gelangt, indem man einen Vorschlag des amerikanischen Delegierten akzeptierte. Nach diesem Vorschlag soll der Sultan einem höheren Offizier des niederländischen oder schweizerischen Heeres das Generalinspektorat übertragen, der natürlich feinerweise von der Regierung seines Landes in Vorlage gebracht worden ist. Der Generalinspektor soll seinen Wohnsitz in Tanger nehmen und mindestens einmal im Jahre die verschiedenen Polizeikörper besichtigen. Auch in der Bankfrage ist man zur Einigung gelangt. Die französische Bankgruppe erhält die von Frankreich geforderten drei Anteile von insgesamt 14 Anteilen.

Sämtliche Delegierte der Mächte haben sich über diesen Ausgang des Marokkofachens in der enthusiastischsten Weise geäußert. Auch die französische Presse gibt ihrer Genugtuung über den Ausgang der Affäre Ausdruck, wobei sie liebenswürdig genug ist, auch den „Erfolg“ Deutschlands zu bestätigen, der darin liegt, daß die Unantastbarkeit der Souveränität des Sultans und das Prinzip der offenen Tür nunmehr allgemein anerkannt sei. Nur die Vertreter Marokkos selbst sind recht ungenügend darüber, daß nun doch eine Einigung zu stande gekommen ist, deren Kosten selbstverständlich Marokko zu tragen haben wird.

Und um dies grandiose Ergebnis zu erzielen, war es nötig, eine Völkerhege zu inszenieren, deren Wirkungen namentlich auf dem Gebiete des allgemeinen Vertrauens noch ganz unübersehbar sind!

### Deutsches Reich.

Der Protest gegen den Hamburger Wahlrechtsraub unter Anklage. Anfang Februar wurde im Hamburger Staatsgebiet als Antwort auf die Wahlrechtsänderungsbeschlüsse der Volksvertretung und die am 17. Januar von der Polizei bewiesene Willkür ein Flugblatt verbreitet, das den Titel trägt: „Der Wahlrechtsraub und die Staatsgewalt! Recht oder Willkür?“ Dies Flugblatt, vom Genossen Schaumburg als Verfasser gezeichnet, wurde nun beschlagnahmt und Genosse Schaumburg, Mitglied der Hamburger „Vürgerchaft“ (Parlament) wegen Aufreizung zum Klassenhaß und wegen öffentlicher Beleidigung des Hamburger Senats angeklagt. Der Anklage zufolge soll das Flugblatt Stellen enthalten, die geeignet sind, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander aufzureizen, und außerdem soll es durch scharfe Ausdrücke den Senat, eine gesetzgebende Versammlung eines Bundesstaates, beleidigt haben.

Die Beleidigungen des Senats werden in der Bezeichnung der von ihm eingereichten Verfassungsänderung als eines „Wahlrechtsraubes“ sowie in Ausdrücken wie „Wahlrechtsräuber“, „Schamlosigkeit“ usw. erblickt.

In der gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Den Senat als Körperschaft habe er nicht beleidigen wollen, zumal ihm ja bekannt sei, daß sieben Senatoren gegen die Wahlrechtsvorlage gestimmt hätten, aber im Senat in der Minderheit geblieben seien. Die erhobenen Vorwürfe seien allgemein gegen diejenigen Angehörigen der herrschenden Klassen gerichtet, auf deren Betreiben und in deren Einverständnis die Wahlrechtsverfälschung zustande gekommen sei. Die treibenden Kräfte beim Wahlrechtsraub seien hinter den Kulissen des Senats und der Vürgerchaft, in den Reihen der sogenannten Scharfmacher zu suchen, die ihr Unwesen innerhalb und außerhalb Hamburgs trieben. Die scharfe, durchaus berechtigte Kritik sei keine Beleidigung. Eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten liege ebensowenig vor. Das Flugblatt weise die Hamburger Arbeiter in deutlicher und entschiedener Weise auf das ihnen zugesagte Unrecht hin und fordere sie auf, mit allen gesetzlichen Mitteln für ein gerechtes Wahlrecht zu kämpfen. Der Satz: „Schonet hin auf Russland usw.“ enthalte, wie der Zusammenhang ergebe, keine Aufreizung, sondern lediglich eine Warnung an die herrschenden Klassen vor den Folgen der Wahlrechtsverfälschung.

Der Staatsanwalt beantragte ein Monate Gefängnis wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Beleidigung des Senats. Das Gericht erkennt auf Freisprechung von der sogenannten „Aufreizung“ und auf 300 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Senats.

Der Hamburger Senat hat durch den Strafantrag wegen Beleidigung sich auf das Niveau des sächsischen Landtags und preussischen Herrenhauses gestellt.

### Ablehnung der Bergarbeiter-Beschwerden.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Beschwerde der Bergarbeiter gegen die durch die Normalarbeitsordnung festgesetzte neunstündige Arbeitszeit für Anschläger am Schacht, für Pferdebtreiber und für die bei der unterirdischen maschinellen Förderung beschäftigten Arbeiter ab, unberechtigt zurückgewiesen. Der § 93b Absatz 1 der Novelle vom 14. Juli 1905 bestimmt, daß die regelmäßige Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf, und daß ein etwaiges Mehr der Ein- und Ausfahrt auf die Arbeitszeit angzurechnen ist. Um zu verhindern, daß diese Vorschrift durch Einführung einer längeren Arbeitszeit umwikkam gemacht wird, bestimmt das Gesetz weiter, daß „eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, unzulässig ist“. Die Bergarbeiter glaubten, durch diese Bestimmung vor den willkürlichen Arbeitszeitverlängerungen, die den Hauptstoß zum Ausbruch des Streiks gegeben haben, geschützt zu sein. Der Minister macht ihnen nun klar, daß die Aufzwingung längerer Arbeitszeit durch die „Reform“-Novelle gesetzlich sanktioniert wird. Er sagt:

Die Natur des Betriebes bringt es mit sich, daß die Arbeitszeit für die drei genannten Arbeiterkategorien nicht überall genau dieselbe sein kann, wie die der anderen unterirdisch beschäftigten Arbeiter, und daß sie auch auf dem einzelnen Werke insofern Veränderungen des Betriebes unter Umständen geringe Änderungen erfahren muß, wenn der Betrieb nicht leiden soll. Die in Frage stehende Bestimmung im § 7 will lediglich die Möglichkeit schaffen, diesen zwingenden Erfordernissen des Betriebes gebührende Rechnung zu tragen. Von einer Umgehung kann dabei um so weniger die Rede sein, als auf der Mehrzahl der Felsen des Oberbergamtsbezirks Dortmund die Arbeitszeit der drei genannten Kategorien tatsächlich schon früher länger gewesen ist als die der anderen unterirdisch beschäftigten Arbeiter. Der Umstand, daß es in der früheren Arbeitsordnung veräußert worden war, für die drei Arbeiterkategorien diese längere Arbeitszeit ausdrücklich vorzuschreiben, ist für die Beurteilung der hier zur Erörterung stehenden Reichstagsvorlage unerheblich, es kommt vielmehr lediglich auf die bisherige tatsächliche Arbeitsdauer an.

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Sie soll durch Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden. Aber diese Bestimmung gilt nach der Interpretation des Ministers nicht für die Arbeiter, die früher schon eine längere Arbeitszeit hatten. Demnach hätte die „Reform“ den Zweck, die Verlängerung bisher längerer Arbeitszeit zu ermöglichen und die aufzuzwingende längere Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. So steht bei uns — der Fortschritt in der Sozialpolitik aus!

Die „Bergreform“ entspinnt sich immer mehr als eine Zwangsjacke für die Arbeiter. Und diese Zwangsjacke verdanken sie dem Zentrum!

### Reaktionäres aus der Pfefferkuchrepublik.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerchaft (Landesparlament) vom 26. Januar schnitt Genosse Stolten bei Beratung des Staatsbudgets den Konflikt der Oberschulbehörde mit der rund 2000 Lehrer als Mitglieder zählenden Gesellschaft der Freunde des holländischen Erziehungswesens an. Die „Gesellschaft“ hatte im Juli 1905, kurz nach Veröffentlichung der Wahlrechtsänderungsvorlage, zur Frage der Verfassungs- und Wahlrechtsänderung Stellung genommen und mit großer Mehrheit einer Resolution zugestimmt, in der vom Standpunkt der Lehrer dagegen Verwahrung eingelegt wurde, daß den Lehrern auf Kosten der anderen Staatsbürger das passive Wahlrecht verlesen werden solle, während dies ihnen früher unter nichtigen Gründen vorenthalten wurde. Die Lehrer hatten das nötige Verständnis für den Zusammenhang des Schulwesens mit dem öffentlichen Leben und den Interessen der Eltern ihrer Schüler. Dies pochte dem zum Scharfmacherflügel im Senat zählenden obersten Leiter des Schulwesens, Senator Refardt, nicht in den Kram, denn mit demselben Augenblick zerrissen alle Freundschaftsbände zwischen Oberschulbehörde und der „Gesellschaft“, deren Mitglieder von den Ober- und sonstigen Scharfmachern dadurch zu diskreditieren versucht wurden, daß man sie zu den Sozialdemokraten warf. Als alle Mittel nicht versagten, wurden der „Gesellschaft“ von hinten herum materielle Nachteile in Aussicht gestellt durch Entziehung des Bücherverlages, dessen Uebernahme der Willensfrage der Lehrer zufiel. Als die „Gesellschaft“ im November ihre Hundertjahrfeier beging, sagten Senat, Oberschulbehörde und Aufsichtsbeamten eine Verteilung an derselben ab. Der Not gebordend, nicht dem eigenen Triebe folgend, gab die „Gesellschaft“ dem Druck nach und wählte einen anderen Vorstand. In vorzüglicher Rede wandte sich Stolten gegen die geschilderte Drangsalierung der Lehrer und warf die Frage auf: Woher nimmt die Behörde das Recht zu solchem Eingriff in das private Meinungsäußerungsrecht des einzelnen? In Preußen habe wenigstens auf dem Papier jeder Staatsbürger das Recht, seine Meinung frei zu äußern, in der Republik Hamburg scheint dies verpönt zu sein. Das so etwas in demselben Moment geschehe, wo man den Lehrern das passive Wahlrecht verleihe, das sei geradezu eine Verhöhnung derselben. Sollen die künftig in dieses Haus gewählten Lehrer von vornherein als Heloten der Behörden fungieren? Im Interesse der Schule und der Lehrer müsse dagegen entschiedener Verwahrung eingelegt werden. Redner rügte weiter die innere und äußere Form des Schulwesens, das im letzten Jahrzehnt in Rückstand gekommen sei. Prompt beantwortete der „Liberalen“ Hausmaler Kohde unter dem Verfallgehoße der Wahlrechtsräuber die von unserem Genossen aufgeworfene Frage dahin, daß Beamte zum Schaden des Staates nicht öffentlich auftreten dürfen. Wegen sozialdemokratischer Veräußerung könne die Behörde sicher Beamte entsassen, weil die Sozialdemokratie die jetzige Gesellschaftsordnung, mithin auch die Bürgerchaft befechtigen wolle, die zu erhalten Pflicht aller Beamten sei. (Zuruf: „Sie sind ja schlimmer als ein preussischer Junker!“) Nachdem noch ein Vertreter der Oberschulbehörde die „Spitzen“ des Schulwesens in Schwung genommen hatte, wurde durch Schlußantrag der weiteren Debatte ein Ende gemacht. Damit ist diese Karikatur eines republikanischen Staatswesens wieder einmal geteilt!

### Ministerwechsel in Württemberg.

Vor kurzem (in Nr. 70 des „Vorwärts“) berichteten wir über bevorstehende Veränderungen im württembergischen Ministerium. Wie die „Nat.-Ztg.“ zu vermelden weiß, und zwar, wie sie behauptet, mit „großer Bestimmtheit“, werden außer dem Minister des Inneren Freiherr v. Soden und dem Kriegsminister v. Schmürken noch einige andere Minister demnächst zur Erkenntnis kommen, daß ihnen die bekannten Rücksichten auf ihre Gesundheit ein längeres Verweilen im Amte nicht gestatten. Das Blatt, das sich meist über die Vorgänge in Württemberg „maßgebenden Kreisen“ gut unterrichtet zeigt, schreibt:

Wie erinnerlich, mußte sich der Justizminister und Präsident des Staatsministeriums, Dr. v. Breittling, infolge Ueberarbeitung kürzlich auf den Mat der Bezirke nach Preudenstadt begeben, wo sich zurzeit auch Herr v. Schmürken noch aufhält. Sowohl Dr. v. Breittling, wie auch der nunmehr 71jährige Minister des Inneren, v. Bischoff, sollen sich bereits seit einiger Zeit ebenfalls mit Rücktrittsgedanken tragen. Vom ganzen Staatsministerium blieben somit nur noch der Finanzminister v. Freyer und der Kultusminister Dr. v. Weizsäcker übrig. Als künftiger Präsident des Staatsministeriums wird für den Fall des Rücktritts des Herrn v. Breittling bereits der Kultusminister v. Weizsäcker genannt. Als künftiger Verlehdminister in dem nach der Demission des Herrn v. Soden neu zu schaffenden besonderen Verlehdministerium wird Staatsrat v. Balz, der derzeitige Generaldirektor der württembergischen Staatsbahnen, bezeichnet.

Die Kronsbefehle „Post“, das vom Scharfmacherflügel ausgehaltene Organ zur Pflege des Jubelstorgons, reagiert weder auf unsere Verpottung ihrer literarischen Unwissenheit (Nr. 73 des „Vorwärts“), noch füllt sie sich in ihrer Ehrlichkeit veranlaßt, von unserem Nachweis (Nr. 71 des „Vorwärts“), daß sie wiederum Zitate aus dem „Vorwärts“ gefälscht, parodiert, ihren Zwecken entsprechend korrigiert hat, Notiz zu nehmen. Um jedoch zu beweisen, daß es nicht ganz zwecklos von seinen Gönnern unterhalten wird, bringt das ehrenwerte Blatt zwei längere Notizen, in denen es mit dem ganzen Aufgebot seiner stillosen Konfabulationen über die Gewohnheit des „Vorwärts“ räsonniert, in den von ihm veröffentlichten Reichstagsberichten wichtige Ausführungen der Konservativen und der Minister zu streichen; worauf es sich nach dem bekannten Schema F allerlei Schimpfereien über die Vaterlandslosigkeit sozialdemokratischer Führer leistet.

Darauf zu antworten fühlen wir uns in Anbetracht des bekannten Charakters der „Post“ nicht veranlaßt. Befriedigt hat uns jedoch, daß die „Post“ uns sehr viel höher einschätzt, als sich selbst. Uns rechnet sie schon eine angeblische Verurteilung der Reichstagsberichte als stillosches Verbrechen an, dagegen findet sie es mit ihrer eigenen Moral völlig vereinbar, ihren Lesern die Nichtigkeit ihrer Fälschungen einfach zu unterfalschen. Sie betrachtet also den Mangel an Ehrlichkeit, den sie uns vorwirft, bei sich selbst als etwas ganz Selbstverständliches. Wir haben gegen diese Selbstschätzung nichts einzuwenden.

### Aus Schwarzburg-Rudolstadt.

Nachdem der neugewählte Landtag am 19. März zusammengetreten, ist nun am Dienstag die Frage, über welche der letzte Landtag stolperte, im Sinne der Regierung zur Erledigung gekommen. Mit neun bürgerlichen gegen sieben sozialdemokratische Stimmen ist die Erhöhung der Kameralrente des Fürsten von 268 000 auf 300 000 M. beschlossen worden. Damit steigen die Bezüge des Hofes auf die verhältnismäßig enorme Summe von 370 000 M. oder auf 3,90 M. pro Kopf der Bevölkerung! Da der neue Etat auch die Erhöhung der Gehälter der Lehrer, Pfarrer, sowie einer Reihe von Staatsbeamten vorsieht, so steht man tatsächlich vor einem Rästel, wie die Regierung resp. der Landtag es ermöglichen will, den Etat im Gleichgewicht zu halten, umso mehr, da „man“ auch versprochen hat, Steuererleichterungen vorzuschlagen und die drückenden Doppelbesteuerungen zu beseitigen.

### Staatsaktion wegen des Wahlrechtsflugblattes im Ruhrrevier.

Das Wahlrechtsflugblatt vom Januar führte die Genossen König, Becker und Hofrichter zu Dortmund gefahren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten auf die Anklagebank. Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Genosse König war ferner nochmals als Verleger der Agitationsbrochure „Die Wahrheit“ wegen Aufreizung angeklagt. Aufreißend sollte das dort abgedruckte Gebot von Freiligrath „Die Revolution“ und ein Artikel „Ein Jahr Revolution“ gewirkt haben. Das Gericht verurteilte ihn wegen dieses Artikels zu einem Monat Gefängnis.

Einziehung von Reichskassenscheinen. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über die Einziehung der 20 und 50 Mark-Reichskassenscheine und über die Neuausgabe von 10 Mark-Reichskassenscheinen zugegangen.

Der Großherzog von Hessen hat unserer „nationalen“ Presse wieder einmal Anlaß zu Veltimmungen gegeben und die Hüter des monarchischen Gedankens verhöhnt, da es sich ja um den Fürsten eines kleineren Bundesstaats handelt, ihn darob zu rüffeln. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt heute folgende Notiz: „Die von uns sofort unter Vorbehalt gestellte befreundliche Meldung der Darmstädter und Frankfurter Blätter über die angebliche Begeisterung des Großherzogs von Hessen für ein Heinegedenmal erfährt jetzt eine ebenfalls recht seitliche Verichtigung. Nach den Erfindungen eines hiesigen Blattes soll der Großherzog selbst durch die Nachrichten von seiner Heinebegeisterung heimlich übertracht gewesen sein. Der entstellte Bericht soll durch einen einundzwanzigjährigen Jüngling, der vor zwei bis drei Wochen in Darmstadt Gymnasium „matur“ geworden war, und den der Großherzog empfangen habe, voreilig in die Zeitungen lanziert worden sein. Wir möchten einstweilen auch hinter diese Meldung ein Fragezeichen legen. Keinesfalls ist sie geeignet, den Zwischenfall erstreulich zu machen.“

Das Bündlerorgan ist aber mit dem Dementi durchaus noch nicht zufrieden. Sein „nationales Gefühl“ fordert, daß ein deutlicher Protest auch den Scheit meide, als habe er für Heinrich Heine etwas anderes als Abscheu übrig. Wenn er sich partout für Literaten interessiert, so mag er sich an die unsterblichen Werke des Hofdichters Lauff halten. Aber Heinrich Heine seiert, das ist für ihn nicht bloß nicht standesgemäß, das ist geradezu ordnungsbedrohend. Vielleicht fordert die „Deutsche Tageszeitung“ schließlich eine Reichserkennung gegen das Großherzogtum Hessen, wenn nicht noch ein bündigeres Dementi aus Darmstadt erfolgt.

Eine erhebliche Erleichterung der Marinekosten hat die Opferfreudigkeit der höheren Schüler Deutschlands dem deutschen Volke gebracht. Auf Anregung hoffnungsvoller Pflügel des Kaiser Wilhelm-Gymnasiums zu Hannover ist eine Sammlung an allen höheren Unterrichtsanstalten des Reichs veranstaltet worden. Der Ertrag sollte eine „Flottenpende“ zur silbernen Hochzeit Wilhelms II. darstellen. Die Sammlung hat ganze 66 065,20 M. ergeben. Nach Abzug der Unkosten bleiben noch 66 517,36 M.

Ein einziges Linien Schiff kostet 36 1/2 Millionen Mark, ein großer Kreuzer 27 1/2 Millionen Mark, ein kleiner Kreuzer 6 1/2 Millionen Mark und ein Torpedoboot immer noch rund 1 1/2 Millionen Mark. Für die 65 517 Mark und 36 Pfennige der höheren Schüler läßt sich also noch nicht einmal ein Torpedoboot beschaffen. Immerhin läßt sich nicht leugnen, daß die Marinekosten des deutschen Volkes durch die Sammlung eine erhebliche Verminderung erfahren.

Weshalb nur die Väter dieser hoffnungsvollen und opferfreudigen Jünglinge nicht die sozialdemokratischen Anträge auf Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer zur Deckung der Flottenkosten annehmen? Schwindet die patriotische Opferbereitschaft mit den Jahren? —

### Ausland.

#### Oesterreich.

##### Die Wahlreform.

Die erste Lesung des Wahlreformgesetzes ist in den letzten Tagen voriger Woche beendet worden. Annahmeweise wurde der Wahlreformausdruck gewählt, der aus 50 Abgeordneten besteht. Diese hohe Zahl ist aus der weitgehenden Parteienzersetzung in Oesterreich zu erklären. Sind es doch mit den Wilden insgesamt 18 verschiedene Parteien! Die Sozialdemokraten haben, wie wir voraus sagten, den Genossen Adler in den Ausschuss entsandt. —

Frankreich.

Die Mexikale Revolte in der Armee.

Paris, 25. März. (Fig. Ver.)

Das Kriegsgericht von Rantes hat zwei Urteile gefällt, die den jüngsten Spruch der Militärtribüne von Rennes noch an Dreifachheit überbieten. Neue haben Offiziere, die sich geweigert hatten, die Anordnungen der Zivilbehörden zu befolgen, zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Das Gericht von Rantes hat zwei Offiziere, die offen abgelehnt hatten, die Befehle ihrer militärischen Vorgesetzten auszuführen, freigesprochen!

Am 4. März hatte der Oberst des 35. Artillerieregiments dem Hauptmann de Croix einen schriftlichen Befehl überreicht, der ihn zur Hilfeleistung bei zwei Kircheninventuren kommandierte. In dem Schreiben war auch davon die Rede, daß gegebenenfalls Güter und Türen mit Gewalt geöffnet und andere Hindernisse beseitigt werden müßten. De Croix schrieb dem Obersten sofort einen Brief, in dem es heißt: „Ich will die Ordnung aufrechterhalten, die Beamten schätzen und die Ausführung des Befehls selbst mit Gewaltanwendung sichern. Diese Maßregel geht schamlos gegen mein Gewissen und gegen meine Pflichten als Katholik. Sollte ich mit meinem Gewissen kapitulieren, so würde ich eine Freigebigkeit begehen. Darum weigere ich mich!“ — Von den sieben Richtern stimmten nur vier für „Schuldig“, und so wurde der dienstverweigernde Hauptmann freigesprochen. Mit demselben Stimmverhältnis wurde von demselben Gericht der Infanterieleutnant Patiron de Voisilleur freigesprochen, der im Februar gleichfalls bei Inventuren mitwirken sollte und seinem Hauptmann eine schriftliche Weigerung zusandte.

Der Kriegsminister hat auf Verzicht des Ministerrats den Hauptmann de Croix in den Ruhestand versetzt und gleichzeitig die strafweise Veretzung sämtlicher Offiziere in jenem ganzen militärischen Rayon angeordnet. Doch die Maßregel wirkt nicht, ist allerdings bei dem fanatischen Mexikaner Geist in der Armee kaum zu erwarten. Bezeichnend ist aber, daß dasselbe Kriegsgericht unlängst einen „gemeinen“ Soldaten wegen Vergehens der Dienstverweigerung zu zwei Jahren Kerker verurteilt hat! Immerhin kann diese „Rechtsprechung“ die von den radikalen Parteien schon lange geforderte Abschaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten beschleunigen helfen. Schon nach dem erwähnten Urteil von Rennes hat die äußerste Linke der Kammer diese Reform gefordert. Aber trotzdem ist besonders auch der alte Brissot für sie eingesetzt, war das neue, scheinbar so radikale Ministerium nur für die Aufhebung der militärischen Revisionen zu haben — eine Maßregel, die aber noch nicht in Kraft ist und praktisch nicht einmal von Bedeutung wäre, da die Militärgerichte bei ihren Urteilen nur alle Formfehler zu vermeiden brauchen, um eine Kassation zu verhindern.

Die Urteile von Rantes beweisen aufs neue, daß es zwischen der Demokratie und dem Militär keine Verständigung gibt. Das sehen jetzt sogar entschiedene Bourgeoisliberale ein, wie Cornélius, der im „Siècle“ schreibt: „Die Offiziere spiegeln natürlicherweise die Ideen der Massen wieder, in denen sie geboren sind und in denen sie ihre Familien begründen. Hätte man eine republikanische Armee haben wollen, so hätte man mit vollem Bewußtsein auf das System zurückgreifen müssen, das vor hundert Jahren die Umstände dem Lande aufgezwungen haben, und man hätte die Umwandlung der Woll- (Spauletten) der Mannschaften in Gold- und Silber- (Spauletten) begünstigen müssen. Man hat in diesem Lande alles demokratisiert mit Ausnahme der Armee.“ —

Italien.

Die Sonntagruhe in Italien.

In der Deputiertenkammer brachte Genoffe Cabrini eine von noch 40 anderen Abgeordneten unterstützte Erklärung ein, in der es heißt: „Die Kammer ist von der Notwendigkeit eines Gesetzes, durch welches den Arbeitern, Handelsangestellten und Beamten der Genuß eines wöchentlich wiederkehrenden Ruhetages gesichert wird, überzeugt; wo möglich, soll der Ruhetag ein Sonntag sein.“ — Cabrini begründete den Antrag unter Hinweis auf das physische und intellektuelle Wohlbefinden der Arbeiter, auf die zunehmende Unfallhäufigkeit in den letzten Tagen der Woche und unter Hinweis auf das Ausland. Nachdem noch ein Mexikaler und einige andere Redner sich in günstigem Sinne zu dem Antrage geäußert hatten, nahm der Ministerpräsident Sonnino das Wort. Auch er erklärte sich namens der Regierung im Prinzip für den Antrag. Dann kamen allerdings die verschiedenen „Wenn“ und „Aber“. Italien habe eine noch sehr junge Industrie, die vielfach die Sonntagruhe nicht werde betragen können. Man müsse vorsichtig schrittweise vorgehen. Schließlich wurde aber der Antrag Cabrini angenommen und damit die Regierung beauftragt: einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. —

Dänemark.

Gemeindevahlrecht in Kopenhagen.

Am Dienstag fanden in der dänischen Hauptstadt die Gemeindevahlen statt. Sie endeten wieder, wie im vorigen Jahre, mit einem glänzenden Siege der demokratischen Liste, die vier sozialdemokratische und zwei liberale Kandidaten aufwies. Auf diese Liste wurden 20 800 bis 20 927 Stimmen abgegeben, auf die antisozialistische Liste, die diesmal als „freie Bürgerliste“ bezeichnet war, nur 16 188 bis 16 222 Stimmen! Im vorigen Jahre siegte die demokratische Liste mit ungefähr 3000 Stimmen Mehrheit über die Antisozialisten, diesmal mit fast 4500. Das reaktionäre Bürgertum, das sich im Jahre 1903 unter dem Schlagwort „Antisozialismus“ zusammenfand und in jenem wie im folgenden Jahre den Sieg davontrug, scheint nun gründlich abgewirtschaftet zu haben.

Die Gemeindevertretung Kopenhagens besteht jetzt aus 16 Sozialdemokraten, 13 Liberalen und 13 Antisozialisten. Sie unterscheidet sich von der bisherigen nur dadurch, daß die Antisozialisten ein Mandat an die Liberalen verloren haben. Im übrigen handelte es sich um Wiederwahlen. —

Finnland.

Vor dem Kampf um das allgemeine Wahlrecht.

Das finnische Volk steht vor schweren Verfassungskämpfen. Der Jar will den Vorschlag des finnischen Senats zur Reform des Landtags und des Wahlrechts zum Landtag nicht gutheißen. Es ist ja auch nur zu erklärlich, daß er, der dem russischen Volke die Erbärmlichkeit der Duma aufzuzwingen sucht, den Finnen nicht das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht geben will. Der Senatsvorschlag ist bekanntlich einem zum Teil aus russischen Beamten zusammengesetzten Prüfungsausschusse überwiesen worden. Die Finnen erklären es aber für verfassungswidrig, daß ein solches Komitee zur Verteilung einer inneren Angelegenheit Finnlands eingesetzt wurde. — Die russische Regierung soll bereits darauf vorbereitet sein, starke Truppenabteilungen nach Finnland zu senden, um mit gewohnter Brutalität eine Volksbewegung niederzuschlagen. —

Mien.

Boyer im japanischen Parlament.

London, 28. März. (W. T. O.) Wie „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, vollzog sich im Unterhause die endgültige Annahme des Gesetzes betreffend die Verstaatlichung der Eisenbahn am 28. März unter großer Unordnung. Es kam zu einer Prügelei zwischen den Parlamentariermitgliedern, so daß Polizei berufen wurde, um die Ordnung wiederherzustellen. —

Am 16. März teilten wir nach dem „Hifati“, dem Zentralorgan der japanischen Sozialisten, mit, in welcher Weise Japans derzeitiges Ministerium mit den Kapitalisten des Landes verflochten, verbrüdet und verdrängert ist. — Nach obiger Meldung scheint aber auch das japanische Unterhaus ganz besonders dem in Aufregung zu geraten, wenn Lebensfragen des Kapitalismus zur Debatte stehen. Und das läßt tief blicken. —

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Dr. Langerhans um 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den inzwischen verstorbenen Stadtrat Kolle eröffnet.

Der Ausschuss für die Vorlage wegen Verpachtung von Ländereien und Gewährung von Beihilfen an den Bodenschwammverein „Hoffnungsthal“ für die Obdachlosen der Stadt Berlin ist gewählt; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm die Stadtr. Augustin, Grändel, Hoffmann und Singer an. Im Ausschuss für die Vorbereitung der vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen und Beamten-Stellenvermehrungen ist die Fraktion durch Wasner, Borgmann, Singer und Lohsdorf vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Stadtr. Borgmann (Soz.): Namens meiner Freunde protestiere ich gegen die Festsetzung der heutigen Tagesordnung. Dieselbe enthält nicht weniger als 48 Nummern für den Etat allein und darunter 14, die zu einer Zeit aufgesetzt wurden, ehe der Stadtausschuss sie beraten hatte. Diese Durcheinanderung macht eine genaue Prüfung zur Unmöglichkeit. Selbst Kollegen, die über den Etat sonst vorzüglich informiert sind, wie der Kollege Wallach, haben ausdrücklich erklärt, daß sie sich diesmal nicht wie sonst mit dem Etat haben beschäftigen können. Die Etatsberatung gewinnt aber dadurch den Charakter einer Farce. Es befinden sich nun außer dem Etat noch auf der Tagesordnung die Neuregelung der Lehrer- und Beamtengehälter, die in so innigen Zusammenhänge mit dem Etat stehen, daß der betreffende Ausschuss bereits Beschlüsse über die Lehrergehälter gefaßt hat, die auf eine wesentliche Erhöhung der Etatssummen hinauslaufen. Erlangen diese Beschlüsse Geltung, so ist der Magistrat trotzdem an den Etat gebunden und kann diese Beschlüsse nicht durchführen. Andererseits würde der Ausschuss für die Beamtengehälter, der erst noch zusammentritt, durch den Etat mit gebundener Marschroute marschieren müssen. Gegen diesen unhaltbaren Zustand protestieren wir. Mindestens müßte der Magistrat erklären, daß er event. gegen die Beschlüsse des Ausschusses keinen Widerspruch erheben würde. Jedenfalls kann das eingeschlagene Verfahren nicht durchgeführt werden. (Beifall.)

Vorsteher Dr. Langerhans: Man kann doch von keiner Durchpfeifung sprechen. Keinem der Herren ist das Wort entzogen worden. Die Etats sind lange in Ihren Händen gewesen. So wie Herr Borgmann es vorschlägt, geht es nicht. Wir haben für alle Fälle bereits einen vorbeugenden Beschluß gefaßt.

Stadtr. Wallach (N. L.): Ich habe mich allerdings in dem Sinne beklagt, daß der Etat diesmal nur schwer gründlich genug durchgesehen sei, aber doch nur mit Bezug darauf, daß wir im Ausschuss bis 11 Uhr sitzen mußten und kaum Zeit hatten, den Etat so genau durchzugehen, wie sonst. Aber nachdem anerkanntermaßenweise auch Herr Borgmann und seine Freunde 6—7 Stunden lang abends bis nach 11 Uhr mitgearbeitet haben, können wir doch den Etat erledigen. Wir haben für alle Fälle in den Dispositionsfonds 200 000 Mark mehr eingestellt, um event. den Mehrerfordernissen der erhöhten Gehälter genügen zu können.

Stadtr. Singer (Soz.): Es handelt sich darum, daß diese Etatsierung, wie sie Kollege Wallach vorgeschlagen hat, etatsrechtlich einfach unzulässig ist. Er will für Kosten, die die Versammlung nicht beschließen, ja noch nicht einmal beraten hat, Summen auf Vorrat in den Dispositionsfonds einstellen. Nehliches hatte die Regierung im Reichstage vor, als sie 156 Millionen für das noch nicht angenommene Militärpensionsgesetz in den Etat einstellte. Die Budgetkommission hat den Kosten einfach gestrichen. Die ganze Misere liegt einfach daran, daß der Etat zu spät vorgelegt worden ist. Der Magistrat könnte aber diese Verlegenheit auf die einfachste Weise dadurch aus der Welt schaffen, daß er uns eine Notvorlage macht, monach er in den ersten Monaten des neuen Etatsjahres auf Grund des alten Etats weiter wirtschaften könnte. Der Magistrat wäre auch eventuell am Sonnabend dazu noch in der Lage. Es ist weder ein Unglück noch ein Verbrechen, wenn der Etat einmal nicht am 1. April fertig wird. Wir haben dann genügend Zeit. Die Etatsberatung müssen wir ernst nehmen.

Vorsteher Dr. Langerhans protestiert als Vorsitzender des Etatsausschusses dagegen, daß die Arbeiten desselben nicht mit genügendem Ernst vorgenommen worden seien.

Stadtr. Borgmann: Der Abschluß der Etatsberatung von einer nicht beschlußfähigen Versammlung wäre geradezu eine Ungehörlichkeit; der Ausdruck „Durchpfeifung“ ist dafür durchaus angebracht.

Stadtr. Dove (N. L.) bezweifelt, ob ein solches Notgesetz rechtsgültig wäre, da die Versammlung kein Gesetzgebungsrecht habe. Er empfiehlt, zunächst einmal ohne große theoretische Bedenken in die Etatsberatung einzutreten.

Stadtr. Singer verwahrt sich gegen die mißverständliche Auffassung seiner Worte durch den Vorsteher und warnt nochmals vor einer laien Wahrnehmung des Geldbewilligungsrechts der Versammlung aus reinen Requemlichkeitsgründen. Auf die Frage der Einstellung von noch nicht bewilligten Summen in den Etat sei Herr Dove gar nicht eingegangen.

Stadtr. Dove: Ich halte allerdings für richtig, diese auszuscheiden und einen Nachtragetat dafür zu machen. (Stadtr. Singer: Na also!)

Damit schließt diese Geschäftsordnungsdebatte. Die Beratung des Stadthaushaltsetats für 1906 wird fortgesetzt.

Ueber den Spezialetat der Badeanstalten referiert Stadtr. Hellriegel (N. L.). Eine Beanstandung erfolgt nicht.

Zum Etat der Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße ist im Ausschusse der Antrag auf Beseitigung der Desinfektionsgebühren wiederum gestellt und wiederum abgelehnt worden; ebenso eine Resolution, welche die Gebührenhebung bei Einkommen unter 3000 M. zu beseitigen empfahl.

Stadtr. Dr. Wehl (Soz.) nimmt den Hauptantrag wieder auf. Derselbe werde unfehlbar wiederkehren, bis er angenommen sei. Die Desinfektion übertragbarer Krankheiten einen noch erheblich erweiterten Umfang gewinnen. Der Zweck der Einrichtung sei überhaupt nicht zu erreichen ohne Unentgeltlichkeit der Desinfektion; außerdem sei das bestehende Reglement veraltet und leiste tatsächlich geradezu der Kurpfuscherei Vorschub. Wenn auch 60 Proz. aller Liquidationen niedergebühren werden, so sei doch ein solcher Vorgehens zum Bezirksvorsieder nicht jedermanns Sache. Die Statistik ergebe, daß in den Wohnungen der ärmeren Bevölkerung Desinfektionen zu den Seltenheiten gehören. Finanziell spiele die Lumperei von 35 000 M. in dem städtischen Etat keine Rolle. Für die ganze Institution müßte ein Nechtsboden geschaffen und sie dürfe nicht von der Frage abhängig gemacht werden, ob etwa jemand damit eine Wohltat aufgezogen werde.

Stadtr. Wallach hält dafür, daß dieser alte Bekannte inzwischen nicht besser geworden ist und lehnt nach wie vor prinzipiell den Antrag ab. Herr Wehl hätte bei der Geschäftsloge die lange Wiederholung oft gehörter Gründe sich und der Versammlung ersparen sollen.

Stadtr. Dr. Nathan (Soz.-Fortst.) protestiert gegen diesen Versuch gewalttätiger Abföhrung der Debatten und tritt mit Dr. Wehl lebhaft für die Forderung des nicht bloß von Phantasten, sondern auch von Praktikern, namentlich von Ärzten befürworteten Antrages ein.

Stadtr. Wehl: Herr Wallach hat neue Gründe gegen unser neues Material nicht anführen können. Es werden uns nicht herablassen; wir haben Recht, aber Sie behalten Recht, weil Sie nicht vor Recht gehen.

Der Antrag wird abgelehnt. Die Etats für die Heimstätten für Genußende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, für die „Städtische Zentrale Vuch“ passieren ohne Debatte.

Zum Etat der „Park- und Gartenverwaltung“ liegt ein Antrag Rubel vor, die tägliche Arbeitszeit der Parkarbeiter von elf auf zehn Stunden herabzusetzen.

Stadtr. Rubel (Soz.): Die städtischen Parkarbeiter haben in einer Versammlung eine Resolution gefaßt, die die Herabsetzung der elfstündigen Arbeitszeit um eine Stunde verlangt. Der Bürgermeister hat im Ausschuss zu unserem Bedauern die Forderung abgelehnt. Es gibt in Berlin wohl keinen Arbeitgeber mehr, der eine elfstündige Arbeitszeit verlangt. Dadurch, daß die Arbeiter nicht in der Nähe der Arbeitsstätte wohnen können, verlängert sich die Abwesenheit vom Hause auf 14 Stunden. Mindestens müßte die elfte Stunde für das Begießen der Pflanzen und das Sprengen als Ueberstunde bezahlt werden. Warum verlangen denn Charlottenburg und Schöneberg auch für die Parkarbeiter nur zehn Stunden Arbeitszeit? Ein solcher Zustand ist der Stadt unwürdig. Die Verlängerung der Mittagsruhe ist keine Milderung, die gezahlten Löhne reichen nicht aus, um die zwei Stunden in denen sie fehlen aneinde zuzubringen.

Bürgermeister Dr. Reide: Unsere Arbeitszeit mit Pausen ist nicht 13 Stunden, der Durchschnitt ist nur 9 1/2 Stunden für den Arbeiterkamm; im Frühling liegen die Verhältnisse etwas anders. Pflanzungen und Begießen lassen sich nicht gut anders als von 6 bis 7 Uhr besorgen. Die Vororte schrecken uns nicht; wo sind denn die großen Parks von Schöneberg? In der heißen Zeit haben die Arbeiter auch größere Pausen. Uebrigens sind die Mehrzahl unserer Leute nicht im Vollbesitz ihrer Kräfte. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtr. Rubel: Die Arbeiter, die Sommer und Winter beschäftigt werden, sind nur 1 Prozent der Gesamtzahl; die anderen müssen 11 oder mit den Pausen 13 Stunden arbeiten. Die Arbeiter verrichten doch ihre Arbeit und bekommen von der Stadt nichts geschenkt. Das soziale Empfinden alten Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber sollte doch nicht in dem Verlangen einer so ausgedehnten Arbeitszeit gipfeln. Die Mittagspause müßte verlängert werden, die Leute kommen im Sommer erst um 8 Uhr abends nach Hause.

Bürgermeister Dr. Reide: Wir haben 310 ständige, 335 vorübergehend beschäftigte Männer, 10 ständige, 125 vorübergehend beschäftigte Frauen, also nicht bloß 1 Prozent.

Die Resolution wird abgelehnt, der Etat genehmigt. Ueber den Hochbau-etat referiert Stadtr. Wallach.

Eine im Vorjahre gefaßte Resolution, den Magistrat wiederholt zu erziehen, die allgemeine Instruktion für die Verwaltung des städtischen Bauwesens einer Revision zu unterziehen, hat noch immer nicht ihre Erledigung gefunden und wird abermals wiederholt. In dem sehr opulent ausgestatteten Etat sind Änderungen nicht erfolgt. Ohne Debatte wird er nach dem Entwurf festgesetzt.

Zum Etat „Polizeikosten für die Ortspolizei“ hat der Ausschuss eine Resolution empfohlen, Ermittlungen darüber anzustellen, ob der eingestellte Beitrag für die Kosten der königlichen Ortspolizeiverwaltung nicht zu ermäßigen bzw. eine Rückforderung für frühere Jahre am Platze ist.

Stadtr. Dr. Kronz (Soz.): Der Kammerer hatte im Ausschuss nicht die Alten zur Hand, um zu entscheiden, ob der Oberpräsident jährlich das Recht der Festsetzung der Polizeikosten habe. Nach dem Wortlaut des Gesetzes hat die Stadt pro Kopf der Bevölkerung 2,50 M. zu tragen; die Abgabe davon beruhen darauf, daß die Stadt einen Teil der Polizeiverwaltung selbst übernommen hat. Ich bitte den Magistrat, diese wichtige Frage nicht nebensächlich zu prüfen, sondern prinzipiell zu regeln.

Die Resolution wird angenommen, ebenso der Polizeikosten-Etat selbst und die Etats für das Feuerlöschwesen und für die städtische Straßeneleuchtung.

Zum Etat der Gaswerke hat im Ausschuss eine Debatte über die Frage stattgefunden, ob die Stadt bei ihrem starken Kohlenverbrauch eigene Kohlenbergwerke ankaufen und betreiben solle.

Stadtr. Borgmann legt dar, wie falsch auch wirtschaftlich die von gewisser Seite empfohlene Verpachtung der Gaswerke sein würde. Hamburg habe seinerzeit damit ein schlechtes Geschäft gemacht, während der Berliner Schloßergasse, der die Pachtung übernahm, später als Freiberger gestorben sei. Bei so günstigen Resultaten wie bei den städtischen Gaswerken, könne man auch der Uebernahme anderer großer Betriebe, wie der Elektrizitätswerke, nur ein günstiges Prognose stellen.

Stadtr. Rosenow (N. L.) fragt abermals, wie weit man mit dem Bau der Tegeler Gasanstalt sei.

Stadtrat Kamslau: Die Tegeler Gasanstalt ist zwar noch nicht ganz vollendet, hat aber schon mit zum Betriebe herangezogen werden müssen, da der Winter sehr große Ansprüche an die Produktion stellte. Etwa Mitte Mai wird sie fertig und zu beschäftigen sein.

Der Gasetat wird genehmigt. Zum Etat der Straßenreinigung und -Bespargung, sowie für das Abbladowesen ist im Ausschuss eine Resolution erörtert worden, den Magistrat zu erziehen, in die Submissionsbedingungen für Lieferung der Beseitigungsmittel die Bedingung aufzunehmen, daß die Sachen in eigenen Werkstätten hergestellt werden müssen. Der Ausschuss hat die Resolution abgelehnt.

Stadtr. Pfannkuch (Soz.): Wir haben diesen Antrag nicht wieder ausgenommen, aber nicht etwa deswegen, weil man nicht in die privaten Verhältnisse der Lieferanten eindringen soll; im Gegenteil, wir werden bei passender Gelegenheit immer wieder auf diese Anregung zurückkommen. Die Tatsache, daß die Heimarbeiter Schundlöhne erhält, ist durch die jüngste Ausstellung erwiesen. Herr Wallach meinte als Referent, eine Heimarbeiterin verdiene bei normaler Arbeitszeit wöchentlich 12—15 M. Was ist „normale“ Arbeitszeit? In der Heimarbeit kann man die Woche zu 12 normalen Tagen rechnen. Daher kommt das trostlose Elend in den hausindustriellen Kreisen. Wir unterlassen es für heute aus Gutmütigkeit (Heiterkeit und Unruhe), mit dem Antrage wiederzukommen, aber wir werden wiederkommen und dann auch die Lohnklausel wieder zur Diskussion stellen.

Der Etat wird genehmigt.

Von jezt ab ist die Berichterstattung gezwungen, ohne Kenntnis der Ausschussverhandlungen und -Beschlüsse zu berichten, weil diese noch nicht gedruckt, jedenfalls aber nicht zur Verteilung gebracht sind.

Der Etat der Gemeindefriedhöfe wird genehmigt.

Zum Etat der Standesämter erhält Stadtr. Hoffmann das Wort. Die Verteilung wird mit lebhaftem Mißfallen aus der Versammlung aufgenommen.

Stadtr. Hoffmann (Soz.): Ihre freundliche Begrüßung zeigt mir, daß ich viel zu selten spreche. (Große Heiterkeit.) Ich bin genötigt, wieder einige Uebergriffe von Standesbeamten zur Kenntnis zu bringen. Auf dem Standesamt XIIIa, Gesundbrunnen, verlangte der Standesbeamte von einer Braut, die sich als nicht geaufrichte Dissidentin bezeugte, einen Nachweis darüber. (Große Heiterkeit.) Der Beamte bestand auf seinem Verlangen und nahm das Aufgebot nicht an. Die Braut mußte schließlich, um irgend einen Nachweis zu schaffen, aus irgend einer Kirche austreten, und sie trat aus der evangelischen Kirche aus. Da bekam sie die Bescheinigung und nun wurde das Aufgebot angenommen. (Heiterkeit.) Zu ihrer Eideidenschaft sind dann der Bräutigam und die Mutter der Braut auch ausgetreten. (Wiederholte Heiterkeit.) Was können aus derartigen Verschreibungen noch für unliebsame Folgen erwachsen! (Heiterkeit.) Ein noch krasserer Fall passierte am Standesamt in der Wildenowstraße. Dort fungierte ein Standesbeamter, der es für seine Aufgabe hält, die Leute mit Rücksicht auf ihr Alter und ihre militärischen Verpflichtungen vor Eheschließungen in absolut ungehöriger Weise zu warnen. Der Braut eines 24 Jahre alten Ertjahreserbinen hat er mit Rücksicht auf die afrikanischen Wirren (Große Heiterkeit) von der Verbindung abgeraten und erklärt, so junge Leute sollten überhaupt noch nicht heiraten. In einem zweiten Falle hat er einer Frau, die ihren Kindern einen Stiefvater geben wollte, von der Verbindung mit einem 52jährigen, christigen, jeder Arbeit gewöhnlichen Mann abgeraten (Heiterkeit), weil ihm der zu alt war. Schließlich geht dieser Standesbeamte mit seiner Frau auf die Braut- und Brautigamschau und sucht die passenden Personen aus. (Stürmische Heiter-

keit.) Hier muß die Stadt dafür sorgen, daß solche Herren energisch in ihre Schranken zurückgewiesen werden. (Beifall.)  
Stadtrat Wagner teilt einen Erlaß des Oberpräsidenten mit, durch den das Verhalten des zuletzt erwähnten Standesbeamten ernstlich gemißbilligt und mit dem eventuellen Widerruf seiner Bestallung gedroht wird. (Beifall.) Den ersten Fall kenne er nicht, denn er lese den „Vorwärts“ nicht täglich. (Seiterzeit.) Solche Beschwerden sollten nämlich bald nach dem Vorfall eingereicht werden. In dem ersten Falle sei nur das Amtsgericht zuständig.  
Stadtv. Cassel bittet, auch diesen Fälle nachzugehen und freudig der Kenntnisgabe des Oberpräsidenten beizustimmen.  
Stadtv. Hoffmann: Solche Erlasse sollten veröffentlicht werden, ehe man hier die Fälle vorzutragen genötigt ist.  
Der Etat wird genehmigt.

Die Etats des Märkischen Provinzialmuseums, des Statistischen Amtes und des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts werden nach dem Referat des Stadtv. Liebenow ohne Debatte genehmigt.  
Beim Etat der Stadtbibliothek, Volksbibliothek und Leshallen erinnert Stadtv. Cassel an den Beschluß der Bibliothekskommission, für die städtischen Bibliotheken endlich ein eigenes Gebäude zu errichten.  
Die Etats der Gemeindegrundsteuer, der Gewerbe- und Warenhaussteuer und der Betriebssteuer werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.  
Beim Etat der Einkommensteuer bemerkt Stadtv. Singer: Ich schlage vor, die Beschlussfassung dieses Etats vorläufig auszusparen, mindestens müßte der Referent die Grundzüge für die Aufstellung dieses Etats mitteilen. Es fehlt dazu noch die Mitteilung der preussischen Finanzdirektion über das Einnahmefall, die noch nicht in Händen des Stadtkammerers ist. Die Möglichkeit einer Erhöhung späterer Titel des Etats liegt vor, deshalb müssen wir die Gelegenheit haben, durch die Einkommensteuer den Etat wieder zu balancieren. Ich würde auch die Aussetzung für die Umsatzsteuer vorschlagen, aber man könnte geltend machen, daß dadurch eventuelle Abschlässe nach dem 1. April der Steuer entzogen werden könnten. Der Magistrat könnte vielleicht vor der Beratung des Einkommensteueretats eine Erklärung abgeben, eventuell müßte die Versammlung einen Vorbehalt machen, daß die Verwendung der bewilligten Gelder in jedem Fall der Beschlussfassung der Versammlung vorher unterbreitet wird.

Stadtv. Cassel sieht die Notwendigkeit einer Aussetzung dieser Steuer nicht ein. Die Mitteilung der preussischen Steuerbehörde über das Staatseinkommensteuerverfahren habe auch früher nicht vorgelegen. Der sonst so reich ausgestattete Etat schließt es aus, daß die 100 Proz. Zuschlag überfahren werden müßten.  
Oberbürgermeister Kirchner: Bei den noch nicht feststehenden Ausgaben können wir ja den Vorbehalt machen, daß von der Möglichkeit der Veranschlagung nur mit ihrer Zustimmung Gebrauch gemacht werden soll. Die von Herrn Singer gewünschte Erklärung ist ja insofern selbstverständlich, als dadurch, daß wir Ihnen eine Vorlage machen, wir für die Leistung der Ausgaben Ihre Zustimmung bedürfen. Ich glaube, in Übereinstimmung mit dieser Erklärung mit meinen Kollegen vom Magistrat zu handeln, will aber, wenn Sie Gewicht darauf legen, bis zum Sonnabend einen begünstigten Beschluß darüber vorlegen.

Stadtv. Singer: Durch die Erklärung des Oberbürgermeisters sind wir befriedigt, ich habe keinen Anlaß, Mißtrauen in diese Erklärung zu setzen. Dem Stadtv. Cassel erwidere ich, daß allerdings bisher die Einkommensteuer vom Kammerer nach den ihm mitgeteilten staatlichen Unterlagen geschätzt wurde. Das konnte jetzt nicht geschehen. Daß die Einnahmen erst zum Schluß beraten werden, ist doch der einzig richtige Weg bei einer ordentlichen Etatberatung; Herr Cassel rät aber eine höchst eigentümliche Finanzgebardung an, denn so einfach kann nicht eine Ausgabe von einem Etatmittel auf einen beliebigen anderen übertragen werden. Ich bleibe also bei meinem Antrage.  
Kammerer Dr. Steiniger: Unterlagen der staatlichen Steuerbehörde haben mir bisher nicht zur Verfügung gestanden. Wegen der Verlegung der Beratung dieses Etats an den Schluß hätte ich nichts einzuwenden, aber jedenfalls sollte die Beratung seines Spezialetats über den 1. April hinaus vertagt werden.  
Nach einer Erwiderung des Stadtv. Cassel auf die Bemerkungen des Stadtv. Singer wird der Antrag Singer abgelehnt und der Etat der Einkommensteuer nach dem Anschlag genehmigt.  
Der Etat der Hundesteuer, Brau- und Malzsteuer und Wandelagersteuer geht die Versammlung ohne Debatte nach dem Entwurf fest.

Den Etat der Umsatzsteuer bittet Stadtv. IIIstein (soz.-fortschr.) ans Ende der Beratung zu stellen.  
Stadtv. Borgmann schlägt sich dem mit Bezugnahme auf seine eingangs gemachten Bemerkungen an. Die Umsatzsteuer sei entschieden zu niedrig bemessen; man brauche doch noch irgend eine Bewegungsfreiheit, wolle man nicht in den heute gewählten Gehaltsausgleich mit gebundener Wachstumsroute hineingehen.  
Stadtv. Dr. Langerhans kann diese Bedenken nicht begreifen. Man sei sich doch über die Hauptsache einig; bedenklich aber wäre eine Erhöhung der Umsatzsteuer.  
Stadtv. Singer: Ob die Umsatzsteuer im Etat mit 5 oder 10 Millionen steht, ist für die zur Zahlung Pflichtigen gleichgültig. Die Stellung ans Ende der Beratung gibt aber der Versammlung den Gehaltsvorlog des Magistrats gegenüber freiere Hand. Es ist doch mehr als ungewöhnlich, einen dreifach so teuren Preis für die rechtzeitige Fertigmachung des Etats zu zahlen.  
Unter Ablehnung des Antrages IIIstein wird der Etat der Umsatzsteuer genehmigt.  
Ueber die Etats für das Schulwesen berichtet Stadtv. Borgmann.  
Zum Etat für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen wird nichts bemerkt.  
Stadtv. Singer ersucht hiernach den Vorsitz, festzustellen, ob die Versammlung noch beschlußfähig ist.  
Vorsitzer Stellvertreter Michael: Die Versammlung ist nicht mehr beschlußfähig; die Sitzung ist geschlossen.  
Schluß 1/10 Uhr. Die nächste Sitzung findet Sonnabend 5 Uhr statt.

## Gewerkchaftliches.

**Soldaten gegen Streikende in Deutschland!**  
Nicht mit den Waffen in der Hand, aber in der Rolle des Streikbrechers treten in Deutschland die Angehörigen der Armee ihren arbeitenden Brüdern entgegen. Wie uns ein Privattelegramm aus Magdeburg meldet, leisten dort die Truppen der Magdeburger Garnison bei dem Kutscher- und Möbeltransportarbeiterstreik Streikbrecherdienste. Eine Befehlsverteilung bei der Magdeburger Kommandantur hatte keinen Erfolg, da diese sachverständige Militärbehörde die zweijährige Dienstzeit offenbar für zu lang hält und glaubt, die militärische Ausbildung in dieser Zeit auch neben einer gewerblichen Tätigkeit der Soldaten durchzuführen zu können.  
Im Streik befinden sich 400 Kutscher und 100 Möbelmacher. Das ganze Baugewerbe leidet wegen Mangel an Material. Ohne das Eingreifen der Militärbehörde müßte der Streik gewonnen werden!

### Berlin und Umgegend.

**Zur Lohnbewegung der Maler und Anstreicher.**  
Eine gewaltige Massenversammlung der Berliner Maler und Anstreicher wurde gestern abend in der „Neuen Welt“ abgehalten. Der Andrang zum Lokal war ein so enormer, daß nicht nur die Galerien, Bühne und Vorraum bis auf den letzten Platz besetzt waren, sondern auch sämtliche Tische aus dem geräumigen Parterre entfernt werden mußten.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Auf der Tagesordnung stand: Die endgültige Entscheidung über Ablehnung oder Annahme des Lohnangebots der Arbeitgeber.  
Zur Arbeit berichtete über den Verlauf der Verhandlungen, die schon seit längerer Zeit zwischen den Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrags gepflogen worden sind. Der strittigste Punkt war wie immer die Lohnfrage. Von den Arbeitern wurde ursprünglich ein Minimallohn von 70 Pf. für Maler und 65 Pf. für Anstreicher gefordert. Diese Forderung ist dann später auf 87 1/2 resp. 82 1/2 Pf. reduziert worden. In der letzten Sitzungversammlung haben die Meister nun beschlossen, den Malern 65 Pf., den Junggehülften 60 Pf. und den Anstreichern 55 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Es sollte also gegenüber den bisherigen Tarifhöhen eine Erhöhung der Minimalhöhe für Maler um 10 Pf., für Anstreicher aber nur um 5 Pf. eintreten. Zudem verlangten die Arbeitgeber wieder einen Vertragsabschluss auf drei Jahre.  
Die Lohnkommission wie auch die Ortsverwaltung erklärten, das Angebot der Meister zur Annahme nicht empfehlen zu können. Denn einmal würde dadurch in Wirklichkeit gar keine Lohnerhöhung stattfinden, weil die Löhne während der Dauer des alten, am 1. April ablaufenden Tarifvertrags infolge der fortgesetzten günstigen Geschäftslage ganz und gar selbst heraus die von den Meistern in Vorschlag gebrachte Höhe fast allgemein schon seit längerer Zeit erreicht haben. Dann aber auch seien die Mehrzahl der im Beruf tätigen Kollegen eben Anstreicher und nicht Malergehülften, so daß ein auf drei Jahre festgelegter Minimallohn von 55 Pf. für Anstreicher also absolut keine Aufbesserung für das Gros der Berufsgenossen mit sich bringt. Die Organisation habe unter allen Umständen gerade auf eine zeitgemäße Erhöhung der Anstreicherlöhne zu dringen, so daß an den geforderten Mindestsatz von 82 1/2 Pf. für diese Gruppe unbedingt festgehalten werden müsse.  
Sämtliche Diskussionsredner erklärten das Angebot der Meister unter großem Beifall der Versammlung ebenfalls einmütig für durchaus unannehmbar. Die Debatte drehte sich denn auch hauptsächlich darum, ob die Arbeit bereits am 1. April niedergelegt werden solle, oder ob es zweckmäßiger sei, noch eine Zeitlang ohne Tarif zu arbeiten und dann im Hochsommer in den Streik einzutreten.  
Der Verbandsvorsitzende Zolber aus Hamburg befürwortete mit der Mehrzahl der Redner den sofortigen Eintritt in den Streik, d. h. mit dem 1. April. Redner empfahl jedoch, es der Organisationsleitung zu überlassen, den Streik nach einigen Wochen vielleicht länger andauern zu lassen, um ihn dann in der demnächst eintretenden Hochkonjunktur mit erneuter Energie wieder weiter zu führen.  
Darauf erfolgte die geheime Abstimmung darüber, ob die Arbeit schon am Montag oder erst später niedergelegt werden solle. Das Abstimmungsergebnis soll, da es wegen der in Betracht kommenden Personenzahl gestern abend nicht mehr zusammengefaßt werden konnte, am Sonnabend im „Vorwärts“ und an den Anschlagstafeln publiziert werden. Bei der öffentlichen Abstimmung der Versammlung dürfte das Ergebnis kaum mehr zweifelhaft sein.

### Lohnbewegung der Brunnenmacher.

Auf die Forderungen der Brunnenmacher und ihrer Hilfsarbeiter haben die Arbeitgeber an die Organisation nach vier Wochen noch keine Antwort erteilt. Dagegen hat man, um auf die Bewegung zerplittert zu wirken, in verschiedenen Geschäften einzelnen Arbeitern etwas an Lohn zugelegt. Solchen ist auch von ihren Arbeitgebern erklärt worden, man werde unter keinen Umständen mit der Organisation, dem Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter, verhandeln. Eine Versammlung der Brunnenmacher und Helfer tagte am Donnerstag bei Augustin. Drantenstr. 103, um zu dem Verhalten der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Nach einem Referat Heidem ann sprach sich in der Diskussion verschiedene Redner dahin aus, daß die Nichtbeachtung der Organisation durch die Unternehmer auf das entschiedenste zu verurteilen sei und daß die einzelnen Zulagen nicht davon abhalten dürften, den geforderten, so äußerst minimalen Tarif hochzuhalten. Einmütig beschloß die Versammlung, Montag die Arbeit dort einzustellen, wo am Montag früh der Tarif nicht unterschrieben bzw. unillig ist. Am Sonnabend abend sollen die Kollegen der einzelnen Betriebe zusammentreten und den Arbeitgeber möglichst noch am selben Abend um schriftliche Anerkennung des Tarifs ersuchen. — Unterschiedene Tarife sind dem Verbandsbureau vorzulegen, welches auch Arbeitsberechtigungskarten ausgibt.

Die Pufferträger haben vor einigen Wochen die Forderung gestellt, daß für die Herbeischaffung des Wassers zu den Pufferarbeiten in der dritten und vierten Etage vom Unternehmer gesorgt werden soll. Die Forderung erscheint dadurch hinreichend gerechtfertigt, daß die Tätigkeit der Pufferträger so anstrengend ist, daß sie in den höheren Etagen sowie so schon überbürdet sind und nicht auch noch das Wasser heranzuschleppen können, namentlich wenn sie mit Puffern zu tun haben, die ihre eigene Arbeitskraft übermäßig anstrengen, um einen möglichst hohen Nordberdienst herauszuschinden. Am Mittwoch berieten die Pufferträger in einer Versammlung bei Graumann über die Durchföhrung ihrer Forderung. Es zeigte sich hier, daß die große Masse der Pufferträger bisher nicht mit der nötigen Entschlossenheit dafür eingetreten ist. Nach längerer Aussprache wurde dann nochmals beschlossen, die Forderung strikte durchzuführen. Besonders wurde hervorgehoben, daß dies nicht nur dort geschehen soll, wo der Unternehmer die Pufferträger bezahlt, sondern auch bei den sogenannten harmlosen und den unorganisierten Puffern, die entgegen dem Beschluß der Zentralorganisations, die Träger selbst bezahlen.

**Achtung, Schneider!** Uns wird heute Streikarbeit von Essen signalisiert. Die Firma Schartenberg von dort versucht, hier Arbeit unterzubringen. Wir ersuchen die Kollegen, Arbeit von außerhalb überhaupt zurückzuweisen.

### Verband der Schneider.

Die Ortsverwaltung.  
**Achtung, Barbier!** Die Differenzen bei Kirsch, Soldatenstr. 26, sind beigelegt.  
Verband der Friseurgehülften. (Zweigverein Berlin).  
J. A.: Hier.

### Deutsches Reich.

**Die Lage im Reich-Weichenfelder Kohlenrevier.**  
Die Zahl der Streikenden wird von den verschiedenen Seiten, je nach den vertretenen Interessen, verschieden angegeben. Die bürgerliche Presse bringt es sogar fertig, von einem Abflauen der Bewegung zu sprechen. Daß sie selbst daran nicht glaubt, beweist ihre Besorgnis um den Ausgang des Kampfes. Wolffs Telegraphenbureau meldet nämlich:

„Bedrohlich wird die Lage, wenn es der böhmischen Braunkohlenindustrie gelingt, die bei dem Ausfall in Böhmen vor einigen Jahren an die deutsche Industrie verlorenen Absatzgebiete zurückzugewinnen. Die heute und gestern im hiesigen Revier abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen sprachen sich einstimmig für die Fortsetzung des Streiks aus.“

Da die Arbeiter glücklicherweise nicht so dumm waren, ihre Bewegung so lange zu vertagen, bis die Unternehmer ihre Lager gefüllt haben, so kann die von der bürgerlichen Presse gefürchtete Katastrophe schnell eintreten. — Die Sache steht also für die Arbeiter äußerst günstig. Hauptsache ist nur, daß sie auch nach dem Streik unablässig am Ausbau ihrer Organisation festhalten, um einen etwaigen Nachfeldzug der Grubenprogen unmöglich zu machen.

Die Steinarbeiter der Firma G. Conradus in Jena haben nach fast vierwöchigem Streik doch noch einen Sieg errungen. Herr Conradus, der es zunächst ablehnte, der Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt Folge zu leisten, schloß jetzt mit den Arbeitern vor dem Gewerbegericht einen Vergleich ab. We-

wiligt wurde die 10stündige Arbeitszeit (bisher 11 Stunden), 10 Proz. Lohnzuschlag, für Ueberstunden 20 Proz. und für Sonntagsarbeit 30 Proz. mehr.

### Stadtverwaltung und Arbeiterpresse.

In Köln finden seit einiger Zeit jährlich zwei amtliche Arbeitslosen-zählungen unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen statt. Die Gewerkschaften stellen die Zähler, die Stadt zahlt die Kosten und besorgt die statistische Bearbeitung des Materials. Sowohl die vorherigen Bekanntmachungen als nachher das Ergebnis der Zählung waren unserem Kölner Parteiblatt, der „Rheinischen Zeitung“, bisher von der städtischen Verwaltung jedesmal vorenthalten worden. Die freien Gewerkschaften fanden es unerhört, daß die mehr oder weniger arbeiterfeindlichen bürgerlichen Wähler das amtliche Material erhielten, nicht aber das einzige Arbeiterblatt Kölns. Nachdem die Kritik der „Rheinischen Zeitung“ selber und die Wünsche der Gewerkschaften erfolglos blieben, teilte die Kartellkommission diesmal der städtischen Verwaltung mit, daß die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung künftig noch Zähler stellen würden, daß auch der „Rheinischen Zeitung“ das amtliche Material zugehe. Die städtische Verwaltung schien damit einverstanden zu sein, denn sie schrieb auf den Empfang jener Mitteilung nicht, daß sie die Bedingung der Kartellkommission ablehne. Dieser Lage aber konnte man in der bürgerlichen Presse wieder wie sonst das amtliche Zählungsergebnis lesen; die „Rheinische Zeitung“ aber, die publizistische Vertreterin der an der Zählung beteiligten freien Gewerkschaften, war wieder übergangen worden. Die Kartellkommission wird sich unter diesen Umständen an der Zählung nicht mehr beteiligen. Die Vorniertheit der Kölner Stadtverwaltung kennzeichnet sich übrigens selber.

**Zur Bewegung in den Siemens-Schuckertwerken zu Nürnberg.**  
Die Direktion hat die beschiedenen Wünsche der Arbeiterhaltung der Vereinbarungen vom vorigen Jahre, möglichst Befreiung des Ueberstundenwesens und Gewährung einer Teuerungszulage an die im Wochenlohn beschäftigten Hilfsarbeiter in der Form eines Mindestlohnes von 55 bzw. 33 Pf. pro Stunde — glatt abgelehnt. Die Direktion hielt es für unter ihrer Würde mit dem Arbeiterausfluß direkt über die Forderungen zu verhandeln, sondern die ablehnende Antwort wurde ihm schriftlich übermittelt und dann in den Werkstätten angehängelt. Daß die Direktion es auch abgelehnt hat, die im vorigen Jahre eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, ist für sie sehr bezeichnend. Zwei stark besuchte Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlungen beschloßen einstimmig, als Antwort auf dieses heillose Verhalten zunächst von jetzt ab jede Ueberstunden zu verweigern. In den Versammlungen wurde auch mitgeteilt, daß die Direktion den Christlichen und Hirschen 8000 M. überweisen habe, um nach Art der bekannten gelben Gewerkschaften den modernen Organisationen entgegenzuwirken.

### Ausland.

**Die Hafenarbeiter von Fiume haben neuerdings Lohnforderungen gestellt und drohen, falls dieselben bis Sonnabend nicht bewilligt werden, daß am Montag alle Hafens- und Bahnarbeiter in den Streik treten werden.**

### Die neue Regierung und das Koalitionsrecht der Beamten.

Paris, 27. März. (Fig. Ver.)  
Wie wenig das Ministerium Sarrien berufen und befähigt ist, ein klares demokratisches und sozialpolitisches Reformprogramm durchzuführen, beweist schon seine merkwürdige Stellung zu der akuten Frage des Koalitionsrechtes der öffentlichen Beamten. Daß das Koalitionsrecht einer Reform bedürftig ist, wurde schon von der Regierung Rouvier zugegeben, in welchem Sinne sie jedoch gehalten sein soll, darüber hat man bisher von der neuen Regierung ebensowenig Bestimmtes erfahren wie von der früheren. Wohl hat Briand, den seine Vergangenheit immerhin verpflichtet, den Lehrern Komplimente gemacht, und vielleicht gelingt es ihm, den Beamten der Lehranstalten eine erträgliche Situation in koalitionsrechtlicher Beziehung zu schaffen, aber von dem Handels- und Arbeitsminister Barthou, dem der größte Teil der Staatsbeamten untersteht, weiß man, daß er die bormierischen reaktionären Bestimmungen hegt und den Staatsangestellten, die sich nur irgendwie als Träger einer öffentlichen Gewalt hinstellen lassen, die Vereinigungsfreiheit nicht gewähren will. In der Sitzung, in der sich das Ministerium vorstellte, haben sich die neuen Regierungsmänner damit gehalten, daß sie sagten, die Frage könne nicht im allgemeinen gelöst, sondern sie müsse den verschiedenen Beamtenkategorien entsprechend zerlegt werden. Vorläufig seien sie bereit, den status quo aufrechtzuerhalten. Nun, genau daselbe hat auch das Ministerium Rouvier erklärt. Es kommt nur auf den Inhalt an, den man dieser Wendung gibt. Das bestehende Gesetz, das allerdings zweideutig genug ist, ist vorwiegend im gewerkschaftsfeindlichen Sinn gedeutet worden, andererseits besteht tatsächlich eine starke gewerkschaftliche Bewegung bei den Beamten, die trotz der zahlreichen Maßregelungen unter Dubief nicht unterdrückt worden ist. Bedeutet nun der status quo, daß das Gesetz in seiner Strenge angewendet oder daß seiner tatsächlichen Durchbrechung Rechnung getragen werden soll? Die Unklarheit, die die Regierung über diesen Punkt bestehen läßt, erregt unter den Beamten eine arge Verstimmung. Die Reform des Koalitionsrechtes wird erst von der neuen Kammer in Angriff genommen werden können. Wenn also die Regierung nicht in der nächsten Zeit Gewißheit über ihre Absichten gibt, könnte es leicht geschehen, daß die Hunderttausende von kleinen Beamten, die bei den Wahlen die Radikalen der Regierungspublikaner zu bilden pflegten, diesmal für Oppositionsparteien stimmen, bei denen sie auf ein größeres Wohlwollen rechnen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein mildes Land.  
Götha, 29. März. (W. S.) Der von den Sozialdemokraten gewählte Schutzhilf Wittig in Zehershausen wurde von der Staatsregierung bestätigt.

**Zusammenge—predigt.**  
Frankfurt a. M., 29. März. (W. S.) Hier starb im Alter von 74 Jahren an einem Schlaganfall plötzlich der pensionierte katholische Pfarrer, Geistlicher Rat Wart, der früher auch Missionar gewesen und in Weingarten in Baden geboren war. Er lebte in sehr ärmlichen Verhältnissen. Jetzt ist nun festgelegt worden, daß er Wertpapiere und Bargeld in Höhe von 400 000 Mark hinterlassen hat.

**Der Bergarbeiterausfall in Frankreich.**  
Lend, 29. März. (W. S.) Der Grubenarbeiterkongreß ist heute eröffnet worden. Seitens der Delegierten wurde das Ergebnis des gestrigen Referendums bekannt gegeben. Danach haben in den drei Reden 32 520 Arbeiter für, 18 074 gegen den Streik gestimmt. Der Kongreß vertagte sich auf heute nachmittags, in dieser zweiten Sitzung wird wahrscheinlich der Generalstreik proklamiert werden.

**Die bezwungene Revolution.**  
Warschau, 29. März. (W. S.) Die Arbeiterorganisation kündigt den bevorstehenden Generalstreik in sämtlichen Fabriken Russisch-Polens an.

**Unruhen.**  
Moskopol, 29. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphenagentur.) Unter den Hafenarbeitern von Genitscher sind Unruhen ausgebrochen, weshalb Truppen von hier nach dort entsandt worden sind.

Reichstag.

78. Sitzung vom Donnerstag, den 29. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Dr. Kieberting, Schulz, v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etatsnotengesetzes — Bewilligung von 2/3 der erforderlichen Beträge und einigen Spezialforderungen.

Schwarzsekretär v. Stengel: Es ist durch den Gang der Geschäfte des Hauses notwendig geworden, provisorisch eine gesetzliche Grundlage für die Ausgaben des Reichshaushaltes und des Haushaltes für die Schutzgebiete für die ersten zwei Monate des kommenden Etatsjahres zu schaffen.

Im § 4 des Notgesetzes bitten wir Sie um die Genehmigung einer Anleihe von 350 Millionen.

Abg. Frhr. v. Rüdiger (L.) beantragt Ueberweisung des Gesetzentwurfs an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich bin in der angenehmen Lage, mich den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen zu können.

Hiermit schließt die Debatte. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Marineetat.

Der Rest der ordentlichen Ausgaben wird debattelos bewilligt, ebenso das Extraordinarium.

Damit ist der Marineetat erledigt. Es folgt der Etat des Kolonialamtes.

(Reichskanzler Fürst Bülow und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky-Eggenberg haben den Saal betreten.)

Die Kommission beantragt bei Titel I, den geforderten Staatssekretär (44 000 M. Gehalt) zu streichen und das Gehalt des Unterstaatssekretärs von 20 000 auf 25 000 M. zu erhöhen; die Kolonialabteilung soll also wie bisher dem Auswärtigen Amte unterstellt bleiben.

Die Abgg. Waffermann und Genossen (natl.) und v. Korman und Genossen (L.) beantragen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Meine Herren! Im Namen der verbündeten Regierungen und auch für meine Person als Chef der Reichsverwaltung möchte ich Sie bitten, der Vorlage über die Errichtung eines Reichskolonialamtes Ihre Zustimmung zu erteilen. Diese Vorlage ist nicht ein willkürlicher oder unbedachter Entwurf, sondern sie ist eine Maßnahme, die wir von allen Seiten reiflich geprüft und überlegt haben.

Ich glaube, meine Herren, daß Freunde und Feinde unserer Kolonialpolitik heute wenigstens darin einig sind, daß sie die Bedeutung anerkennen, welche die kolonialen Fragen allmählich für unser politisches Leben gewonnen haben.

Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß Deutschland eine koloniale Macht geworden ist und sich der Pflicht und Aufgaben nicht entziehen kann, die daraus entstehen.

Die gegenwärtige Organisation unserer Kolonialverwaltung ist unzulänglich. Ich habe schon im Dezember 1904 darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler bei dem Umfang und der Bedeutung, die die kolonialen Geschäfte gewonnen haben, in der Lage sein muß, für diesen Zweig der Reichsverwaltung ebenso einen verantwortlichen Stellvertreter zur Seite zu haben wie für die übrigen Ressorts.

Wenn wir also dem vorliegenden zwingenden Bedürfnis genügen wollen, so müssen wir entweder die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zu einer obersten Reichsbehörde ausgestalten oder wir müssen durch eine Änderung des Stellvertretungsgesetzes die Möglichkeit schaffen, daß der im Verbands des Auswärtigen Amtes verbleibende Direktor oder Unterstaatssekretär der Kolonien mit der Stellvertretungsbezeichnung ausgestattet wird.

Die Prüfung hat ergeben, daß die Errichtung eines vom Auswärtigen Amt getrennten Kolonialamtes nicht nur vor dem anderen Wege den Vorzug verdient, sondern daß sie die einzige ausreichende und den erforderlichen Bedürfnissen entsprechende Lösung ist.

Mein langjähriger, treuer, ausgezeichneter Mitarbeiter, der Staatssekretär v. Rüdiger, dessen Arbeitsfreudigkeit, dessen Geschäftskenntnisse auch in diesem Hause wiederholt Anerkennung gefunden haben, ist unter der Würde zusammengebrochen, die ihm die gleichzeitige Verwaltung der auswärtigen und der Kolonialpolitik aufgeladen hat.

Wie sich für die Kolonialverwaltung die Geschäfte vermehrt haben, das brauche ich nach den eingehenden Darlegungen, die in der Kommission gegeben sind, wohl nicht noch einmal näher auszuführen.

Von der finanziellen Seite der Angelegenheit glaube ich mit Ihrem Herrn Referenten absehen zu können. Die Mehrkosten des Reichskolonialamtes sind so geringfügig, daß sie für die Entscheidung einer Frage von dieser Bedeutung überhaupt nicht mitzureden können.

(Sehr richtig rechts.) Endlich möchte ich auch der Besorgnis entgegen treten, als ob durch die Restrukturierung der Kolonialverwaltung dem Auswärtigen Amt die „Einheitlichkeit“ unserer auswärtigen Politik irgend tangiert werden könnte.

Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung in den Kolonien eine vernünftige ist, daß die Regier., in deren Interesse ja eigentlich die ganze Kolonialpolitik geschieht, vor Ausdehnung geschützt werden.

Aber mit dieser Anerkennung ist keine Zustimmung zu der Verleibung des Kolonialamtes verbunden. Es entbehrt nicht ganz des Interesses, daß bis jetzt noch niemals die Schaffung eines neuen Reichsamtes eine so lebhafteste Meinungsverschiedenheit hervorgerufen hat, das ist doch nicht rein zufällig!

Jedes Amt strebt danach, seinen Wirkungsbereich zu vermindern. Das ist ganz natürlich. Auch das Reichsamte des Innern tut das. In diesem Halse unterstützen wir die Befugnis-erweiterung, weil sie den Kulturaufgaben zugute kommt.

Nun sind auch die kolonialen Geschäfte gewachsen; aber auch die kolonialen Verlegenheiten wachsen, und ich fürchte, sie wachsen uns bald über den Kopf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Staatssekretariat für die Kolonien wird seiner ganzen Natur nach darauf ausgehen, sich möglichst selbständig und unabhängig zu machen.

Und dieses selbständige Kolonialamt würde an einer sehr einflussreichen, sehr entscheidenden Stelle bei allen seinen Unternehmungen die entscheidendste Unterstützung finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an das Wort: „Meberall in der Welt, wo ich einen Nagel einschlagen kann, an dem ich mein Schild anzuhängen vermag, werde ich den Nagel einschlagen.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Waffermann hat gemeint, wir mühten in erster Linie für ein unabhängiges Kolonialamt eintreten, um dem Reichskanzler die Arbeit zu erleichtern und ihm die Möglichkeit zu geben, das Interesse des Deutschen Reiches in der ausländischen Politik nachdrücklicher und besser wahrzunehmen.

Daher der Mangel eines Kolonialamtes an der Natur unserer auswärtigen Politik Hauptgrund und Ursache sein soll, ist wirklich ein ganz neuer Gesichtspunkt. Wir ist es jedenfalls, wenn ich Kritik an unserer auswärtigen Politik liebe, nicht im Traume eingefallen, den Grund für ihre Mängel darin zu suchen, daß die Aufgaben, die dem Reichskanzler durch den gegenwärtigen Aufbau der Kolonialverwaltung erwachsen, ihn nach dieser Richtung hin beengen und beschränken könnten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Kolonialamt treten noch meiner Ueberzeugung eine ganze Reihe neuer Aufgaben auf dem Gebiete der Kolonialverwaltung an und heran. Ein Mitglied der Kommission, das sich durch besondere Kolonialfreundlichkeit und Freundschaft auszeichnet, führte als Hauptargument für die Vorlage an, daß mit Hilfe eines selbständigen Kolonialamtes sich eine ganze Reihe von Zielen sicher erreichen ließen, für die bei der gegenwärtigen Organisation zunächst keine Aussicht vorhanden sei.

(Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn eine Aeußerung aus der Kommission dazu beigetragen hat, die Abneigung gegen das besondere Kolonialamt zu bestärken, so war es diese: Unsere Flottenpolitik, unsere auswärtige Politik, alles, was mit der großen Kolonialpolitik zusammenhängt, würde in sehr bedeutendem Maße anders beeinflusst, wenn wir erst einmal ein selbständiges Kolonialamt hätten.

Wir bestreiten auf das entschiedenste, daß die großen Mängel und Schäden, die notorisch dem Kolonialamt anhaften und bei der Staatsberatung der letzten Wochen von uns und von anderer Seite nachdrücklich festgestellt worden sind, in Mängeln der Organisation der Kolonialverwaltung ihre Ursache haben.

Erst jetzt, in diesem Augenblicke, wo der ganze neue Gedanke an ein selbständiges Kolonialamt aufgetaucht ist, führt auf einmal die Regierung alles Tadelnswerte auf den Mangel einer geordneten Organisation zurück. Wenn das wahr wäre, so wäre diese Erleuchtung der Regierung wohl früher gekommen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie konnte bisher diese Anschauung nicht haben, weil sie eben ganz falsch ist. Um die Organisation der Verwaltung in den Kolonien in zweckentsprechender Weise zu fördern, reicht auch die gegenwärtige Leitung der Kolonialverwaltung aus, wenn die rechten Männer an ihrer Spitze stehen.

Kein Mensch wird behaupten wollen, daß, wenn zum Beispiel im Reichskanzleramt eine verheißene auswärtige Politik getrieben wird, daran die Organisation der Reichskanzlei schuld sei. Da schreibt man die Schuld mit Recht der Person zu, die an der Spitze steht und unsere auswärtige Politik nicht richtig zu dirigieren versteht.

Die Leiter, die bisher die schweren Fehler in der Kolonialpolitik gemacht haben, waren alleamt ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Stellen Sie die richtigen Leute an den richtigen Platz, dann werden Sie auch bessere Resultate haben.

Wenn wir heute das Reichskolonialamt gründeten und nicht den richtigen Mann zum Reichskolonialsekretär ernennen würden, müßte uns die ganze Organisation gar nicht. Nun könnte man ja sagen: Der Mann, den wir haben, kann nicht anders denn als Staatssekretär in den Reichsdienst treten.

Ich weiß nicht, ob man das Recht hat, eine derartige Behauptung auszusprechen. Jedenfalls stünde es um das Deutsche Reich sehr traurig, wenn ein so wichtiger Verwaltungszweig, wie es die deutschen Kolonien allmählich geworden sind, auf zwei Augen stünde, wenn nur ein Mann sich für diesen Posten qualifiziert.

So wenig wir mit den Zuständen im Deutschen Reich zufrieden sind, so müssen wir doch auch entschiedenste bestreiten, daß eine derartige Auffassung der Verhältnisse hätte. Gerade die diesjährige Diskussion über den Kolonialetat hat bewiesen, daß auch mit der gegenwärtigen Organisation schon in den Kolonien geschaffen werden könnte, was überhaupt in ihnen geschaffen werden kann, wenn nicht die Leitung der Kolonialabteilung bisher stets in durchaus schwachen Händen gelegen hätte.

An der Spitze der Kolonialabteilung standen stets Leute, gegen deren Persönlichkeit nicht die geringste Einwendung erhoben werden kann, die aber durch ihre vollendete Unfähigkeit, den Anforderungen des Amtes zu genügen, die höchst bedauerlichen Zustände in unseren Kolonien hervorgerufen haben.

(Recht! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind also gegen das Kolonialamt nicht etwa wegen der 80 000 M. Mehrkosten... (Zuruf des Abg. Gamp: 40 000 M.) Nun ja, wir sind auch gegen die 80 000 M. für die Errichtung eines Unterstaatssekretariats, aber diese 40 000 M. — oder 80 000 M. — spielen ja bei einem so großen Etat wie der Kolonialetat gar keine Rolle, wenn dafür etwas entsprechendes Besseres geschaffen werden könnte.

Aber noch eins. Die Kulturaufgaben in Deutschland werden immer mehr und mehr vernachlässigt. Meberall in den Einzelstaaten klagt man über den Steuerdruck und über den Mangel an Mitteln. Zudem Sie hier bereit sind, den Wünschen der verbündeten Regierungen nachzukommen, unternehmen Sie es, große schwere Ausgaben in unabsehbarer Summe zu bewilligen, die die Kulturentwicklung Deutschlands im Innern schwerer zu bezahlen haben wird.

neuen Staatssekretärs dazu ansetzen, Stimmung dagegen zu machen, wenn sie nicht so herzlich dumm gewesen wäre. Die Drohung mit einer Kanakerkrise im Falle der Streichung des Postens für den neuen Staatssekretär hätte doch nur jeden Politiker, der stolz ist auf seine Selbstständigkeit, davor zurückschrecken können, seine Meinung zu ändern.

Wenn mir heute die Frage vorgelegt würde, ob Staatssekretär oder Kolonialdirektor, so würde ich mich klar und unumwunden für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes aussprechen. So liegt aber die Sache nicht meß. Angesichts der offensichtlichen Mehrheitsverhältnisse dieses Hauses kann es sich nur noch darum handeln, ob selbständiger Staatssekretär für die Kolonien oder ob Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt als vollberechtigter Stellvertreter des Kanzlers für koloniale Sachen.

Das ist nur eine Zweckmäßigkeitsfrage, die sich dahin präzisieren läßt: Ist es sachgemäßer, den Einfluß des höchsten Delegierten für die Schutzgebiete, der ihm so wie so zugeteilt werden soll, einem Staatssekretär oder einem Unterstaatssekretär einzuräumen? Und da sagen wir: Vor diese Wahl gestellt, wählen wir lieber einen Staatssekretär; denn wer den Einfluß ausübt, soll ihn in legitimen Formen ausüben, soll auch die Verantwortung für seinen Einfluß übernehmen.

Rur aus diesem Grunde werden wir unter den obwaltenden Umständen für die Schaffung eines Kolonialamtes stimmen. (Bewegung.) Abg. Graf Arnim-Rußlau (Sp.) tritt für die Regierungsforderung ein.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Auch Herr Veibel hat anerkannt, daß wir ein gutes Kolonialamt brauchen. In der Tat haben die Debatten der letzten Tage bewiesen, daß wir am besten damit fahren, wenn wir ein selbständiges Kolonialamt haben, das für alle in den Kolonien gemachten Fehler verantwortlich gemacht werden kann.

(Bei der im Hause herrschenden Unruhe sind die Ausführungen auf der Tribüne sehr schwer verständlich. Man hört soviel, daß der Redner die vom Abg. Veibel vorgebrachten Gegengründe nicht für sich haltig erklärt.) Abg. Latmann (Wetfch. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners vollkommen an.

Präsident Graf Ballesfirem teilt mit, daß die Abstimmung über den Antrag Graf Orsola eine namentliche sein wird. Abg. Dr. Spahn (Z.): Das Argument, wir müßten den höheren Rang schaffen, um einen tüchtigen Mann dafür zu bekommen, der einen niedrigeren Rang nicht annehmen würde, ist nicht zuträglich.

Schon das bisherige Amt des Kolonialdirektors verleiht eine große Fülle von Selbstständigkeit. Von dem höheren Rang kann doch nicht viel abhängen. Die Kolonialpolitik steht im engsten Zusammenhang mit der auswärtigen Politik, so daß sie sehr gut mit dem Auswärtigen Amte verbunden bleiben kann. Es ist bedauerlich, daß die freisinnigen Redner, welche vor zwei Jahren gegen das selbständige Amt gesprochen haben, jetzt anderer Ansicht geworden sind.

(Beifall im Zentrum.) Abg. Böcker (Antif.) polemisiert gegen den Vorredner und ist für den Antrag Orsola. Hiermit schließt die Debatte. Für die Regierungsvorlage bezw. das Amendement Graf Orsola stimmen 114, dagegen 77, es enthalten sich 7 Abgeordnete. Das Haus ist also wegen einer Stimme nicht beschlußfähig. Die Sitzung wird daher abgebrochen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Wiederholung der Abstimmung. Militäretat. Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Vollendung der Zigarettensteuervorlage.

In der Finanzreformkommission nahm gestern die Diskussion des Antrages unserer Genossen zu § 7 auf Verbot der Heimarbeit eine geraume Zeit in Anspruch. Aus den Reden sämtlicher bürgerlicher Gegner (einschließlich des Regierungsvertreter Behemrats Reinhold) des Antrages ging mit absoluter Sicherheit hervor, daß sie auch nicht den bloßen Schimmer einer Abnung über die bei der Heimarbeit der Zigarettenindustrie in Frage kommenden Verhältnisse hatten.

Ja es schien, als könnten oder wollten sie nicht einmal die vom Genossen Geyer gegebene ausführliche Schilderung erfassen. Um zu einem bestimmten Resultat zu gelangen, stellten unsere Genossen, einer Andeutung Müllers-Falda entgegenkommend, folgenden Eventualantrag:

„Für die Betriebe, in denen Zigarettentabak und Zigaretten hergestellt werden, findet die Bundesratsverordnung vom 9. Mai 1888 Anwendung.“ Gröber (Z.) fand den in dem Eventualantrage ausgesprochenen Gedanken für wertvoll, hielt aber die Aufnahme in den vorliegenden Entwurf für unzulässig und schlug deshalb folgende zu nicht verpflichtende Resolution vor:

„Die Kommission wolle beschließen, dem Plenum des Reichstages folgende Resolution vorzuschlagen: Der Reichstag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen, für die Herstellung von Zigaretten durch Heimarbeit auf Grund des § 120a Absatz 3 und des § 120a Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung Verbote zu erlassen.“

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurden die beiden sozialdemokratischen Anträge mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die Resolution Gröber einstimmig angenommen.

Der § 7 wurde mit einer kleinen Aenderung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Zu § 8, der besagt, daß die Steuerbehörde ermächtigt ist, auch Angaben über die Verpackung der Waren sowie die Hinterlegung von Proben der einzelnen Packungen zu verlangen, erhielt auf Antrag der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder den Zusatz, daß für die Hinterlegung von Proben „gegen entsprechende Entschädigung“ zu erfolgen habe.

Dagegen war der Einspruch der Genossen v. Elm und Wollenbühr gegen die der Steuerbehörde eingeräumten weitgehenden Befugnisse, die eine unausführliche Verlesung namentlich der keinen Tabakindustriellen zur Folge haben müssen, erfolglos. Die §§ 9 bis 12 wurden mit unerheblichen Änderungen angenommen.

Eine längere sehr lebhaft Diskussions rief jedoch der § 13 hervor, der die Steuerbeamten ermächtigt, Betriebs- und Lageräume, in denen das Schneiden von Zigarettentabak, die Herstellung von Zigaretten oder Zigarettenhälften oder „Wätschen“ betrieben wird, nicht allein solange sie geöffnet sind oder darin gearbeitet wird, zu jeder Zeit, sondern auch von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr zu betreten und falls die Fabrik verschlossen sein sollte, sofortigen Einlaß zu verlangen.

Genosse v. Elm schneit durch die Verurteilung die Debatte an, daß nach Ablehnung des Antrages auf Verbot der Heimarbeit nunmehr den Steuerbeamten das Recht mit diesem § 13 eingeräumt werde, auch die Arbeitsstätten der Heimarbeiterrinnen in der Industrie, die durchschnittlich auch zugleich Wohn- und Schlafraum für die Arbeiterinnen und ihre eventuellen Angehörigen sei, nicht nur bei Tage sondern auch morgens von 6 bis abends 9 Uhr zu betreten.

Ob man darin nicht etwa eine Verletzung der Intimität erblicke? Die Herren Steuerfuchser bemühten sich nachzuweisen, daß sie dabei nur an „Fabriken“, nicht aber an die Heimarbeiterräume gedacht hätten, vermochten aber der Aufforderung Wollenbührs, den Begriff Fabrik näher zu definieren, nicht anders nachzukommen, als daß Held (nationalliberal) die jeglicher Kenntnis der Praxis und der Rechtsprechung entbehrenden Ansicht zum besten gab: Der Begriff Fabrik stehe doch fest. Genosse Wollenbühr zeigte das Unhaltbare dieser Behauptung durch Verweisung auf eine Reihe einander widersprechender Gerichtskenntnisse. Die Mehrheit

glaubte sich durch folgende Vorschrift aus der Klemme helfen zu können: „Bei Fabriken sind die Steuerbeamten befugt, von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr sofortigen Einlass zu verlangen, sofern die Fabriken verschlossen sein sollten.“ Unsere Genossen legten dar, daß dadurch die Entscheidung über den Begriff Fabrik den Steuerbeamten überlassen sei. Dennoch wurde § 18 mit dieser Abänderung angenommen.

Bei § 15 beantragten unsere Genossen Streichung des für die Haft und den blinden Eifer der Steuerfänger ein sprechendes Zeugnis ablegenden Absatz 2. Dieser lautet:

„Wer von einem Fabrikanten, Händler oder Verkäufer Zigaretten- oder Zigaretten empfängt, die nicht in der vorgeschriebenen Weise verpackt, bezeichnet und mit Steuer- oder Zollzeichen versehen sind, hat binnen drei Tagen der Steuerbehörde Anzeige zu erstatten.“

Genosse v. Elm wies darauf hin, wie durch diese Bestimmung jeder Käufer von Zigaretten, der die verpackten Bestimmungen des Gesetzes nicht kennt, eventuell gar nicht in der Lage sei, bei Anlauf einer Zigarette in einem Laden die Steuer- oder Zollzeichen kontrollieren zu können, sich der Gefahr aussetze, auf Grund des § 18 in eine Geldstrafe bis zu 50 M. genommen zu werden. Dazu komme die Verpflichtung der Konsumumenten zur Denunziation wegen Steuerdefraudation. Da bleibe nur übrig, bei Erlaß des Gesetzes eine allgemeine Warnung vor dem Anlauf von Zigaretten zu veröffentlichen. Diese Bedenken wurden alleseitig anerkannt, auch von dem Regierungsvertreter Geheimrat Reinhold, der sich infolge eines unvorsichtigen Zungenchlages als geistigen Urheber der mit dem Namen Geld (natl.) gedachten Anträge bekannte. Die Mehrheit änderte diese bedenkliche Bestimmung in der Weise, daß sie hinter „Wer“ die Worte „als Verkäufer“ einschaltete.

§ 22 bestimmt, daß Hersteller und Verkäufer von der Zigarettensteuer unterliegenden Waren, die selbst oder deren Betriebsleiter wegen Hinterziehung bestraft sind, auf ihre Kosten besonderen Aufsichtsmassnahmen unterworfen sind. Unsere Genossen legten dar, daß diese Vorschrift geradezu ungeheuerlich für kleine Industrielle und Händler ist. Genosse Geier prophezeite dem Gesetz, daß es, wenn dieser Paragraph aufrechterhalten werde, bald den Namen „Spießbüchengeß“ erhalten werde. Genosse von Elm gab den Gesetzmachern der Kommission den Rat, das ganze beratene Gesetz zurückzuziehen und es nur aus einem Paragraphen des Inhalts bestehen zu lassen: Die Zigaretten werden besteuert. Die weiteren Bestimmungen erläßt der Bundesrat.

Trotz alledem wurde dieser Spießbüchensparagraph und die folgenden Paragraphen bis auf den Uebergangsvorschriften enthaltenden § 26 mit geringen Änderungen angenommen. Die Beschlußfassung darüber wurde bis heute ausgesetzt.

Damit wäre die zweite Lesung erledigt. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die Mehrheit der Kommission dieses Nachwerk noch einer dritten Beratung zu unterziehen. Ein Vorgang, der, wenn nicht einzig, so sicher als große Seltenheit in der Geschichte des Parlamentarismus dastehen dürfte.

### Handelsvertragsbeziehungen mit Amerika.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte gestern zwei handelspolitische Anträge: den Antrag Götz v. Dönhoven (Weise), der verlangt, daß beim Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages der deutsche Zucker auf dem amerikanischen Markt dem amerikanischen, sowie dem kubanischen Rohrzucker gleichgestellt werde, und ferner folgenden Antrag des Grafen v. Schwerin-Löwig (kons.): Den Herrn Reichszugler zu erziehen:

1. auf diplomatischem Wege möglichst schleunigst festzustellen, ob die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die seitens der Union mit verschiedenen deutschen Bundesstaaten geschlossenen Handelsverträge — wie den Vertrag mit Preußen vom 11. Mai 1828, mit den Hansestädten vom 4. Juni 1828, mit Oldenburg vom 10. März 1847, mit Hannover vom 10. Juni 1847, mit Mecklenburg-Schwerin vom 9. Dezember 1847 — als durch Rechtsnachfolge auf das Deutsche Reich übergegangen und noch jetzt als gültig und rechtsverbindlich betrachtet?

2. für den Fall der Bejahung dieser Frage entweder diese Verträge sämtlich noch vor dem 1. Juli cr. zu kündigen — oder eine so klare und unabweisende Deklaration derselben zu vereinbaren, daß hierdurch Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung ihrer Bestimmungen für die Zukunft ausgeschlossen werden, — 3. von dem Ergebnis dieser Verhandlungen dem Reichstage möglichst bald und jedenfalls noch vor Schluß seiner jetzigen Tagung Kenntnis zu geben.

Die Verhandlungen waren auf Verlangen der Regierung vertraulich. Der Antrag Götz v. Dönhoven wurde einstimmig angenommen. Der Antrag v. Schwerin wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

## Die Revolution in Rußland.

### Zu den Duma-Wahlen.

Aus vielen großen Industriezentren stehen noch die Angaben aus, teilweise haben die Wahlen noch nicht stattgefunden; so in Kiew, Charkow, Odessa, einem Teile Polens und dem Kaukasus; doch darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß auch hier der Boykott der Duma nicht minder durchgreifend sein wird.

Außer den Arbeiterwahlen haben an vielen Orten auch Wahlen der kleinen Grundbesitzer stattgefunden. Was hier am meisten auffällt ist die äußerst schwache Wahlbeteiligung. Im Kreis Moskau erschienen von den 30 000 Wahlberechtigten kaum 900, also 3 Proz., im Kreis Kowna anstatt 1740 — nur 41; im Kreis Charkow anstatt 4238 — nur 123 und gar im Kreis Bielgorod anstatt 2000 — 8! Ueber die Wahlen selbst und über ihre Resultate läßt sich aber recht wenig Bestimmtes sagen, denn ihr Charakter war überaus bunt: in manchen Fällen wurde ein erbitterter Kampf zwischen den liberalen und reaktionären Elementen beobachtet, andererseits aber gibt es viele Orte, wo man von Parteirichtungen überhaupt nicht sprechen kann; man teilte sich nicht nach politischen Anschauungen, sondern nach Ständen; meistens ist es dem zahlreichen Stand bäuerlicher Grundbesitzer gelungen, seine Angehörigen durchzubringen, daneben sind auch viele Geistliche gewählt. Weniger stark vertreten sind Personen, die einen mehr oder weniger offiziellen Posten bekleiden, und ganz unbedeutend ist die Zahl der gewählten „Intelligenzen“. Im großen und ganzen ist keine einzige Partei als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen — weder der „Verband vom 30. Oktober“, noch umsoweniger die „Radetten“, wie allgemein die konstitutionell-demokratische Partei (gemäßigte Liberalen) genannt werden. Die Stimmen haben sich gesplittelt, demnach wird auch die Zusammensetzung der Wahlkollegien voraussichtlich eine sehr bunte sein und es ist unmöglich, auch nur einige Annahmen annähernd herauszurechnen, welcher Richtung die Vertreter einzelner Gouvernements angehören werden. Eins steht aber schon jetzt fest, was freilich schon früher von so manchem prophezeit wurde: Die Liberalen werden nur als kleines Häuflein in die Duma einziehen, denn der Umstand, daß sie keinen Sieg erfochten haben, bedeutet für sie eine Niederlage und stärkt den Mut und die Zuversicht der reaktionären Parteien. Aber auch die Siege einzelner Liberalen in den Städten werden am Gesamtresultat nichts ändern können: die Duma ist und bleibt eine reaktionäre Sache einer reaktionären Regierung, die es wohl verstehen wird, mit ein paar Duzend zäher Liberalen fertig zu werden.

Warschau, 20. März. Von 114 wahlberechtigten Fabriken Warschaus ist nur in acht die Wahlmännerwahl

vollzogen worden, in allen übrigen Fabriken haben sich die Arbeiter der Wahl enthalten. In den Landgemeinden des Kreises Warschau ist die Wahlmännerwahl unter geringer Beteiligung der Wähler vollzogen worden.

Moskau, 28. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Duma-Wahlen in Moskau hatten folgendes Ergebnis: Gewählt sind 63 Wahlmänner zweiten Grades von der Rechten, 85 von der Linken, 8 unbestimmter Parteirichtung. Unter den gewählten Wahlmännern befinden sich Schipow, der Vorsitzende der Partei „Verband vom 30. Oktober“ und Fürst Dolgorukow, Vorsitzender der demokratischen Verfassungskartei.

Sankt Petersburg, 28. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute wurde mitten in der Stadt der Direktor einer Kaphitagsgewinnungsgesellschaft, Rechtsanwalt Dulufkanow, von einem Manne schwer verwundet, der mit einem Begleiter durch ein Haus mit zwei Ausgängen entkam. Polizei war nicht zugegen.

## Aus der Partei.

Der Verlag der „Kommunalen Praxis“ geht am 1. April 1908 an den Genossen Paul Singer in Berlin über. In der Erschließungsweise der Zeitschrift ändert sich nichts. Die Herausgabe besorgt nach wie vor Genosse Dr. Sadekum in Berlin. Im Interesse der kommunalpolitischen Betätigung der Partei liegt eine erheblich größere Verbreitung der „Kommunalen Praxis“, als sie bis jetzt erreicht worden ist.

Das Wachsen der Parteiorganisationen. Die Leipziger Parteivereine sind in letzter Zeit stark gewachsen. Der Volksverein für Plagwitz-Lindenu hat vom Oktober vorigen Jahres seine Mitgliederzahl von 1067 auf 2000 erhöht. Der sozialdemokratische Verein Leipzig-West ist in derselben Zeit von zirka 1200 auf 1850 Mitglieder gestiegen.

200 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein in Hannover haben die Demonstrationen des 18. März ergeben.

Gemeindevahlfrage. Zu den Wahlen in Bremerhaven, über deren Ausgang in der dritten Klasse wir bereits berichtet haben, wird uns noch geschrieben: Der Sieg darf glänzend genannt werden. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren erreichten wir eine Stimmenzahl von 468 bis 477, diesmal erhielten unsere Kandidaten 622 bis 634 Stimmen, während die bürgerlichen Kandidaten sich mit 304 bis 405 Stimmen, fast genau dieselbe Zahl wie vor zwei Jahren, begnügen mußten. Die diesmal mehr abgegebenen Stimmen — die Wahlbeteiligung betrug zirka 57 Proz., angesichts der Tatsache, daß sehr viele Wähler auf See abwesend sind, eine ziemlich hohe Ziffer — kommen also ohne Ausnahme der Sozialdemokratie zugute. Immerhin auch in keiner Zeit tag zu dem Kapitel von dem — Rückgange der Partei!

Bei den an den beiden folgenden Tagen stattfindenden Wahlen zur zweiten und ersten Klasse konnte es sich unsererseits selbstredend nur um Pöhlkandidaturen handeln. In der zweiten Klasse erhielten wir 75 Stimmen, gegen 88 vor zwei Jahren; und in der ersten Klasse 55 Stimmen gegen 29 bei der letzten Wahl. Auch mit diesem Resultat kann die Partei sehr zufrieden sein. Jedenfalls haben die diesmaligen Gemeindevahlen den Beweis erbracht, daß es auch an der Unterweser vorwärts geht.

In den schlesischen Orten Groß-Walditz und Ströbel und in Hohenobeleben (Provinz Sachsen) wurde je ein Genosse gewählt.

Einen glänzenden Sieg erfochten die Langenbielauer Genossen am Dienstag bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen zum Gemeinderat. Die vom sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten Kandidaten Wendt, Springer und Pelz wurden mit rund 650 Stimmen gegen rund 420 bürgerliche Stimmen gewählt. Seit der Wahl am 6. März d. J., wo unsere Genossen Kühn und Feldmann gewählt wurden, haben sich unsere Stimmen wiederum um etwa 80 vermehrt.

Eine vorurteilsfreie Schlichtungsbehörde hat Baden. Der dortige Oberschulrat hat dem hiesigen Arbeiter-Sängerbund auf eine Anfrage erklärt, daß die Behauptung gewisser Lehrer, ihre vorgelegte Behörde dürfe nicht, daß sie Arbeiter-Gesangvereine dirigieren, nicht zutrefte, sondern nichts weiter als eine Ausnützung sei. Den Lehrern wurde die Genehmigung von Nebenarbeit nur versagt, wenn Gefahr bestehe, daß dadurch die dienstliche Tätigkeit leide, die Erlaubnis hänge aber nicht mit der politischen Anschauung der Mitglieder des betreffenden Vereins zusammen.

In Preußen wäre eine solche Entscheidung völlig unmöglich.

Das Parteisekretariat Thüringen I hat jetzt folgende Adresse: Reichstagsabgeordneter Vaudert, Weimar, Bahnh. 16.

### Pöhlzellen, Gerichtliches usw.

Verpuffte Staatsaktionen. Je 50 M. sollten die Genossen Wittmann und Vandes zu Rinteln a. d. Weser blechen wegen Verbreitung des Wahlrechtsflugblattes, nachdem die Staatsanwaltschaft eingesehen hatte, daß wegen des Inhalts eine Anklage nicht zu erheben war. (Etwas 200 Flugblätter wurden den beiden Genossen bei der Verbreitung konfisziert.) Das Schöffengericht zu Rinteln aber hat, da den Genossen keine ungesetzhafte Verbreitung nachgewiesen werden konnte, die Strafmassnahmen aufgehoben müssen!

Nicht besser ging es der Staatsanwaltschaft mit einer Anklage, die sie den Genossen Müller-Kassel und Lambrecht-Rinteln wegen der in der Rintelner Wahlrechtsverammlung vom 21. Januar gehaltenen Reden zugebracht hatte. Es wurden eingehende, hochnotpeinliche Vernehmungen angestellt, Genosse Lambrecht mußte sogar den Text seiner Ansprache selbst auflesen und dem Gericht einreichen. Die überwachen Beamten hatten einen Bericht von 18 Seiten geliefert. Das Fazit all dieser Anstrengungen war: — Einstellung des Verfahrens!

„Oeffentlich bemerkbare Arbeit“ sollten zu Reddinghausen (Mührevier) sechs Genossen an einem Sonntag verübt haben durch das Verbreiten einer Agitationsnummer des Volksblattes für Bochum. Das Schöffengericht konnte aber der lägen Debatte der politischen Belastungszeugen, daß das Gehen von Haus zu Haus, das Tragen eines Zeitungsheftes unter dem Arm oder das „Ausstopfen“ der Redtaschen mit Zeitungen die Merkmale öffentlich bemerkbarer Arbeit seien, nicht folgen und sprach die sechs Angeklagten frei.

Die sächsische Versammlungsfreiheit ist wieder einmal durch Versammlungsverbote illustriert worden. In Schmiedeberg im Erzgebirge wollte der ehemalige Pfarrer Stern über das Thema: „Gibt es einen Gott?“ referieren. Die Versammlung wurde unter der Begründung verboten: Die kirchlichgenannte Bevölkerung von Schmiedeberg und der umliegenden Ortschaften würde durch diese Versammlung in hochgradige Erregung versetzt werden, wodurch leicht eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit herbeigeführt werden könnte. Die verbotslustige Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde hat offenbar nur die Veranlasser der Versammlung schämen wollen, vor dem loyaleren Glaubensfeier der Frommen, der sich, wie die Amtshauptmannschaft befürchtet, im offenen Aufruhr gegen die Ungläubigen gewendet hätte. Diese Fürsorge ist rührend. — Es wurde nun schleunigst eine andere Versammlung mit dem Thema „Die Entstehung des Christentums“ einberufen. Aber auch diese Versammlung verfiel dem Verbot. Die Amtshauptmannschaft glaubt wohl, den Glauben der Frommen gerettet zu haben, indem sie durch ungläubige Versammlungsverbote zugleich auch der freien Forderung einen Riegel vorzuziehen suchte. Sie hat sich aber geirrt. Von den Versammlungsbesuchern, die nun un-

verrichteter Sache umkehren mußten, erklärten viele: Unsere Antwort ist: Austritt aus der Kirche! Viele traten auch dem sozialdemokratischen Verein bei.

In die preussisch-russische „Freiheit“ ist der Genosse Michaelis, der frühere verantwortliche Redakteur der „Erfurter Tribüne“ aus dem Erfurter Gefängnis zurückgeführt. Er hat einen Monat lang Gras zupfen, Körbe flechten, Erbsen lesen und Federn säulen müssen — die Erfurter Staatsanwaltschaft verlag sozialdemokratischen Briefschreibern hartnäckig die Selbstbeschäftigung — weil er in einem Leitartikel sämtliche Offiziere der preussischen Armee beleidigt haben sollte.

Die Arbeiterturnvereine und die weimarische Regierung. Wie das „Jenaer Volksblatt“ berichtet, sind seit einiger Zeit Polizeibehörden mit allerlei Ermittlungen beauftragt worden, ob in den Arbeiterturnvereinen Politik getrieben wird, ob sie jugendliche Mitglieder haben und ob diese an den Versammlungen teilnehmen. Die „Weimarischen Neuesten Nachrichten“ haben in Erfahrung gebracht, daß in Weimar die Fortbildungsschüler, die der Freien Turnerschaft angehören, vom Rektor laut einer Ministerialverfügung aufgefordert wurden, ihren Austritt zu erklären. Die Freien Turnerschaften, die selbstverständlich auch nur den Zweck haben, die Leibesübungen zu pflegen, sollen also mit Gewalt zu politischen (sozialdemokratischen) Vereinen gestempelt werden, denn nur die Teilnahme an Vereinen, die politische — einschließlich sozial- und kirchlich-politische — Zwecke verfolgen, ist den Fortbildungsschülern verboten.

„Ueber Thema darf nicht gesprochen werden“. An diese köstliche Wüste deutscher Polizeiwelt erinnert eine Forderung, die am letzten Sonntag in einer Versammlung zu Homberg a. Rh. der überwachende Beamte stellte. Er unterbrach gleich am Anfang den Redner mit der Forderung, „nicht politisch zu werden“, denn die Versammlung sei nicht als eine politische, sondern nur als eine Volksversammlung „angemeldet“. Der Mann ließ sich allerdings dann vom Vorsitzenden belehren. Als dann aber der Vorsitzende nach dem Referat den Punkt „Verschiedenes“ zur Debatte stellte, wurde die Versammlung doch noch aufgelöst.

„Deß is was amers“. Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich am 18. März in einer Versammlung in einem kleinen Orte des Wahlkreises Wiesbaden. Die Ueberwachung hatte der Bürgermeister einen Mann der fünfziger, in höchst eigener Person übernommen. Nachdem der Redner geendet hatte, wollte der Vorsitzende, ein junger Genosse, der noch etwas belangen ist, über die bekannte Resolution abstimmen lassen. In seiner Aufregung verwechselte er das Wort mit Revolution. Man denke: über die blanke Revolution wollte er abstimmen lassen! Das war stark! Der Bürgermeister hatte denn auch sofort das Gefährliche der Situation erkannt. „Neh, eh! das Unheil geschehen konnte, erhob er sich und fiel dem Vorsitzenden ins Wort: „Aber erlaube sie mal, daß ich net, daß hier immer die Revolution abgestimmt werd. Da muß ich, so laad mer's duht, die Versammlung auflöse.“ Der Vorsitzende berichtigte natürlich sofort seinen Irrtum, und mit einem „Deß is was amers!“ ließ sich der Ortsgezwaltige wieder auf seinen Sitz nieder.

## Soziales.

Eichung der Förderwagen und Fördergefäße von Bergwerksbetrieben und der benutzten Messgeräte in der Textilindustrie. Gestern wurde in der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes betreffend die Maß- und Gewichtsordnung der Kampf auf der einen Seite um richtige Maße und Gewichte, auf der anderen Seite der Kampf zur Erleichterung des Verkehrs geführt. Unsere Genossen Sachs, Stolle und Hubeil kämpften an der Hand reichhaltigen Materials abermals dafür, daß endlich für Deutschland in den Bergwerksbetrieben dem Schwindel, der durch ungerichtete Fördergefäße betrieben wird, und ähnlichen Praktiken im Textilgewerbe ein Ende gemacht werde. Auf der anderen Seite traten Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumsleute dafür ein, daß durch schlechtes Maß und Gewicht dem Verkehr insbesondere im Großhandel und zugunsten der ländlichen und fortwirtschaftlichen Arbeiter noch mehr Vorwärts geleistet werde. Diese Tendenz hatten, wenngleich es die Antragsteller nicht wahr haben wollten, ihre Anträge: in § 6 der Vorlage statt „Verkehr“ „öffentlicher Verkehr“ zu setzen, so daß also der Großhandel und die Arbeitsleistungen von den gegen Betrag gerichteten Bestimmungen nicht getroffen werden würden. Die gleiche Tendenz hat ein gleichfalls von ihnen gestellter Antrag, der für die Land- und Fortwirtschaft ausdehnliche Ausnahmen vom Eichzwang im Gesetz ausgesprochen wissen will. Zur Begründung dieser Forderung behauptete der Antragsteller Graf Bernstorff allen Ernstes a. B., zusammenklappbare Metermaße wären nicht eichfähig. Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen diese Einengung des Eichzwanges.

Aus dem reichen Material, das unsere Genossen anführten, sei folgendes hervorgehoben. Dem Genossen Sachs sind mehrere hundert Fragebogen zugegangen, die sich darüber auslassen, ob den Bestimmungen des preussischen Vergesetzes § 80k entsprechend die Fördergefäße geeicht sind. Von 79 bereits eingelaufenen Antworten wird nur für eine Zehnte konstatiert, daß vorchriftsmäßige Wagen laufen. 79 Zehen haben zu große Wagen, darunter 76 preussische und vier sächsische. Für die größeren Wagen zahlen fünf eine Kleinigkeit Lohn mehr als für kleine Wagen. Bei vier Zehen ist es zweifelhaft, auf 70 Zehen wird den Arbeitern für die größeren Wagen ebensoviel wie für die richtigen Wagen gezahlt, wiewohl die Wagen 10 bis 30 Proz. mehr größer sind als die vorchriftsmäßigen. Der Regierungsvertreter Vergrat Fuchs erklärte, daß diese Mißstände ihm völlig unbekannt sind. Genosse Sachs wies darauf hin, daß schon vor der Untersuchungskommission bei der Zehne „Scharnhorst“ als Uebelstand die Größe der Wagen zur Sprache gekommen ist. Wenn geeicht würde, so würden selbstverständlich die Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß sie eigentlich durch die zu großen Wagen betrogen würden und würden einen der Größe des Wagens entsprechenden höheren Lohn beanspruchen. Der Regierungsvertreter versprach eingehende Untersuchung der vorgebrachten detaillierten Beschwerden und erbat und erhielt die eingelaufenen 79 Fragebogen, die in übersichtlicher klarer Weise den unter den Augen der Vergesbehörden betriebenen Betrag veranschaulichen, der gleichzeitig einen Verstoß gegen § 80k des Vergesetzes enthält.

Aus der Debatte ist noch zu erwähnen, daß gegenüber den Verteuerungen der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten, daß in der Landwirtschaft richtig gemessen würde, ein Regierungsvertreter hervorhob, daß eine Untersuchung das Gegenteil ergeben hat: von sämtlichen nachgemessenen Wagen hatten 40 Prozent und von den Gewichtern gar 87 Prozent ein falsches Maß.

Die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Beschwerden über die Mangeln in Bergwerksbetrieben veranlassen den Abgeordneten Engelen (Z.) zu dem Antrag „Förderwagen und Fördergefäße von Bergwerksbetrieben, sofern durch dieselben der Umfang der Leistungen bestimmt werden soll, bedürfen der Neueichung“. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Der sozialdemokratische Antrag betreffend Eichung der Fördergefäße wurde durch diesen Beschluß für erledigt erachtet.

Der sozialdemokratische auf Eichung der benutzten Messgeräte in Textilfabriken gerichtete Antrag wurde gegen deren Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde nach dieser Richtung ein auf das Gegenteil hinauslaufender Antrag Wattenberg (Zentrum): „Durch Beschluß des Bundesrates kann in Betrieben für den Verkehr bestimmter Arten von Waren, insbesondere für den Verkehr nach und von dem Auslande, die Anwendung und Bereithaltung

folcher nicht nach den inländischen Vorschriften geachteter Mehgeräte zugelassen werden, welche auf einem anderen als dem metrischen System beruhen". Die bürgerlichen Parteien stimmten für diesen Antrag.

Mit 15 gegen 5 Stimmen wurden die beiden Verschlechterungsanträge der Nationalliberalen und Konservativen angenommen, der eine derselben will im § 6 des Gesetzes vor „Berlehr“ „öffentlichen“ eingeschaltet wissen, der zweite durch die Einschaltung „sofern dadurch der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll“, die zum Schutz gegen Vetrügerei mit Maß und Gewicht gegenüber den Arbeitern, insbesondere in den Großbetrieben der Landwirtschaft so notwendigen Schaubvorschriften hinterhalten. Der Vertreter der preussischen Regierung erklärte, daß durch die Einschaltung des Wortes „öffentliche“ der Geizentwurf für Preußen seinen Wert verloren habe. Die nächste Sitzung der Kommission wurde auf den 27. April vertagt.

#### Ein gesunder Beruf.

Vor einiger Zeit ging eine etwas versteckt gehaltene, aber sehr interessante Notiz durch die schwarze Presse des mit Geislichen überreich gesegneten Münsterlandes, in der über den Zu- und Abgang der Geistlichkeit des Bistums Münster im Jahre 1905 berichtet wurde. Es hieß in dieser Notiz, daß das Bistum Münster im Laufe des verfloffenen Jahres 90 Priester verloren habe. Das würde uns nun weniger interessieren, wohl aber die weitere Bemerkung, daß das Durchschnittsalter der Verstorbenen wiederum ein recht hohes gewesen sei, denn es habe 65 Jahre betragen. Der älteste der „dem Herrn geweiht Gewesenen“ ist über 90 Jahre alt geworden, während der jüngste mit 28 Jahren hat ins Gras beißen müssen. — Ein Durchschnittsalter von 65 Jahren — der Andrang zu diesem Erwerbszweige war ein so starker, daß an Stelle der mit Tode abgegangenen 90 Herren 54 neu „geweiht“ werden konnten. Das Durchschnittsalter der Arbeiter schwankt je nach der Gefährlichkeit des Berufes etwa zwischen 25 bis 40 Jahren. Da ist es erklärlich, daß jene Herren, die sich einer so ausgezeichneten Gesundheit erfreuen, die Arbeiter auf den Himmel verträufen. Wer im Kost hat, hat gut Feisen schneiden. Der geistliche Berufsstand ernährt nicht nur seinen Mann, er erhält ihn auch gesund.

Eine Submissionsblamage des Handwerks. Die Meister der Maler-Kadrierergewerkschaft zu Hannover sind keine — Aechtemeister. Eine wunderbare oder, je nachdem, Entsetzen erregende rechnerische Leistung haben sie jüngst bei einer Submission für Malerarbeiten an der städtischen Markthalle vollbracht. Die Mindestforderung betrug 200 M., die Höchstforderung 2600 M. Sogar bei der Maler- und Kadrierer-Zunng zu Hannover hat es darob ein allgemeines Schütteln des Kopfes gegeben. Die Zunng erklärt in der Presse: „Bei der ganz außergewöhnlichen Verschiedenheit der für die ausgeschriebene Arbeit in Frage geforderten Preise nehmen wir Veranlassung, hiermit zu erklären, daß alle Offerten unter 600 M., sowie die über 900 M. jeder gefunden geschäftlichen Berechnung entbehren und deshalb geeignet erscheinen, das Ansehen unseres Gewerbes schwer zu schädigen.“

Damit hat die Zunng die Blamage ihres Gewerbes nur noch größer gemacht. Natürlich haben wir es hier nur mit Unterangangs-symptomen des Handwerks zu tun, das den Kampf ums Dasein nicht mehr auf „gesunder geschäftlicher Berechnung“ führen kann.

## Aus Industrie und Handel.

### Weniger Schichten — mehr Gewinn!

Der Mühlheimer Bergwerksverein erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von 2 383 002 Mark gegen 2 261 156 Mark im Vorjahre. Bei Abschreibungen von 905 219 Mark verblieb ein Reingewinn von 1 577 263 Mark, im Jahre 1904: 1 445 194 Mark. Die Zahl der geleisteten Arbeitsschichten sank von 1 314 159 auf 1 207 970. Demnach ergibt sich folgendes Resultat: Pro Arbeiter und Schicht erzielte das Kapital

	1904	1905
Ueberschuß . . . . .	1,72 M.	1,672 M.
Reingewinn . . . . .	1,10 „	1,33 „

Nach den amtlichen Nachweisungen wurden im Jahre 1904 pro Kopf der Beschäftigten 304 Schichten geleistet. Diesen Satz zu Grunde gelegt, ergibt die vorstehende Mehrwertzahl pro Arbeiter im Jahre:

	1904	1905
Ueberschuß . . . . .	522,88 M.	509,44 M.
Reingewinn . . . . .	334,04 „	404,32 „

Diese enorme Gewinnquote wurde erzielt, obwohl, wie der Geschäftsbericht der Gesellschaft bezeugt, die Selbstkosten der Rettoförderung um 40 Pf. auf 7,51 M. und die Lohnkosten um 18 Pf. auf 4,82 M. pro Tonne gestiegen sind. Da sieht man, wie das Unternehmertum unter den sozialen Lasten und den „hohen Löhnen“ zusammenbricht. Ueber vierhundert Mark schafft der Vollarbeiter in einem Jahre dem Kapital!

Ohne Ricksichtnahme. Bei der Begründung der Flottenforderungen spielt die angebliche Förderung unseres Außenhandels eine große Rolle. Unsere Handelsflotte ist aber ohne größeren Panzerbeschuss — und Millionenprofite für die Flotten-Patrioten — stark geworden, aus dem einfachen Grunde, weil nicht die Dicke der Panzerplatten und die zerstörungsfähigkeit der Granaten, sondern der Preiswettbewerb die Entwicklung des Handels bestimmt.

Der Anteil Deutschlands an der Welt Handelsflotte stieg von 5,2 Proz. 1874/75 auf 6,5 Proz. 1894/95, 7,8 Proz. 1905/06 und 9,9 Proz. 1905/06. Den Bestand von 1894/95 gleich 100 gesetzt, vermehrte sich bis 1905/06 die Dampferflotte Großbritanniens auf 159, diejenige Frankreichs auf 145, der Vereinigten Staaten auf 203, die Weltflotte auf 191, diejenige Deutschlands aber auf 292.

Der Wert der Handelsflotte hat sich seit 1895 verdreifacht; er stieg von 327 Millionen 1895 auf 426 Millionen 1899 und 810 Millionen 1905. Während endlich der Reubelstandswert für 1899 auf 2/3 Milliarde beziffert wurde, dürfte er heute auf sehr viel mehr als 1 Milliarde zu veranschlagen sein. Die „Allg. Marine- und Handelsfortschritts“, gerade als wollte sie die Unmöglichkeit, dem Handel besondere Schutz- und Nachwächter zur Seite zu stellen ausdrücklich betonen, bemerkt dazu:

Die Entwicklung ist nicht das Produkt einer staatlichen Subventionspolitik, sondern freier Tätigkeit der Interessenten, die teils gar keine, teils weniger Subvention erhalten haben als die Keeder anderer Länder.

Die Bersten verbandeln sich mehr und mehr in Aktien-gesellschaften: die Zahl stieg 1900/1905 von 14 auf 17, ihr Kapital von 57 auf 85 Millionen Mark oder 48 Proz., der Marktwert der notierten Aktien von 50 auf 80 Millionen.

Der geschätzte Wert der gesamten Hafenanlagen der wichtigsten deutschen Seehäfen stieg von 1/4 Milliarde 1897 auf über 1100 Millionen 1905 und wird sich in nächster Zeit weiterhin beträchtlich erhöhen.

Baumwollenwarenausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1905. Baumwollenzuge wurden aus den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1905 in einer größeren Menge zur Ausfuhr gebracht, als je zuvor. Im ganzen gingen aus 700 259 024 Hards im Werte von 47 652 434 Dollar; davon waren 665 560 111 Hards im Werte von 40 508 207 Dollar ungefärbte Zeuge, und 134 698 918 Hards im Werte von 7 144 227 Dollar waren gefärbte Zeuge. Die größte bisherige Ausfuhr eines Kalenderjahres war die von 1902 mit 525 516 909 Hards für 26 809 318 Dollar, während noch größer der Export vom Fiskaljahr 1904/05 mit 694 500 715 Hards für 41 320 542 Dollar ausgefallen war. Die Zunahme beschränkte sich auf ungefärbte Zeuge, während die gefärbten in verschiedenen früheren Jahren in größerer Menge als 1905 exportiert wurden. Ein bemerkenswerter Rückgang des Absatzes von gefärbter Ware trat nach keinem Lande ein, aber die Fabrikanlagen dieser Zeuge waren im inländischen Markt zu stark beschäftigt, um für eine Erweiterung des Ausfuhrgeschäftes besondere Anstrengungen machen zu können. Einen ganz bedeutenden Aufschwung gegenüber dem Vorjahre nahm das Ausfuhrgeschäft mit Baumwollenzügen nach China. Der Export dorthin stellte sich auf 562 782 721 Hards und machte 75 Proz. der gesamten Jahresausfuhr aus. Die Zunahme des Absatzes nach Britisch-Indien war verhältnismäßig nicht geringer, denn dieser steigerte sich von 4 861 578 auf 10 907 297 Hards. Der Export nach Kuba war mit 24 247 573 Hards fast doppelt so groß wie im Vorjahre. Auch nach Westindien, Argentinien, Brasilien, Britisch-Australien und Japan wurde mehr ausgeführt. Der Handel nach Japan, dessen Ausdehnung in erheblichem Maße durch den Krieg veranlaßt wurde, wird voraussichtlich in den kommenden Jahren wieder zurückgehen. Wesentliche Abnahmen im Export gegenüber 1904 traten nur ein im Handel mit Kolumbien und den Philippinen.

Deutsches Kapital im Auslande. Ein deutsches Konsortium beabsichtigt, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ erfährt, in Sosnowice, möglichst nahe der Grenze, eine große Schweinemarkthalle zu errichten. Der Antrag auf Genehmigung durch den Gouverneur in Pettau ist schon gestellt und auch der Regierungspräsident in Opatowitz ist um Förderung des für den Schweineimport sehr wichtigen Projektes angegangen worden.

Skandale in den amerikanischen Versicherungsgesellschaften. Der frühere Vizepräsident der New York Life Insurance Company George Perkins ist unter der Anlage des Diebstahls im ersten Grade verhaftet worden. Die Anlage wird damit begründet, daß er aus den Mitteln der Gesellschaft an das republikanische Nationalkomitee während der Präsidentschaftskampagne im Jahre 1904 48 702 Dollar gezahlt habe. Ehe Perkins vor dem Polizeirichter erschien, erzwangte sein Anwalt einen Habeas Corpusbefehl; inselgedessen kommt die Angelegenheit vor das höchste Gericht. Die Vizepräsidenten der Mutual Life Insurance Company Gramis und Gillette, sowie der Trustee der Gesellschaft Gerry haben ihre Ämter niedergelegt.

## Verfammlungen.

Eine Protestversammlung der städtischen Arbeiter, die von circa 2500 Personen besucht war, fand am Mittwoch in Kellers großem Saal in der Koppenstraße statt. Der Protest richtete sich gegen die völlig ungenügenden Berücksichtigung des eingereichten Lohnverhörsungsgesuches der städtischen Arbeiter bei der diesjährigen Etatsaufstellung der Stadt Berlin. Vom Verband der Gemeindegewerkschaften war vor einiger Zeit eine Petition an die städtischen Behörden um Gewährung einer Teuerungszulage geschickt worden. Die Berechtigung einer solchen Zulage wurde damals in der Stadtvertretung auch fast allgemein anerkannt. Oberbürgermeister Richter hatte sogar geäußert, man werde wohl am besten einen Ausgleich durch eine allgemeine Lohnverhöhung vornehmen müssen. Trotzdem mußte die Teuerungszulage eine förmliche Leiden Geschichte durchmachen. Im Ausschuss konnten sich die Vertreter der bürgerlichen Majorität nicht über die Höhe der Zulage einigen. Schließlich wurde auf energisches Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Bewilligung einer Zulage von 60 M. durchgesetzt, die in zwei Raten zu 25 und 35 M. an jeden Arbeiter ausgezahlt werden sollte. Auch heute haben aber nicht alle die letzte Rate erhalten. Als die Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit die vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellte allgemeine Lohnverhöhung befürworteten, wurde vom Magistrat gesagt, daß im diesjährigen Etat 600 000 M. für die Aufbesserung der Löhne in den Etat eingestellt würden. Im Etat finden sich nun zwar erhebliche Posten für eine Erhöhung der Beamtengehälter, jedoch für die Arbeiter ist darin so gut wie nichts enthalten. So sind z. B. die Kanalarbeiter- und Riefelfeldarbeiter völlig leer ausgegangen; Letztere sollen nach wie vor 1,80 M. Tagelohn im Sommer und 1,20 M. im Winter erhalten, also nicht viel mehr wie ostelbische Gutsarbeiter. Für die Gasarbeiter sind bei einer Lohnsumme von 3 1/2 Millionen Mark ganze 79 000 M. mehr in Anschlag gebracht worden, ungefähr so viel, daß die Invalidebeiträge davon bezahlt werden können. In Wirklichkeit dürfte aber überhaupt keine Lohnverhöhung dabei herauspringen, weil dieses geringe Summchen für Neueinstellungen gebraucht wird. Die Arbeitszeit bleibt entzogen allen Wünschen der Gasarbeiter die alte; von der Einführung des Achtstundentages ist keine Rede. Das Kranken-hauspersonal erhält auch nichts. Bei den Parfaborbeitern findet man sogar Abstriche. In etwas sind nur die Strohhüttenmacher, die Wasserwerksarbeiter, die Kartballen- und Viehhofarbeiter bedacht worden. Es handelt sich bei diesen aber auch nur um die Verschiebung der Lohnsfallen um etwa einen Jahreslohn, so daß die Lohnverhöhung nur einzelne Pfennige ausmacht. Diese auffallende Nichtberücksichtigung der städtischen Arbeiter unterzog der Verbandssekretär Dittmer in seinem Referat einer ebenso sachkundigen wie herben Kritik. An der Diskussion beteiligten sich u. a. auch die Stadtverordneten Genossen Dr. Verstein und Hingel, die den Unzufriedenen erklärten, daß die sozialdemokratische Fraktion im roten

Hause nach besten Kräften für die Besserstellung der städtischen Arbeiter eingetreten sei. Wenn nicht mehr für sie erreicht werden konnte, so trage die Schuld hieran lediglich die bürgerliche Mehrheit, die ja freilich in der Lage ist, die Anträge der Sozialdemokraten niederzustimmen. Vor allem aber möchten die städtischen Arbeiter ihre Organisation besser stärken, dann würde auch der Etat besser ausfallen. Hierauf gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

„Die in Kellers Festhällen zahlreich versammelten Arbeiter usw. sämtlicher städtischer Betriebe haben Kenntnis genommen von dem im Etat 1906/07 aufgestellten Löhnen für die einzelnen Kategorien. Sie können in den fast gänzlich unveränderten Lohnverhältnissen ein Existenzminimum nicht erlangen und erleben entsetzlichen Protest dagegen, daß ihnen zugemutet wird, in diesen teureren Zeiten mit den geringen Löhnen auszukommen. Die Ablehnung einer generellen Lohnverhöhung, welche bereits im November 1905 gefordert wurde, ist um so bedauerlicher, als nach den Erklärungen seitens des Magistrats anlässlich der Teuerungszulage unbedingt angenommen werden mußte, daß endlich einmal eine wesentliche Verbesserung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter beabsichtigt wurde.“

Die Versammlung findet das Verhalten der städtischen Körperschaften um so unverständlicher, als doch den immerhin besser gestellten mittleren und höheren städtischen Beamten ganz erhebliche Gehaltszulagen bewilligt worden sind.

Die Versammelten ersuchen daher den Magistrat und die Stadtverordneten, eine 10prozentige Lohnverhöhung auf dem Wege der Nachbewilligung zu gewähren.“

Der Verband der städtischen Arbeiter (Filiale Groß-Berlin) beschäftigte sich am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung bei Dräsel mit dem „Ausbau der Organisation“. Der Mediateur des Verbandsorgans, H. Bürger, referierte und wies nach, wie notwendig auch für die städtischen Arbeiter die Einschaltung der Erwerbslosen-Unterstützung sei. Sowohl in Krankheitsfällen als auch bei Arbeitslosigkeit bedürfen die städtischen Arbeiter so gut wie alle anderen der Hilfe, da die Gemeindeverwaltungen teils noch gar nicht, teils in ganz ungenügender Weise ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen. Selbstverständlich bedinge dies eine Erhöhung der Beiträge; denn nur der, welcher zahlt, kann ernten. Es unterliege aber auch keinem Zweifel, daß die Kollegen dies Opfer gern übernehmen werden. Wir dürfen nicht immer nachhinken, sondern auch in diesem Punkte mit den anderen Organisationen gleichen Schritt halten. Auch der Verband der städtischen Arbeiter wird vor Ernstfälle gestellt werden, die eine wohlgefüllte Kasse erzwängen erscheinen lassen. — Die heftigsten aufgenommene Ausführungen zeitigten eine lebhafteste Diskussion, in der alle Redner — mit einer Ausnahme — sich den Vorschlägen des Referenten anschlossen. — Die nachstehende Resolution fand schließlich gegen 12 Stimmen Annahme:

„Die zahlreich versammelten Mitglieder der Filiale Groß-Berlin halten den Ausbau des Unterstützungswesens in unserer Verbände für unbedingt erforderlich. — Sie erbiten insbesondere in der Erwerbslosen-Unterstützung ein Mittel, unsere Organisation zu festigen und unseren Mitgliedern einen Rückhalt zu bieten. Angesichts der großen Schwankungen ihres Arbeitsverhältnisses sowie der noch immer ungenügenden Fürsorge der deutschen Gemeindeverwaltungen halten es die Mitglieder der Berliner Filiale für die Pflicht der Organisation, dem städtischen Arbeiter Rückhalt und Schutz zu bieten. Demgemäß stimmt die Versammlung für die damit notwendig werdende Beitragserhöhung auf 40 Pf. pro Woche, soweit der Arbeitslohn nicht unter 3 M. pro Tag beträgt. Für Arbeiter mit weniger als 3 M. Tagelohn soll ein Beitrag von 30 Pf. für weibliche Mitglieder von 25 Pf. festgesetzt werden. Durch die Erhöhung der Beiträge würde vor allem eine bessere Aktionsfähigkeit erzielt, welche es uns für die Zukunft leichter ermöglicht, jenen Maßnahmen zu begegnen, wie sie von den Herren Vender, Körtling u. a. gegen unsere Organisation geschehen sind. Alle Kollegen werden dringend ersucht, für diese Ausgestaltung unseres Verbandes Propaganda zu machen.“

Die Freie Vereinigung der Maurer hielt am Mittwoch bei Dräsel in der Neuen Friedrichstraße eine Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum 1. Mai, wurde eine Resolution von Panzer, die vollständige Arbeitsruhe fordert und die Mitglieder verpflichtet, an einer Versammlung am Donnerstag des 1. Mai teilzunehmen, einstimmig angenommen. — Der 7. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die 15. Konferenz der Maurer Deutschlands wurden in einer ausgedehnten und, soweit die Konferenz in Frage kam, oft hitzig geführten Weise besprochen. Von dem Kongreß wird eine Förderung der Gewerkschaftsbewegung nach einer mehr radikalen Richtung erwartet, und die Redner sprachen den Bestrebungen der Freien Vereinigung und ihrem Programmworts volle Sympathie aus. Als Delegierte zu dem Kongreß wurden Heller und A. Helm gewählt, die zugleich als Delegierte zur Konferenz der Maurer gewählt wurden. In der Konferenz sind Differenzen zwischen Hamburger und Berliner Maurern in bezug auf die Arbeitsruhe ausgetragen. Ferner sollen Änderungen in der Zusammensetzung der Leitung der Organisation und neue Bestimmungen über die Streikunterstützungen festgesetzt werden. Da zu der Konferenz vier Delegierte entsendet werden, wurden außer den genannten Heller und A. Helm noch Jeschlin und Witte gewählt.

Die Rifenmacher versammelten sich am Montagabend in den Andreas-Festhällen. Der Obmann gab einen Uebersicht über die gegenwärtige Lohnbewegung in der Branche. Die Lage ist im allgemeinen zufriedenstellend; bei einer Reihe von Firmen bestehen noch Differenzen, die erst zum Teil geschlichtet sind, so bei Vogt, Mühlberg, Königsdorfer, Koch, Baum u. Schäfer, Rau, wo seit drei Wochen gestreikt wird. Es wurde bekannt gemacht, daß die Fabrikanten kürzlich zusammen gekommen sind, um zu beraten, wie sie ihre Lage verbessern könnten. Da haben die Arbeiter alle Ursache, die Augen offen zu halten. — Das Unwesen, Uebersunden zu machen, wurde in der Diskussion scharf gerügt und allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß so weit wie möglich die Uebersunden zu beschränken seien. — Einstimmig beschloß die Versammlung, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich an der Versammlung der Holzarbeiter in der „Neuen Welt“ zu beteiligen. Die Branche wird am 1. Mai eine Vorversammlung abhalten, um über die Mitglieder eine Kontrolle zu haben, und macht es jedem zur Pflicht, sich an der Feier zu beteiligen. Die Bedeutung des 1. Mai als eine internationale Demonstration der Arbeiter wurde von vielen Rednern hervorgehoben und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Beteiligung eine weit stärkere sein werde als im vorigen Jahre.

**SUNLIGHT SEIFE**

**Garantirt unerschrocken frei von schädlichen Bestandteilen**

**Sunlight Seife**

wird von Millionen von Hausfrauen verwendet!

Das Urteil der einsichtigen Hausfrau ist der zuverlässigste Massstab für die Güte und Preiswürdigkeit eines Verbrauchs-Artikels! Warum auch nicht Sunlight Seife ist reine Seife und vollständig neutral. Sie schont die Wäsche und verringert die körperliche Arbeit. Sie ist billig, weil sie so sehr sparsam ist. Machen Sie damit einen Versuch und kaufen Sie heute noch bei Ihrem Händler ein Stück!

**Achtung!** Freitag, den 30. März, abends 8 Uhr:  
**Öffentl. Wähler-Versammlung**  
 für den  
**34. Kommunal-Wahlbezirk**  
 in den Verollna-Gebäuden, Schönhauser-Allee 28.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Unsere Kommunal-Aufgaben. Referent: Stadtn. Dr. Weyl.  
 2. Auffstellung des Kandidaten. 3. Freie Aussprache.  
 Der Einberufer.

**Stukkateure.**

Sonnabend, 31. März, vorm. 11 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:  
**Versammlung**  
 der arbeitslosen Kollegen.

Tages-Ordnung:  
 1. Unsere wirtschaftliche Lage! 2. Diskussion.  
 Pflicht jedes organisierten oder arbeitslosen Mitgliedes ist es, der  
 Versammlung beizuwohnen. - Auch Nichtmitglieder des Verbandes haben  
 Zutritt.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engelstr. 15:

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Zur Beachtung!**

Die Zahlstelle 2 Koppenstr. 41 ist nach Balladenstraße 52, Ecke  
 Friedenstraße bei C. Arndt verlegt worden. Die Kollegen werden er-  
 sucht, hierden Reis zu nehmen.

Zahlstelle 51 ist von Alte Jakobstraße 83 nach  
**Seydelstraße 22 bei Gärtner** verlegt.

**Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“**

(E. G. m. b. H.)  
 Sonntag, den 8. April 1906, nachmittags 2 Uhr:

**General-Versammlung**

im Lokale von Krone, Sieguierstraße 18.  
 Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des  
 Aufsichtsrates. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Erziehung zum Aufsichtsrat.  
 4. Geschäftliches.  
 Der Vorstand.  
 H. Hähnsl. Joh. Hummel.

**Tischler-Verein, E. H. 89.**

Sonnabend, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr,  
 Melchiorstraße 15:

**Versammlung.**

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernstein.  
 Ausgabe der Billets zum Ostervergnügen. Aufnahme neuer Mitglieder.  
 Der Vorstand.

**Selowskys**

**Zenith-Zigaretten \* Bolero-Zigaretten**  
 Garantiert feinste Handarbeit!  
 Von jedem wirklichen Kenner bevorzugt!

**Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
 (Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Mit dem 1. April d. J. treten die neuen Lohnsätze laut Vertrag in Kraft. Wir bringen deshalb dieselben  
 zur Kenntnis der Kollegen:

Der Stundenlohn beträgt: 1. Für gewöhnliche geübte Bauarbeiter, insofern sie sich als solche ausweisen,  
 vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 50 Pf.

2. Für Kalkschläger, für Arbeiter bei umfangreichen Arbeiten mit hydraulischem Stahl, für Wasserträger, die  
 Wasser von unten heranzutragen, ferner für beim Röhren sowie an Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter auf Neu-  
 bauten vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 55 Pf.

3. Für das ausschließliche Tragen von Steinen und Stahl als ständige Tagesleistung vom 1. April 1906 bis  
 31. März 1907 70 Pf.

Es empfiehlt sich, daß die Bauprüfer sofort am 2. April den Unternehmer oder seinen Stellvertreter  
 auf die Lohnsteigerung aufmerksam machen. Alle Fälle, in denen diese Lohnsteigerung verweigert wird, sind  
 unverzüglich dem Verbandsbureau, Telefon-Anschluß Amt 4, 4493, zu melden.

**Der Zweigvereins-Vorstand.**

J. L.: K. Heidemann.



**„Berliner Arbeiter-  
 Radfahrer-Verein“**  
 Mitglied des Arbeiter-  
 Radfahrer-Bundes  
 „Solidarität“.

Touren zum Sonntag, den 1. April:  
 1. Abt.: früh 7 1/2 Uhr nach Rauen;  
 nachm. 1 1/2 Uhr nach Finkenbg.  
 Start: Schönstr. 59.  
 2. Abt.: nach Schenkehof. Start:  
 1 1/2 Uhr Heban- und Tempel-  
 bergstr. 66.  
 3. Abt.: nach Fickelwerder. Start:  
 1 1/2 Uhr Mariannen-Platz.  
 4. Abt.: nach Kaulsdorf (Samand  
 Gesellschaftshaus). Start: 2 Uhr  
 Andreas-Platz, bei schlechtem  
 Wetter der Bahn.  
 5. Abt.: früh 9 Uhr nach Kremmen;  
 nachm. 1 1/2 Uhr nach Hennigsdorf  
 (Trole). Start: Oberberger-  
 Straße 30 (Genossenschaft).  
 6. Abt.: nach Schulendorf. Start:  
 1 1/2 Uhr Ködliner Hof.  
 7. Abt.: früh 8 Uhr nach Bielefeld;  
 nachm. 1 1/2 Uhr nach Bernau.  
 Start: Stephan-Platz 8.  
 8. Abt.: nach Fickelwerder. Start:  
 1 1/2 Uhr Brandenburger Tor.

Heute abend:  
**Fahrt-Sitzung**  
 bei Ostrowski, Schillingstr. 24.

Deutschlands Spezialgeschäft  
 größtes  
**Bettfedern**  
 für  
**Gustav Lustig**  
 Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe  
 BERLIN S. Prinzenstr. 46  
 liefert geg. Nachnahme garantiert  
 neue und gut erhaltene, gut füllende  
 Bettfedern p. Stb. W. 655-100-1.25;  
 prima Halbdaunen W. 1.75; Gänse-  
 ruyfedern W. 2.00; prima weiße  
 Gänsehalsdaunen W. 2.50-3.00-3.50  
 echt chinef. Monopoldaunen }  
 W. 2.85, echt russisch. Wata }  
 für Gänsefedern W. 3.50 }  
 Von den Raunen genügen 3-4 Stb.  
 zum groß. Oberbett. - Gänsefedern  
 (1 Stb.) W. 6.00 per Pfund; Gänse-  
 schweifefedern, wie sie von der Gans  
 fallen, mit allen Raunen W. 1.50.  
 Proben und Preisliste gratis. Um-  
 tausch oder Rücksendung gestattet.  
 Verpackung kostenlos.  
 Postfähiger Rufus aber 2000  
 Zentner Bettfedern, von welchem  
 zweiter Bettens u. Bett-  
 federngeschäft erreicht.

**Ueberraschend**  
 wirkt bei Husten, Keuchhusten, Hals-  
 kratz- und Lungenentzündung, Ver-  
 schleimung, Asthma usw. der echt  
**Russische Knötchen**  
 Nur in Paketen mit deutschen Briefen  
 4 1/2 Pf. 3 Pak. 12 Pf. Bei 6 Paketen  
 franco überall hin. Die Wirkung wird  
 noch erhöht durch **Roschke's**  
**Bonbons Pectoral**  
 aus nur besten russischen Heilpflanzen  
 bestehend und seit langen Jahren  
 mit glänzendem Erfolg bewährt.  
 1 Pfund 1.20 Pf., 1/2 Pfund 60 Pf.  
 Versand hier frei Haus!  
**Berlin SO. 43.**  
**Otto Reichel, Eitenbahnstr. 4.**

**Knaben-Anzüge**  
 Vollendet schöne Auswahl in reizenden, entzückenden Fassa,  
 praktischen und luxuriösen Genres.  
 Tausende Exemplare einfachster und auslesenster Farbensortimente.  
 18.- 16.- 15.- 14.- 12.- 11.- 10.- 2 M.  
 9.- 8.- 7.- 6.- 5.- 4.- 3.-  
 Fesche Knaben-Mützen, passend zu den Anzügen.  
 Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.  
**Baer Sohn**  
 Spezialhaus größten Massstabes  
 Chausseestraße 24a/25 • 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurterstr. 20.

**Verband der Sattler**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Den Kollegen zur Mitteilung, daß die nächsten Branchensamm-  
 lungen an nachfolgenden Tagen stattfinden:  
**Geschirrebranche:** Mittwoch, den 4. April.  
**Treibriemenbranche:** Sonnabend, den 31. März.  
**Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche:** Donnerstag,  
 den 5. April.  
**Militärbranche:** Sonnabend, den 31. März.  
**Linoleumleger und Teppichnäher:** Donnerstag, den 5. April.  
**Wagenbranche:** Mittwoch, den 4. April.  
**Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer:** Mittwoch, den 4. April.  
**Sektion Charlottenburg:** Montag, den 2. April.  
 Als gemeinsamer Punkt der Tagesordnung steht in allen Versammlungen:  
 Berichterstattung der Branchenleitung sowie Neuwahl derselben.  
 Wir erwarten von allen Kollegen, daß sie diese Versammlungen  
 pünktlich besuchen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Sommersprossen**  
 entfernt vollständig u. gründlich aus  
 mein unschädliches Spezialmittel.  
 M. 2.50 franko selbst wissenschaftl.  
 Kräftegeber „Die Schönheitssage“.  
 Otto Reichel, Berlin 43 Eitenbahnstr. 4.  
 Tausende Anerkennungen.

**Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
 Moritzplatz 59.  
 Nicht zu vergleichen  
 mit Abzahlungs-Geschäften  
 welche auch Konfektion  
 führen. 85L.\*

**Extra-Abteilung**  
 verlichen gewesener  
**Möbel**  
 wöchentliche oder monatliche  
 Teilzahlung gestattet!  
 Kein Abzahlungs-Waren-  
 haus, sondern nur  
 Spezial-Möbelgeschäft.

**O. Heinze,**  
 Brückenstr. 6.  
 Räder  
 Zubehör  
 Reparatur., Emailierung, Vernickel.  
**besonders billig.**

**Zigarren! Zigaretten!**  
 billigste Preise für  
 Wiederverkäufer!  
**Pasewalkerstraße 9.**

26 Ring.  
 Früher 6 Mark.  
 Jetzt 1 Mark.

2007 Ohrringe.  
 Früher 6 Mark. Jetzt 1 Mark.

1170 Brosche.  
 Früher 6 Mark. Jetzt 1 Mark.

22 Ring.  
 Früher 6 Mark.  
 Jetzt 1 Mark.

**Der letzte Tag.**  
 Unser Mietskontrakt endet am 31. März d. J.  
**TAITS DIAMANTEN**  
 die beste Imitation der Welt  
 früher 6 Mark  
 Jetzt **1** Mark  
**TAITS AMERICAN DIAMOND PALACE**  
 Central-Hotel, Laden 15, Friedrich-Strasse 143.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Bechauer Verhandlungstag.

Kottbus, 29. März.

Der erste heute vernommene Zeuge Nierisch war Stationswächter auf der Stadtgrube. Es handelt sich um Stationen im Förderstollen, wo die Kohlenwagen durch maschinellen Betrieb aus- und eingefahren werden. Damit die Arbeiter den in Bewegung befindlichen Wagen ausweichen können, werden Signale gegeben. Nierisch gibt an, auf einer Station, wo er zwei Tage beschäftigt war, versagte in dieser Zeit die elektrische Signalleitung sehr oft. Auf einer anderen Station, wo der Zeuge acht Tage beschäftigt war, wurden Klopfsignale gegeben, die durch einen Drahtzug in Bewegung gesetzt werden. Der Draht riß fast bei jedem Zuge und mußte immer wieder zusammengebunden werden. Auf einer dritten Station in einer neuen Strecke war in einer Länge von etwa 200 Meter noch keine Signalleitung. Dort wurden die Signale durch Winden mit Lampen gegeben, ebenso wie in anderen Strecken, wenn die Signalleitungen nicht funktionierten. Nach Ansicht des Zeugen sind die Lichtsignale so unzuverlässig, daß infolgedessen oft Störungen eintreten, die unter Umständen für die Arbeiter hätten gefährlich werden können. — Der Sachverständige Vergrat Vafelt, hält das Signalwesen, wie es der Zeuge darstellte, nicht für befriedigend. — Der Zeuge Nierisch gibt weiter an, daß die Stationen, wo er beschäftigt war, entgegen den Sicherheitsvorschriften, nicht breiter waren wie der Stollen. Erst nach einer Revision wurden sie erweitert.

Hieran schließt sich die Erörterung eines Unfalles, bei dem ein Arbeiter getötet wurde. Der Name des Verunglückten ist Fleischer. Er hatte beladene Wagen nach der Station zu bringen und leere zurückzunehmen. Bei einer solchen Gelegenheit passierte es, daß ein beladener Wagen auf der Förderstrecke entgleiste. Ein hinterherkommender beladener Wagen stieß auf den entgleisten, er löste sich deshalb von dem Seil der Fördermaschine und rollte auf dem abschüssigen Gleise zurück. Von oben wurde ein Warnungsruf gegeben. Fleischer und ein anderer Arbeiter traten bis an die Wand des Stollens zurück, um den herabfallenden Wagen vorbeizulaufen. Da aber an jener Stelle das Schienengleis durch eine sogenannte Wendepalte unterbrochen wird, so änderte der Wagen seine Richtung, schießte den einen Arbeiter und traf den Fleischer mit voller Wucht. Fleischer taumelte einige Schritte weiter, dann brach er tot zusammen.

Vergrat Vafelt und mehr noch Bergmeister Sportenhagen geben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß es sich hier um einen unglücklichen Zufall handele, an dem man der Betriebsleitung keine Schuld beimessen kann. — Nach eingehender Befragung durch den Verteidiger gibt Vergrat Vafelt zu, daß es Sicherheitsvorrichtungen gibt, welche geeignet sind, das Zurückrollen losgeladener Wagen zu verhindern. Wenn das Aussehen von Wagen oft vorkomme, dann müsse solche Schutzvorrichtung angebracht werden.

Nach Zeugenangaben kam es oft vor, daß Wagen ausgleiten, aber eine Schutzvorrichtung war nicht vorhanden.

Ein weiterer Punkt der Beweisaufnahme betrifft die Frage der mangelhaften Beleuchtung der Stationen. — Nach den bezüglichen Vorschriften muß die Station dauernd und ausreichend beleuchtet sein, außerdem muß jeder unter Tage beschäftigte Arbeiter für sich ein Grubenlicht haben. — Nach der Darstellung des Zeugen Nierisch ist diese Vorschrift nicht befolgt worden. Er hat auf jeder Station, wenigstens zeitweise, keine besondere Lampe gehabt, er mußte seine Grubenlampe an die Wand hängen, um die Station zu beleuchten. Er selber war dann, wenn er sich ein Stück von der Station entfernen mußte, ohne Licht. Der Zeuge fährt auch den Tod Fleischer, wenigstens zum Teil, auf die mangelhafte Beleuchtung zurück, denn Fleischer habe nicht sehen können, ob ihm ein Wagen oder ein leerer Wagen entgegenkam.

Weiter gibt es längere Auseinandersetzungen mit dem Vergrat Vafelt, der die Beleuchtung der Station durch die Grubenlampe des Stationswärters für ausreichend und die polizeiliche Vorschrift für erfüllt hält, wenn die Grubenlampe des Wärters dauernd auf der Station hängt. Nach vielem Hin- und Herreden muß der Sachverständige aber doch zugeben, daß es nicht gebilligt werden kann, wenn unter den geschilderten Umständen der Stationswächter keine eigene Lampe mehr hat.

Betriebsinspektor Möller behauptet, es seien immer besondere Stationslampen auf den Stationen gewesen. — Hieran traten noch andere Zeugen auf, welche ganz bestimmt behaupteten, daß auf den Stationen keine Lampen waren und daß sie als Stationswächter ihr eigenes Grubenlicht als Stationslampe benutzen mußten. Einer dieser Zeugen sagt, er habe vom Bruchschläger Lorenz eine Stationslampe verlangt, aber keine bekommen. — Lorenz behauptet, er wisse nichts davon. Weiter sagt er in bezug auf die Stationen mit dem Steiger Kreischer und dem Inspektor Möller, die Stationslampen hätten den Arbeitern zur Verfügung gestanden, wenn sie solche nicht mitgenommen hätten, dann wären die Arbeiter allein daran schuld, aber nicht die Betriebsleitung. Dem Steiger wird vorgehalten, daß er doch für die Beleuchtung der Station zu sorgen habe, wenn er das Fehlen der Stationslampe bemerkt. Im weiteren Verlauf der Befragung gibt Steiger Kreischer an, daß die Lampen, die er als Stationslampen bezeichnet, so weit von der Station entfernt hingen, daß sie die Station nicht genügend beleuchten konnten. — Das soll auch nach Angabe eines Zeugen der Fall gewesen sein, als sich der Unfall Fleischer ereignete.

Nachdem noch ein Zeuge über die Verschüttung des Bauers Czarski vernommen war, gibt Vergrat Vafelt sein Gutachten über diesen Fall dahin ab: Es sei kein Zweifel, daß die Stelle, wo der Verschüttete arbeitete, eine sehr gefährliche war. Wenn an dieser Stelle überhaupt gearbeitet werden sollte — was nicht ausdrücklich verboten — dann dürfte es nur unter Beobachtung gewisser Vorichtsmaßnahmen geschehen. Die Vorsicht scheint aber in diesem Falle außer acht gelassen zu sein. Es sei kein einwandfreies Verfahren, wenn man nach dem „alten Mann“ zu 4 Meter ausgehohlet wurde und das Gebirge nach Auslage des Steigers so brüchig war, daß kein Holz angebracht werden konnte. Es sei zwar nicht verboten, daß ein Mann an einer solchen Arbeitsstelle allein beschäftigt wird. Besser sei es aber, an solche Stelle zwei Mann zu stellen, denn dann könnten die Anzeichen einer Einsturfsgefahr rechtzeitig bemerkt werden und die Arbeiter hätten dann Zeit, zu flüchten. Der einzelne Arbeiter, der sich hier von der Arbeitsstelle entfernen mußte, um die Kohle fortzuschaffen, konnte die während seiner Abwesenheit eintretenden Anzeichen der Gefahr nicht bemerken. Die unmittelbare Ursache des Einsturzes sei in diesem Falle nicht festgestellt. Wahrscheinlich sei der Einsturz infolge der Auffüllung des Hüftstempels erfolgt. Für diesen Fall könne man niemand die Schuld an dem Tode des Bauers zumessen. — Die Verhängung einer Strafe gegen einen Arbeiter, der sich weigerte, in einem gefährlichen Bruch zu arbeiten, sei unzulässig.

Hierauf gibt Vergrat Vafelt sein Gutachten über die Unfallgefahr auf der Stadtgrube ab. Der Verteidiger hat hierzu einige auf amtlichen Quellen beruhende statistische Arbeit vorgelegt, die in der Hauptsache folgendes ergibt: Auf je 1000 beschäftigte Arbeiter kamen in den Jahren 1900 und 1904 in der Unfallkassations-Gasse 74 bzw. 100 angemeldete und 2,07 bzw. 2,53 tödliche Unfälle, im Bergrevier West-Kottbus 99 bzw. 184 angemeldete und 2,72 bzw. 3,44 tödliche Unfälle. — Auf je

1000 Untertagsarbeiter wurden durch Unfall getötet in den beiden genannten Jahren: Im preussischen Bergbau überhaupt 2,377 bzw. 1,998; im preussischen Steinkohlenbau 2,492 bzw. 2,041; im Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle 3,301 bzw. 2,459. Auf 1000 Untertagsarbeiter wurden durch Stein- und Kohlenfall getötet: Im preussischen Bergbau überhaupt 1,124 bzw. 0,873; im preussischen Steinkohlenbau 1,158 bzw. 0,884; im Braunkohlenbau des Oberbergamtsbezirks Halle 1,765 bzw. 1,666. — Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß das hier in Frage kommende Revier erheblich höhere Unfallziffern aufweist, als der Durchschnitt, ja selbst als die Steinkohlenreviere, obgleich die Gewinnung der Braunkohle an sich erheblich weniger gefährlich ist als der Steinkohlenbau. Vergrat Vafelt hat eine andere Berechnung aufgestellt und kommt danach zu dem Schluß, daß die Stadtgrube hinsichtlich der Unfälle etwas günstiger dastünde als der Durchschnitt.

Nunmehr werden einige Zeugen vernommen zu der Frage, ob den Revierbeamten Mißstände in der Grube verheimlicht worden sind. Mehrere Zeugen gaben an, daß sie in der Grube Bretterverschläge anbringen mußten und zwar so, daß ihre Arbeitsstelle dadurch vollständig verdeckt worden sei. Bei der Ausführung dieser Arbeiten hieß es, sie würden gemacht, weil der kontrollierende Revierbeamte kommt. Ob hinter den Verschlägen Mißstände zu verbergen waren, können die Zeugen nicht angeben, jedoch ist es ihnen aufgefallen, daß die Verschläge gemacht wurden, obgleich kein ersichtlicher Grund dafür vorhanden war. — Betriebsinspektor Möller sagt, die Verschläge seien angebracht worden, um die Stadtgrube von den benachbarten, einem anderen Besitzer gehörenden Neustollen abzusperren. Auch zum Zwecke der Wetterführung seien solche Verschläge gemacht worden, aber nicht, um dem Revierbeamten Mißstände zu verbergen. Nach Möllers Vernehmung wird durch einen anderen Zeugen behauptet, daß die hier in Rede stehenden Verschläge wenige Stunden nach ihrer Errichtung wieder entfernt wurden. Dieser auffallende Umstand spricht nach der Annahme des Vergrats Vafelt dagegen, daß es sich um Wetterverschläge gehandelt haben könne. Jedenfalls würde es unter tausend Fällen nur einmal vorkommen, daß man soeben erst errichtete Wetterverschläge schon so bald wieder entfernt. — Auch der Angeklagte Gärtner weist auf gewisse Lücken hin, welche es technisch unmöglich erscheinen lassen, daß die Verschläge der Wetterführung dienen. — Es kommt ferner zur Sprache, daß die Verschläge auch errichtet sein könnten, um den Marktscheider darüber zu täuschen, daß über die Grenze des Grubengebietes hinausgearbeitet worden ist. Diese Möglichkeit kommt deshalb in Frage, weil ein Zeuge behauptet, daß der Marktscheider zur Vernehmung gekommen ist und gleich nach seinem Weggang der kurz vorher errichtete Verschlag wieder entfernt wurde.

Courrières und die Wahrheit über das Rettungswesen im deutschen Bergbau.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet schreibt man uns: Wir bekennen gern: Die Rettungsmannschaften von Zeche „Schamrol“, Arbeiter sowohl wie Beamte, haben in Courrières wahre Heldentaten vollbracht, als sie, ihr Leben in die Schanze schlagend, mit ihren Apparaten in die zusammengebrochenen Schächte hinabstiegen und aus den brennenden Strecken die Leichen der französischen Brüder zu bergen suchten. Wir schätzen und rühmend anerkennen die ihnen zuteil gewordenen Anerkennung an. Wir wissen vor allen Dingen auch die Verdienste des Herrn Direktors Meyer von Zeche „Schamrol“ um die Verbollkommnung des Rettungswesens sehr wohl zu würdigen. Wir wissen, daß er seit einem Jahrzehnt seine vornehmste Aufgabe darin erblickte, alle Errungenschaften der Technik auf dem Gebiete der Unfallverhütung und des Rettungswesens praktisch zu verwerten. Herr Meyer ist auch der Schöpfer des Rettungskorps. Rolle Anerkennung gebührt ihm! Andererseits weisen wir aber ganz entschieden die Versuche zurück, die dahin gehen, das gesamte Rettungswesen des Ruhrbergbaues als vollkommen, musterhaft und nachahmungswürdig hinzustellen. Manche Zeche genügt nicht mal den bescheidenen Vorschriften der Bergbehörde. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen im ganzen Ruhrrevier mit etwa 180 Zechen Rettungskorps mitten in Courrières so bewundernswürdigen Apparaten nur auf den Zechen „Schamrol“ und „Rheineibe“. Außerdem werden noch die Besucher der Bergschule in Bochum, also die künftigen Steiger, mit den Rettungsapparaten ausgebildet. Weiter reicht die Herrlichkeit nicht!

Als auf Zeche „Vorussia“ der Grubenbrand ausbrach, mußten auch Rettungsmannschaften und Apparate von Zeche „Schamrol“ geholt werden, weil auf „Vorussia“ die Einrichtung fehlte. Und so ist es auf den meisten Zechen des Ruhrreviers bestellt. Das Ausland will das deutsche Rettungswesen studieren und einführen, und in Deutschland hat man feins. Das muß zum allgemeinen Nutzen offenbar werden. Denn sind die Einrichtungen auf „Schamrol“ auch noch so vortrefflich — „Schamrol“ ist nicht das Ruhrrevier und nicht Deutschland.

Noch ein anderes Märchen müssen wir zerstören, weil es ebenfalls gefährlich werden könnte. Der Zentrumsabgeordnete Druff erklärte im preussischen Landtage in Deutschland ein Unglück von der unglücklichen Größe wie das in Courrières unmöglich. Das sind billige, irreführende Redensarten, die unter Umständen große Gefahren heraufbeschwören können. Es ist wiederholt nur einem glücklichen Zufall zuzuschreiben gewesen, daß Deutschland kein Courrières noch nicht hatte. Wir wollen das gleich an Beispielen beweisen. Es ist kaum ein halbes Jahr her, da ereignete sich auf Zeche „Wanne“ im Ruhrrevier eine Katastrophe, die der in Courrières durchaus ähnlich ist. Auch auf Zeche „Wanne“ brachen mehrere Fließbrände aus, die nur schwer oder garnicht abzu-dämmen waren. Die Brandgase erfüllten mehr und mehr die Grubenbaue und erschwertes das Arbeiten. Zudem machte sich eine stärkere Entzündung der Schlagwetter bemerkbar. Die Bergleute beschränkten mit Recht eine Katastrophe. Trotzdem wurde weiter gearbeitet! Die Bergleute wandten sich an die „Dortmunder Arbeiterzeitung“, welche sofort Alarm schlug mit dem Erfolg: die Bergbehörde schritt ein, das Wärlarbeiten wurde verboten. Es war aber auch die höchste Zeit. Kaum hatten die Mannschaften die Grube verlassen, entstand eine furchtbare Explosion, genau wie in Courrières! Hoch hinaus aus dem Schacht schlugen die Flammen. Mehr noch! Die Gebäude und Maschinen über Tage wurden zerstört und zertrümmert, der Schacht brach zusammen und die über Tage beschäftigten Personen verunglückten!!! Wie nun, wenn die „Heypresse“ nicht Alarm geschlagen, wenn die ganze Belegschaft in der Grube war? Kein Mensch wäre lebendig wieder herausgekommen.

Man kann geradezu von einem Glücksfalle reden, daß wir noch kein Courrières zu verzeichnen haben. Will das der Fachmann Druff vielleicht bestreiten? Dann kann er sich von jedem Bergmann, der seine Sache versteht, belehren lassen.

Und wie war es dem eigentlich auf Zeche „Vorussia“? Auch da hat nur ein glücklicher Zufall verhindert, daß nicht die ganze Belegschaft ihr Leben lassen mußte. Nur der Geistesgegenwart des gerade an der Brandstelle anwesenden Fahrstellers Hausmann, der im Förderkorb durch den brennenden Schacht zutage flüchtete und den Ventilator umstellte, ist zu es verdanken, daß auch nicht hier viele hundert Menschen ums Leben kamen. Wie nun, wenn der Brand eine halbe Stunde später ausgebrochen wäre und Hausmann sich mit den übrigen Beamten schon in den Bauen befand? Dann wäre der Ventilator nicht umgestellt worden, die tobenden Gase hätten alle Grubenbaue erfüllt, alles was da unten lebte mußte ersticken.

So liegt die Sache! Das kann jeder Bergmann bestätigen! Die Druffischen Ausführungen bestärken den Widerstand gegen besseren Arbeiterschutz, darum muß ihnen nachdrücklich entgegengetreten werden. Ein Skandal sondergleichen ist es, daß sich Arbeiterführer in solcher Weise an der Irreführung der öffentlichen Meinung beteiligen.

In Deutschland ist jeden Tag ein Courrières möglich. Und wir verlangen im Interesse der Bergleute, daß Behörden und Gesetzgebung aus Courrières die nötige Lehre ziehen, die „Vorussia“-Wanne“ Affäre sich eine heilsame Warnung sein lassen. Die überauswichtigen Gefühlsausdrücke und das heuchlerische Gesellen nach einer Katastrophe muß den Bergleuten gar nicht, sie haben ein Recht zu verlangen, daß Mittel und Wege gefunden werden, solche Katastrophen zu verhindern. Man möge sich nur versehen, ehe es wieder mal zu spät ist!

Die Ausstandsbewegung in Frankreich.

Aus Paris schreibt unser Mitarbeiter unterm 28. März: Der Streik im nördlichen Kohlenrevier wird jetzt mit vollkommener Disziplin durchgeführt. Die alte unter Vasky's Leitung stehende Gewerkschaft hat die unbefristete Forderung, die syndikalistische junge Föderation hat allen Einfluß verloren, wie gestern die großartige Kundgebung in Lens gezeigt hat, wo ein Zug von mehr als 10 000 Arbeitern, die unter der roten Fahne einhermarschierten Vasky affammierte. Am Mittwoch findet das vom gestrigen Kongress beschlossene Streikreferendum statt.

Ueber das Resultat der Abstimmung wird gemeldet: Lens, 29. März. Der Kongress der Bergarbeiter trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Vasky im feierlichen Bürgermeisterei-Gebäude zusammen. Polizei war nicht zu sehen. Vasky verkündete das Ergebnis der allgemeinen Abstimmung der Bergarbeiter in den Kohlenrevieren Nord, Anzin und Was-de-Calais. Es haben sich 92 520 Mann für den Ausstand und 19 074 Mann für die Fortsetzung der Arbeit ausgesprochen. Der Kongress vertagte sich darauf am nachmittag, um in geheimer Sitzung über die Organisation des allgemeinen Ausstandes Bestimmung zu treffen.

Ueber die Bergungsarbeiten.

Lens, 29. März. Die Ingenieure sind eifrig mit der Wiederherstellung zweier großer Zugangswege zum Schacht Nr. 3 beschäftigt. Die Stollen werden von der verbrannten Kohle geräumt, da beständiger Wiederausbruch des Feuers in denselben droht. Heute Nacht wurde ein Loter zu Tage gebracht. Der Ingenieur ausgenutzt, der einen Plan zur Wiederherstellung der bei dem Grubenunglück in Mitleidenschaft gezogenen Stollen ausarbeiten soll, tritt heute nachmittag zusammen.

Deutsche Kohlen in Frankreich.

Dem „Temps“ wird aus Brüssel berichtet: Auf der belgischen Nordbahn herrscht jetzt eine außerordentliche Tätigkeit; deutsche und belgische Kohlen werden in großen Mengen nach Frankreich eingeführt. Seit Donnerstag hat man in Marchiennes, wo die deutschen Waggon, die über Kerichot und Löwen gehen, durchkommen, 2680 Ausschüßwaggon gezählt, die für Paris, Roubaix und anderen französischen Städten bestimmt waren. Die belgische Kohle wird in viel geringeren Quantitäten transportiert. Die Eisenbahndirektion in Köln hat die belgische Nordbahn verständigt, daß gegenwärtig 4200 Waggon nach Frankreich unterwegs sind.

Aus der Frauenbewegung.

Ein ultramontanes Frauenparade!

Die Verhandlungen im Reichstag über das Stimmrecht der Frauen haben wieder in hellster Glorie erscheinen lassen ultramontane Heuchelei. Dem Zentrum ist die Frage des Staatsbürgerrechtes der Frauen, oder richtiger die Rechtslosigkeit der weiblichen Staatsbürger so wichtig, daß diese „Volkspartei“ es nicht einmal der Mühe wert fand, in eine Erörterung des bezüglichen Antrages einzutreten. Und die Vertreter des Patentchristentums wahrten ihr ihr kapitalistisches Interesse, gerade ihnen ist die Frau ein begehrtes Ausbeutungsobjekt, das man in Abhängigkeit und Untwürdigkeit erhalten muß. In Oberschlesien, dem Reich ultramontaner Zentrumstrafen, müssen die Frauen, die ins Haus gehören, den Grubenknigen starke goldne Fäden spinnen als Arbeiterinnen auf den Bergwerken. Die Frau ist gezwungen mitzuarbeiten, weil die Männer zu wenig verdienen. Wie sich das fromme Kapital mit der himmelschreienden Sünde, Vorenhaltung des verdienten Lohnes, abfindet, das illustriert dieses Lohnbild: Es betragen nach der amtlichen Statistik die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter pro Schicht: Oberschlesien 3,08 M., Saarrevier 3,80 M., Ruhrrevier 4,08 M. Also um 25 Proz. stehen die Löhne im „ultramontanen“ Oberschlesien niedriger als im „liberalen“ Ruhrbezirk. Noch schöner bestrahlt wird die fromme Arbeiterfreundlichkeit und die ultramontane Schätzung der Frau durch diese Angaben: Es betragen die Durchschnittslöhne in Oberschlesien pro Schicht: 1901 3,10 M., 1902 2,98 M., 1905 3,08 M. — In 1905 ist der Status von 1901 noch nicht wieder erreicht. (Dafür sind die Lebensmittelpreise exorbitant gestiegen.) Aber es kommt noch besser! Nicht alle Beschäftigten erreichen die Durchschnittslöhne, den Frauen zahlt man fast nur ein Drittel der schon niedrigen Durchschnittslöhne. Es betragen die Frauenlöhne 1,14 M. in 1901, 1,10 M. in 1903 und im Jahre 1905 betraue wieder den schwindelnd hohen Lohn von 1904, nämlich 1,13 M.! Da die Zahl der beschäftigten Frauen nicht gering ist, 4200 in 1901, 4400 in 1903 und 4726 in 1905, das ist 5,4 bis 5,5 Prozent der Gesamtbelegschaft, ergibt sich für das Kapital ein hoher Gewinn. Berücksichtigt man, daß die niedrigen Frauenlöhne den Durchschnittslöhnen beeinflussen, dann kommt man zu folgendem Resultat: Die frommen Plünderer eripieren durch die billige Frauenarbeit pro Tag circa 10 000 M. an Löhnen! So kommen die Stützen von Thron und Altar zu den gehellichten, eripierten und im Schwelge — anderer Leute verdienten Reichümern. Selbst-

berständlich werden die unter Kerkerhaft gehaltenen Frauen in Oberschlesien auch am allerhöchsten im ganzen Reich entloht. In den verschiedenen Bergbaubezirken betragen die Tageslöhne für weibliche Arbeitskräfte in Clandthal 2,16 M., in Rachen 1,88 M., in Halle 1,70 M., in Niederschlesien 1,54 M., im Harz und in Rastau 1,42 M. und in Oberschlesien 1,13 M.!

Wahrscheinlich ein nettes, christlich-katholisches Kulturbild!

Mit Bezug auf schlechte Arbeitslöhne im allgemeinen und für die Frauen im besonderen kann man sagen: Oberschlesien in Deutschland voran! Das erklärt genügend die verräterische Haltung des Zentrums gegenüber den Forderungen der Arbeiter, ihr zähes Festhalten an der politischen Entrechtung, an der Wehrlosmachung der Frau.

### Merkwürdige Agitation gegen die Eheform.

Graz, 27. März. (Eig. Bericht.) Die Merkwürdigkeit beabsichtigen bekanntlich gegen die geplante Eheform den österreichischen Reichsrat Petitionen als Zeichen des Volkswillens zu überreichen. Den Petitionsbogen kann jedermann unterschreiben, heißt es; von dieser gütigen Erlaubnis machen die Katecheten in vielen Volksschulen der deutschen und slawischen Alpenländer so ausgiebigen Gebrauch, daß seit einiger Zeit in den Religionsstunden zwangweise „Unterschrift-Übungen“ gemacht werden. In Anbetracht der Wichtigkeit der Meinung dieser sechs- bis zehnjährigen ist es wohl nur verständlich, wenn sie ihrer Ansicht durch mehrmaliges Unterschriften ein so nachdrücklicher Ausdruck verliehen.

Auch der Text der Flugschriften, die zum Sammeln von Unterschriften auffordern, ist recht interessant, zumal allhier sensationelle Enthüllungen über den wahren Zweck der Sozialdemokratie gemacht werden! In einem dieser Merkmalen Wahrheitsblätter heißt es:

„Die Sozialdemokratie will in ihren letzten Zielen die Ehe vollständig aus der Welt schaffen, insofern dieselbe behufs irgend welcher geordneter Beständigkeit der Jurisdiktion einer Autorität unterworfen ist. Zwei Personen, die eine aus dem männlichen, die andere aus dem weiblichen Geschlechte, sind sozialdemokratisch zur Befriedigung des Geschlechtstriebes und etwa auch des Nahrungstriebes so lange nebeneinander, als es ihnen wohlgefällt, als das Weib etwas Teint auf den Wangen hat und der Mann geborcht und als die Sinnlichkeit nicht einen Wechsel wünscht. Die sich gestern noch unabänderliche Treue geschworen hatten, können heute schon ungeniert auseinandergehen, um am morgigen Tage der Venus vulgava zu Liebe neue Beziehungen anzuknüpfen.“

Bei Kindern doch nicht wie das Gras zwischen Pflastersteinen gedeihen können, sondern fremder Pflege bedürfen, diese aber von ihren gottentfremdeten Erzeugern nicht erwartet werden kann und nicht geleistet werden will, so sind große gemeinschaftliche Aufbewahrungsanstalten gedacht und geplant, wo die Kinder Ammen und Pflegerinnen finden, die vielleicht schon zwanzigmal verheiratet und ebenso oft geschieden sind und nun keine Genossen ihrer Geschlechtsleidenschaft mehr finden, die zu nichts mehr sonst Verwendung finden als zur Verabreichung fittlich verpesterter Milch und zur Reinigung der kleinen Weiber!

Ja, solche Zustände strebt die freimaurerisch-verjudete Sozialdemokratie an und ist ihrer Verwirklichung bedeutend näher gekommen, wenn sie ihren Interimszweck erreicht.“

So weitern die Frommen und bieten ihren Leib im Insuperatell der bürgerlichen Wälder — dem Reifstietenden an. Dann lassen sie solchen Handel „einsegnen“ und die gottwohlgefällige, fittliche Ehe ist geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

### Die „Geheimnisse einer Polizeiwachtstube“ vor dem Reichsgericht.

Am 14. Dezember 1904 hatte die Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin den Polizeiwachtmeister Walcerz, den Schugmann Wald und den Kaufmann Kulse aus Charlottenburg wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, die beiden Beamten zudem noch wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt zu Geldstrafen von je 100 resp. 30 M. verurteilt.

Der Verurteilung lag ein Vorfall zugrunde, der bereits im Juli 1903 im „Vorwärts“ behandelt wurde und damals allgemeines Interesse erregte. Mehrere Arbeiter hatten eines Nachts gesehen, wie ein betrunkenen Arrestant von einem Schugmann ohne erkennbare Ursache mit der blanken Waffe trafiziert wurde. Der Arbeiter Dopieralski ging an die beiden heran und rebete dem Arrestanten gütlich zu, mit dem Beamten doch willig zur Wache zu gehen; gleichzeitig bat er auch den Schugmann, nicht so rücksichtslos seine Waffe zu gebrauchen, worauf dieser den Säbel auch einsteckte. Diesen Vorgang sah von einem Balkon aus der Kaufmann Kulse, ein wegen Sittenverbrechens mit Buchstaus vorbestrafter und wegen moralischen Schwachsinnus entmündigter Mensch. Er zog eine Trillerpfeife und gab damit nach Art der Polizeibeamten ein Rotzsignal. Gleich erschien der Wachtmeister Walcerz und verlegte dem intervenierenden Dopieralski wuchtige Fußtritte, ohne sich vorher zu vergewissern, um was es sich eigentlich handelte. Der so zu Unrecht Maltratierte ging jetzt mit dem Arrestantenzuge nach dem neunten Charlottenburger Polizeirevier, um den Namen des Wachtmeisters feststellen zu lassen. Kaum war er wieder draußen, so folgte ihm auch schon der Wachtmeister, packte ihn an der Gurgel und geriet ihn unter Schlägen und Stößen wieder in das Wachtlokal hinein. Hierbei half auch der trillerpfeifende „Kaufmann“ Kulse mit und gab dem Arbeiter noch einen tüchtigen Faustschlag ins Gesicht. Im Lokal selbst ist dann Dopieralski noch von dem Schugmann Wald mit einem verächtlichen Stoß dermaßen mißhandelt worden, daß er sich mit Wunden, Beulen und Striemen bedeckt in ärztliche Behandlung begeben mußte. Auf Grund dieser tatsächlichen Feststellungen kam das Gericht damals zur Verurteilung der Beamten wie auch des „Kaufmanns“. Dem letzteren konnte in der Verhandlung allerdings nicht nachgewiesen werden, daß er auch sonst der Polizei Vigilantendienste leistete.

Küßerst interessant war es in dem Termin aber zu sehen, mit welcher wahrhaft rührenden Fürsorge sich der Staatsanwalt der drei Angeklagten damals annahm. Er beantragte nicht nur deren Freisprechung, sondern hielt als Anklagevertreter die warmherzige Verteidigungsrede für sie, indem er dem so überaus arg mißhandelten Zeugen und Nebenkläger Dopieralski die Schuld an seinem Ungemach selbst zumah, dagegen die Angeklagten als förmlich eingetrennt hinzustellen suchte. Die Kosten zwischen dem Staatsanwalt und dem als Vertreter des Nebenklägers fungierenden Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht waren damals vollständig vertauscht, so daß jener die Verteidigungsrede hielt und dieser die Anklagerede halten mußte. Was Wunder, daß nach der Verurteilung nicht nur die drei Angeklagten, sondern auch der Staatsanwalt gegen das Urteil Revision einlegte.

So hatte sich denn kürzlich das Reichsgericht mit der Sache zu befassen, und dieses erkannte auf Verwerfung der Revision in ihrem vollen Umfange, weil die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts nicht erschüttert werden konnten und von einer Rottwehrhandlung der Verurteilten — die auch der Staatsanwalt ins Feld geführt hatte — absolut keine Rede sein könne. — Wie wir erfahren, befinden sich die beiden Beamten nach wie vor im Polizeidienst, wenn auch nicht mehr auf dem 9. Charlottenburger Revier.

Die Zurücknahme der Kündigung. Um die Frage, ob eine Kündigung auch dann als zurückgenommen gilt, wenn der Chef dies nicht mit den direkten Worten auspricht, sondern nur mit Redewendungen, die auf eine Zurücknahme schließen lassen, handelte es sich in einer Klage, die gestern vor der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts zum Austrag kam. Der Expedient N. verlangt von dem Geflügelhändler B. das Monatsgehalt pro Januar mit 100 M. Am 30. November war ihm per 1. Januar gekündigt worden. Im Laufe des Dezember sprach die Mutter des Klägers, eine gute Kundin des Beklagten, mit diesem im Interesse ihres Sohnes und frag, ob er ihn nicht behalten möchte. Der Beklagte beschwichtigte darauf die Frau mit den Worten: „Na, das ist gar nicht so schlimm, Frau N., es bleibt alles beim alten.“ Der Beklagte bestritt zwar, diesen Ausdruck gebraucht zu haben, die Frau bekräftigte aber ihre Aussage durch den Eid. Auch zum Kläger selbst äußerte sich der Beklagte auf seine Anfrage mit den Worten: „Gut, wir wollen's noch mal versuchen.“ Der Beklagte blieb dabei, er habe am 30. November regelrecht gekündigt und die Kündigung nie und nimmer zurückgenommen, was er zur Mutter gefagt habe, das seien Redensarten ohne ernste Bedeutung gewesen. — Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der 100 M. Eine Zurücknahme der Kündigung werde zwar am besten in klaren Worten ausgesprochen. Wenn aber der Beklagte auf direkte Anfrage seitens des Klägers wie dessen Mutter in verschleierte Form die Zurücknahme ausspreche, so müsse das als vollendete Zurücknahme angesehen werden, auch wenn der Beklagte vielleicht die geheime Absicht hatte, den Kläger nicht zu behalten.

### Briefkasten der Redaktion.

Revolution. 9. November 1848 Brangels Einzug in Berlin, Erschießung Robert Blums auf der Brigittenau bei Wien. — R. Z. Rein. — Emilie 17. Wenden Sie sich deswegen nochmals direkt an die Verwaltung der Zeitung. — 399. W. 1. Gehen Sie Erfindung ein auf dem offiziellen Patentamt für Schutz über die Details. 2. Lesen Sie im Berliner Adressbuch nach im II. Band, Teil IV, Seite 249/50. 3. Die betreffende Nummer der Zeitung kennen wir nicht. Ein bestimmtes Buch können wir darüber nicht empfehlen. Wenden Sie sich an eine gute Buchhandlung. — G. Z. 2500. 1. Halten Sie nur trotzdem den „Volkswillen“. 2. Mit „Anträgen und

Bündeln“ wenden Sie sich an die Redaktion bezgl. an die Rechtskommission oder den Verlag der Zeitung. 3. Die betreffende bürgerliche Zeitung ist Bogenblatt, sie ist im Privatbesitz und vertritt eine mehr persönliche Richtung, nicht die einer bestimmten Partei. — R. Z., Köpenickerstraße. 1. Etwa 250 bis 300 Mark. 2. An das Bezirkskommando. 3. Durch die Auskunftsstelle der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg kann auch im Reichstagsbuch auf jedem Postamt nachgeschlagen werden. — Metrich. Sie erhalten das Buch und die erforderliche Auskunft durch jede größere Buchhandlung. — Gottschalk. 1. Quittung. 2. Klarer fragen! — R. Z. 100. Warum wenden Sie sich nicht an Ihre Berufsorganisation? Wenden Sie die Adresse: A. Hildebrandt, Bahmannstraße 32a, Hofpart. — R. Z. 78. Schmer Rat zu geben. Vielleicht nicht Ihnen ein Besuch bei dem Kommunalvorsteher Herrn Böhrendt, Brunnenstr. 125, oder bei Herrn Rentier Hollmichel, Straßburgerstr. 32. Beide Montag, Mittwoch und Freitag 9-2 Uhr zu sprechen. — R. W. Durch die Geschäftsstelle: Reinhold Schröder, Köpenickerstr. 34, Arbeiter-Zimmerlein „Reise“.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Nachzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Altmar. 1. Die Kosten werden nach Maßgabe des Streitobjekts erhoben. Die hoch das Streitobjekt ist, legt das Obergericht als letzte Instanz fest. 2. Das gleiche. — R. Z. 5. Wenn Sie nicht etwa böse Absicht nachweisen können, ist leider nichts zu machen. — R. Z. 53. Er kann beiraten, sie kann auf Klimente klagen. Beispiele finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer. — R. W. 2. Einen Anspruch kann die Pflögern nicht erheben. — Hildebrandt. Wenden Sie sich doch an den Betroffenen persönlich. — R. Z. 26. 1. und 2. Nur, wenn der Vormund dem Vergleich beiträgt und das Vormundschaftsgericht den Vergleich bewilligt, ist er gültig. 3. Nein. — G. Z. 50. Soweit möglich, geht die Forderung zur Nachzahlung, also allen Erben. — Wekerl. Um an der Stadtverordnetenwahl teilnehmen zu können, müssen Sie Aufnahme in den preußischen Staatsverband nachsuchen. An der Gewerbeprüfungswahl können Sie teilnehmen. — Charlottenburg 100. Leider ja. — R. Z. 200. 1. Sie können beiden Staaten angehören. 2. Der Passus ist nützlich zu nehmen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist. — R. Z. 55. Sie sind für die ganze Mietzeit haltbar; Ihre Sachen halten, soweit sie der Pfändung unterliegen, für den Mietsbetrag. — R. Z. 77. Sie können Reklamation einlegen. — R. Z. 1. In der Regel in fünf Jahren. — Abfänger. An den Registrator und an das Hauptamt für direkte Steuern. — G. Z. 6. 1. Wir müssen Sie schon auf das Studium der Gewerkschaftsberichte darüber verweisen, wie die Organisationen sind und welche Organisation danach die beste ist. Sie können nicht in einem Briefkasten die Antwort auf die Frage verlangen, über die im „Vorwärts“ häufig genug des langen und breiten geschrieben ist. 2. Ja. 3. Nein. 4. Keinerlei Folgen. — R. Z. 100. Wenn Ihre Frau vor der Heirat mindestens 300 Mark geleistet hätte, so kann sie spätestens innerhalb eines Jahres Rückzahlung der Marken verlangen, wenn sie nicht vorzählt, selbst weiter zu leben. Wenn sie innerhalb zwei Jahren je 20 Mark leiht, so hält sie ihre Ansprüche aufrecht. — R. Z. 1000. 1. Ja. 2. und 3. Sache des Klägers ist es, vor Anstrengung der Klage sich sachverständigen Rat zu holen. — 97. G. Die Fragen müssen Sie beantworten. Ansuchen eine strafbare Handlung in charakteristischer oder unterlassener Anmeldung aus Ihrer Seite vorliegt, läßt Ihre Darlegung nicht erkennen. — R. Z. 25. Wenn Sie einen Anspruch geltend machen wollen, so müssen Sie ihn zunächst bei Ihrer Militärbehörde geltend machen und für den Fall, daß Ihr Anspruch abgewiesen wird, durch einen Anwalt innerhalb eines Jahres den Anspruch geltend machen. Ob Aussicht auf Erfolg, hängt wesentlich vom Gutachten der Sachverständigen ab. — O. Z. 43. Was vom Einkommen bei der Steuer abzuziehen ist, ist ausschließlich unter Lokales im „Vorwärts“ vom 18. März mitgeteilt. — R. Z. 37. Das kann als Beleidigung bestraft werden. Die Strafe wegen Beleidigung schwankt zwischen 3 M. und 600 M. und einen Tag bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe. — Will 100. Sie können nur auf Erfüllung des Vertrages klagen und Schadenersatz begehren. Eine angemessene Frist müssen Sie stellen. — Meier Herzfeld. Der Wirt ist im Recht, weil Rechte nicht lediglich zur Schikane ausgeübt werden dürfen. — Wedding 855. Sie müssen zunächst beim Amtsgericht Sühnetermin beantragen, bleibt er erfolglos, so können Sie die Klage wegen Verjährung einreichen. — W. G. 60. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß allgemeine Fragen nicht zweckmäßig sind. Schildern Sie den Sie betreffenden Fall und knüpfen Sie daran die Frage, deren Beantwortung Sie wünschen. — O. Z. 134. Mit dem vollendeten 21. Lebensjahre oder mit der erklärten Großjährigkeit vom Vollendung des 18. Lebensjahres ab ist Großjährigkeitserklärung zulässig. — R. Z. 8. Rein. — W. Z. 100. Wenn verabredungsgemäß über nach Herkommen die Milch in der von Ihnen geschickten Weise geliefert wurde, so wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß eine Klage auf Ersatz der gestohlenen Kanne nebst Inhalt Erfolg hätte. Ihr Verschulden liegt dann darin, daß Sie gebildet haben, daß die Kanne nur hingestellt wurde oder daß Sie zu spät öffneten. Lassen Sie es immerhin auf eine Klage ankommen. — R. Z. 8. Sehen Sie dem Uhrmacher eine angemessene Zeit und klagen Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist auf Rückgabe des Kaufgeldes oder auf Schadenersatz. — Judermann. Die Eröffnung des Geschäftes müssen Sie der Verwaltung der direkten Steuern anzeigen und bei der Polizei die Kartierungsmeldung nachsuchen. Soweit aus Ihrer Frage ersichtlich, gebrauchen Sie einen Hausierchein. — Peter Held. Der König von Preußen kann nur für Preußen, nicht für Deutschland eine Amnestie erlassen. — 000. R. Z. 8. Rein. — Alwine. 11 A. Sie können lediglich eine Darlehensklage gegen die Ehefrau, nicht gegen den Ehemann anstrengen. — Z. 20. Eine Schadenersatzklage wäre leider ohne Aussicht auf Erfolg. Sie können sich aber von der Polizei eine neue Karte geben lassen.

## Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bestester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

### Seefisch-Kochbücher gratis.

## Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fornsprecher: Amt III No. 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 80 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz). | (im Schlesischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

## Seefische-Volksnahrung!

Cabliau ohne Kopf 22 Pf.

im Anschnitt 25 Pf.

Gr. Schellfisch mit Kopf 32 Pf.

Seelachs 25 Pf.

Bratschellfische 20 Pf.

Knurrhähnen 20 Pf. 3 Pfund 50 Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Nur den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber teilsweise Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 30. März.  
Anfang 7½ Uhr:  
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold.  
Schauspielhaus. Der Erbforster.  
Deutsches. Debüt und die Spitz. Berliner. Edles Blut.  
Neues. Ein Sommernachtsstraum.  
Westen. Die Hispanerin.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Spartacus.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtisches Theater.) Ueber unsere Strafe. (II. Teil.)  
König. Roter Lampe.  
Komische Oper. Figaros Hochzeit.  
Neutral. Der Obersteiger.  
Metropol. Auf ins Metropol.  
Walhalla. Heinrich Heine. Die Walhalla-Anna.  
Kleines. Kinder der Sonne.  
Residenz. Der Prinzgemahl.  
Trianon. Roulou.  
Carl Weiss. Die lebende Brücke auf Araba.  
Lustspielhaus. Die von Hochstättel.  
Thalia. Bis früh um fünf.  
Luzern. Das Käthchen von Heilbronn.

Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.  
Kafkas. Die Herren Söhne.  
Kypolos. Das hummelnde Berlin.  
Spezialitäten.  
Herrnsfeld. Familientag im Hause Prellstein.  
Kollies. Spruce. Der Schmod.  
Dalkes u. Co.  
Wintergarten. Sahara! Die Kaiserin der Sahara.  
Spezialitäten.  
Velle-Mitance. Spezialitäten.  
Nichtshalten. Eretiner Sängler.  
Vahog. Spezialitäten.  
Urania. Laubenzweig 48/49.  
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

## Berliner Theater.

Anfang 7½ Uhr:  
Edles Blut.  
Sonabend: Der Widerspanstigen Zähmung.  
Sonntag nachm. 2½ Uhr zu ermäßigten Preisen: Kenn. Abends 7½ Uhr: Der Hüttenbesitzer.  
Urania Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Am Golf von Neapel.  
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

## Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr:  
Ein Sommernachtsstraum.  
Sonabend zum erstenmal: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7 Uhr.)  
Sonntag: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7½ Uhr.)

## Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr:  
Kinder der Sonne.  
Sonabend:  
Hidalla.

## Komische Oper.

Freitag, den 30. März 1906, abends 8 Uhr:  
Figaros Hochzeit.

Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Figaros Hochzeit.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Die von Hochstättel.

## Luisen-Theater.

Zum ersten Male:  
Das Käthchen von Heilbronn.  
Sonabend: Auf eigenen Füßen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.  
Abends: Der Verschwenker.  
Montag: Auf eigenen Füßen.

## Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr:  
!Auf - in's Metropol!  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollnander. Rauchen in all. Räumen gestattet.

## Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 152. Male  
morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Prinzgemahl.  
Sarkischer Schwanz in 3 Akten von R. Karof und J. Gancel.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Seltsamer Prozess.

## Zentral-Theater.

(Operette) 8 Uhr:  
Der Obersteiger.  
Deutsch-Amerikanisch-Theater. Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr.  
sowie Sonnabend Gastspiel Ad. Philipp

## 100. Er und Ich

Malo  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.

## Kasino-Theater

Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Die Herren Söhne.  
Vollständ in drei Akten von Waller u. Stein.  
Vorher das neue hulle Märzprogramm.  
Sonnt. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.  
Fröbels Allerlei-Theater  
Schönhauser Allee 14a.  
Jeden Sonntag: Vorhellung.  
Konzert - Theater  
Spezialitäten.  
Nach der Verteilung: Extratanz.  
Anfang 6 Uhr. Entrée 40 Pf.

## Walhalla-Theater

Heinrich Heine.  
Aufspiel in 3 Akten von H. Heine.  
Hierauf:  
Die Ballhaus-Anna.  
Voll u. Gef. i. 2 Akte v. Damm u. Haspel.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

## Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Zum letzten Male:  
Die lebende Brücke auf Araba  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend nachmittag 4 Uhr letzte Kindervorstellung: Aschenbrödel.  
Sonntagabend: Der Hüttenbesitzer.

## W. Noackes Theater.

Direktion: Rob. Dill. Braunnstr. 16.  
Zum letzten Male:  
Othello,  
der Mohr von Venedig.  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Sonabend: Venus für die Damen der Schauspielerei.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
 Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien  
 Sardou und G. de Rajac.  
 Bühnenbearbeitung v. D. Blumenthal.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (2 Teil.)  
 Schauspiel in 4 Aufz. von Hjördisjerne  
 Hjörnsen.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Militärstaat.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Räuber.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Militärstaat.**

**Passage-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Das neue März-Programm.  
**Antoinette Sohns**  
 Koloraturfängerin.  
**Geschwister Fiolati,**  
 Gesang und Tanz-Duo.  
**Fritz Schönbauer**  
 mit seinen lustigen Geschichten.  
 14 originale Spezialitäten.

**65 Abessinier** in  
**Castans Panoptikum**  
 Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
 70 dressierte 70  
**Eisbären**  
 unter persönlicher Vorführung  
 des Herrn **Hagenbeck.**  
 Herrn Ernst Schumanns Neu-  
 dressuren und die vorzüglich-  
 sten Programmmummern.  
 Zum Schluß zum 131. Male:  
 Die neueste und größte Sehens-  
 würdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
 Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
 Besonders hervorzuheben:  
**Eine Tigerjagd.**

**Zirkus**  
**Albert Schumann**  
 Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
 Das Sensations-Programm und  
 Eine absolute Lebenswürdigkeit!  
 Direkt aus China importierte  
 Chinesische Fische mit ihren hier  
 noch nie gesehenen  
**Cormorants**  
 Fische fangende  
**Tauchervögel.**  
 Mlle. Louise Marys  
**Eisbären**  
 und die Reste aller Pantomimen:  
**Femina** Frauenreich.  
 Sonntag: 2 Galavorst. nachm. 3 1/2 Uhr  
 (ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

Dresdenerstr. 97  
**Colosseum**  
 Otto Steidels Hamburger  
 Sänger.  
 Sonntag 2 Vorstellungen  
 nachm. 4 und abends 8 Uhr.  
 Nachm. Eintritt 25 Pf. 1 Kind frei.

**Gustav Behrens**  
 Spezialitäten-  
 Theater  
 Frankfurter  
 Allee 85.  
 Das sensationelle,  
 vollständig neue  
**März-Programm.**  
 Nur Schlager.

**Apollo-Theater.**  
 9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!  
**Das bummelnde Berlin.**  
 Burleske von Benno Jacobson.  
 Musik von Rudolf Nelson.  
 Im 3. Akte: **La Malschiche.**  
 Solo: **Liane d'Ève.**  
 Vorher 8 Uhr: Die glänzendsten  
 Spezialitäten.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Venus**  
 auf Erden und Spezialitäten.

**WINTERGARTEN**  
 Letzte  
 Vorstellungen  
 der australischen Tänzerin  
**Saharet**  
 als  
**Kaiserin der Sahara.**  
 Außerdem  
 das glänzende März-Programm.  
**Palast-Theater**  
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bd. Börse.  
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Letzte Woche!  
**Johnke Compagnie**  
 Red. Pantomime.  
**Geschwister Fronista**  
 Kunstgesangsduett  
 und 10 Attraktionen 1. Ranges.  
 'ne feine Nummer!  
 Burleske von Max Koch.  
 Familienarten in Barbier-, Friseur-  
 undigarrengehilfen unentgeltlich.

**Sanssouci.** Kottbuser  
 Straße 4a.  
 Dir. Wilhelm Reimer.  
 Sonnt. u. Feiert. Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sänger.  
 Sonntag zum erstenmal:  
**Hennig.**  
 Ammels. f. d. gr. Theateraal  
 g. nächst. Saison (a. f. Witt-  
 wochs) m. schon recht entg.

**Folies Caprice**  
 Budapest Possen-Theater  
 132 Lilonstr. 132.  
 Ecke Friedrichstraße.  
 Zum 14. Male:  
**Der Schmock**  
 und  
**Dalles & Co.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Kasse den ganzen Tag geöffnet.  
 Vorverkauf bei Wertheim.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Neu! Einquartierung.  
 Mit Humoreske v. Neujel  
 Anfang  
 Sochntags  
 8 Uhr,  
 Sonntags  
 7 Uhr.

Neu eröffnet!  
**Welt-Ausstellungs-  
 Biograph** (St. Louis)  
 Theater lebender  
 Photographien mit  
 abwechselnd. Abnormitäten-Prgr.  
 Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow,**  
 Münzstraße 16.

**Trianon-Theater.**  
 Anfang **Loulou.** 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.: **Die herbe Frucht.**  
**Bernhard Rose-Theater**  
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Die Geier-Wally.**  
 Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorsp.  
**Die Klöße von Rosen**  
 nach ihrem Roman von Wilhelmine  
 von Hillern.  
 Anfang 8 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr.  
 Billet-Vorverkauf von 10 bis 2 Uhr  
 an der Theaterkasse.

**Etablissement Buggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Täglich  
 in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Krug zum  
 Grünen Kranze**  
 Alexanderplatz  
 (im Keller)  
 Allabendlich:  
**„Fidelitas!“**  
 Damen-Orchester  
 Bedienung  
 nach Münchener Art.  
**Entree frei.**  
 Säle v. 200-1000 Pers. fassend.

**Gebrüder**  
**Herrnfeld-Theater.**  
**Familiengang**  
 im  
**Hause Prellstein**  
 mit den Autoren Anton u. Donath  
 Herrnfeld in den Hauptrollen.  
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
 Voranzeige!  
 Sonntag, den 1. April:  
**Abschiedsvorstellung**  
 mit vorhergehendem Festakt  
 u. Verabschiedung eines Souveniers  
 in Form eines Albums, welches  
 den Werdegang des Herrnfeld-  
 Theaters mit interessanten Ab-  
 bildungen enthält.

**Hansa-Theater**  
 Budapest  
 Possen-Ensemble.  
 Schöneberg, Goltzstr. 9, nahe Nollendorfplatz.  
**Eröffnung Sonnabend,**  
 den 31. d. M., abends 8 Uhr, 589L\*  
 Ferdinand  
**Grünecker.** mit erstklassigem Ensemble.  
 Armin  
**Springer.** Näheres auf Säulenanschlügen.

**Goßmanns Festsäle**  
 Kreuzbergstr. 48. Inb. Otto Ernst.  
 Jeden Freitag:  
**Original-  
 Harburger Sänger**  
 Dir.:  
 Carl Frick-Kascho-Krause.  
 Anfang 8 Uhr.  
 × Entree 20 Pf. ×

**Moerner's Blumengarten**  
 Ober-Schöneweide  
**Dampferstation Stern**  
 empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.  
 2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

**Einsegnungs-  
 Anzüge**  
 ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochlegant und  
 tadellos sitzend.  
**Beste Verarbeitung.**  
**Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.**  
 Die Preise sind je nach Größe.

Anzüge	in Satin-Kammgarn	12 M.
	von	12 an
Anzüge	in Rips-Kammgarn	15 M.
	von	15 an
Anzüge	in schmalgeripptem	17 M.
	Kammg. od. Kamm- garn-Cheviot von	17 an
Anzüge	in Rips-Kammgarn	20 M.
	oder Satin-Kamm- garn . . . . . von	20 an
Anzüge	in Corscrew-Kamm- garn . . . . . von	22 M.
	von	22 an
Anzüge	in sehr gut Kamm- garn-Cheviot oder	25 M.
	Ripskammgarn von	25 an
Anzüge	in feinstem Tuch- kammgarn od. hoch- elegantern Twill von	30 M.
	von	30 an

**Gesellschaftsanzüge**  
 für Herren.  
**Rock-Anzüge** von Twill, Cheviot,  
 Rips - Satin oder  
 Tuch-Kammgarn  
 27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.  
**Gehrock-Anzüge** von Tuch-  
 Rips- oder  
 Satinkammgarn  
 30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 M.  
**Frack-Anzüge** von hochf. Tuch-  
 od. Satin-Kammg.,  
 äußerst sauber,  
 mit Seide  
 abgefüttert 54, 60, 66 u. 72 M.

**Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung  
 und zu streng festen Preisen statt.**

**Carl Stier**  
 Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
 Berlin SO. | Berlin W.  
 Oranienstr. 166. | Potsdamerstr. 113a.  
 Potsdam, Nauener-Str. 23.  
 Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

**Unheimlich hoch**  
 sind noch immer die Fleischpreise! Darum,  
 wer sich eine kräftige, schmackhafte Fleisch-  
 brühuppe billig beschaffen will, der  
 nehme: **Knorr's Suppentafeln** und  
**Erdwürst**, die nur mit Wasser wenige  
 Minuten gekocht zu werden brauchen.  
 Sie bieten den besten Ersatz! Doch ist  
 besonders darauf zu achten, daß immer  
**Knorr's Suppentafeln** und **Erd-  
 wurst** verlangt werden!

**Hammel-Zentrale**  
  
**Hammelfleisch-Verkauf nach Preiser Art**  
**Dresdenerstraße 17**  
 vis-a-vis Tamaschke. 538L\*

Machen Sie einen Versuch mit Dänischem  
**Kapitän-Kautabak**  
 gesetzlich geschützt!  
 und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe am besten  
 schmeckt.  
 (5 u. 10 Pf.-Rollen u. Schleifen.)  
 Nur echt mit Zettelleinlage.  
**Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.**  
 × × Amt VII, 3861. × × 376L\*

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
 Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 28. d. M. verstarb die Ehe-  
 frau unserer Bundesmitgliedin,  
**Steuer**  
 aus Klub „Häcker“.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 31. März, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Reichshofes in Reiniden-  
 dorf, Scharnweberstraße 1/2, aus-  
 statt. 290/16  
**Der Vorstand.**

**Allgemeine Kranken- und Sterbe-  
 kasse der deutschen Drechsler**  
 und deren Berufsgenossen  
 (E.-G. 88, Hamburg.) Verwaltung B.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Metallarbeiter  
**Karl Seidel**  
 verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 31. März, nach-  
 mittags 5 Uhr, vom Kranken-  
 hause Bestend aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verein Berliner Hausdiener.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege  
**Robert Lingott**  
 Schöneberg, Ehrenstr. 23,  
 an der Proletarierkrankheit ver-  
 storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 30. März, nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Schöne-  
 berger Kirchhof, Baystraße, statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht.  
 8655 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Maschinen-  
 formner  
**Franz Bartoszek**  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 30. März, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 halle der Charlottenstraße auf dem  
 Charlottenkirchhof, Müllerstraße, statt.  
 Rege Beteiligung wird erwartet.  
 115/9 **Die Ortsverwaltung.**

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für 29/14\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Täglich von 4-8 Uhr  
 nachmittags findet Probe-  
 wachen mit Wafschma-  
 schinen und Wafschpulver  
 „Hyperle“ von dem  
 größten Spezial-Fabrik-  
 Geschäft der Welt Karl  
 Hermann in  
 G. S. Wilhelmstr. 11/12  
**Heinrich Lohbeck**  
 Berlin N.,  
 Invalidenstr. 142, Hof-  
 Energiegebäude.

**Landgasthof!**  
 mitten im Kirchhof, 3 Stellen v. Berlin,  
 Bahnh., a. Bad u. Wasser, großer Ber-  
 liner Sommer- u. Winterverehr., mit  
 62 Morgen Land. Anzahl. 10-15 Mk.,  
 ev. auch ohne Land. Agent. verb. Anfr.:  
**Iszrogat, Sommerfeld bei Bootz.**

**Neues Spezial-Geschäft!**  
**Arbeiter-Bekleidung**  
 jeder Art; derbe Qualitäten.  
**Praktische**  
**Berufskleidung**  
 für alle Zweige der Industrie.  
 Nur gute roelle Ware.  
 Billigste, streng feste Preise.  
**Kohnen & Jöring**  
 Alexanderstr. 12 zwischen  
 Alexanderplatz  
 und Jannowitzbrücke.

**New-Departure-Freilauf-Bremsnabe**  
 Die beste der Welt Millionen im Gebrauch  
 Erhältlich in jeder besseren  
 Fahrradhandlung.  
 Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.





Vorort
Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Inferate Sechsgipfene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 49. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 75. Freitag, den 30. März 1906.

Partei-Angelegenheiten.

Schenkendorf. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 31. März, abends 8 Uhr, bei Pätzsch seine Mitgliederversammlung ab. Pflicht der Genossen ist, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Vorort-Nachrichten.

Wahlergebnisse.

Kummelsburg. Bei der gestern stattgehabten Nachwahl im 8. Kommunalwahlbezirk erhielt von 277 abgegebenen Stimmen unter Parteilose Gorgas 233 Stimmen, während der gegenwärtige Kandidat, Junungs-Schlichtermeister Franke, 44 Stimmen auf sich vereinigte.

Niederschönhausen. Die Stichwahl in der dritten Wahlkreisabteilung am Mittwoch hat leider den Sozialdemokraten nicht den Sieg gebracht. Auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen 342 Stimmen, auf den sozialdemokratischen 294 Stimmen. Wegen einer so zahlreichen Jorenenschaft, wie sie Niederschönhausen aufzuweisen hat, vermag vor der Hand auch die regste Agitation von unserer Seite nichts auszurichten. Und das „vereinigte Bürgertum“ unseres Ortes siegte diesmal fast ausschließlich durch das Papier; neben 137 am Wahltag für den bürgerlichen Kandidaten abgegebenen Stimmen wurden 206 Jorenstimmchen verlesen (außerdem waren noch über 30 Jorenstimmchen vorhanden, die für ungültig erklärt wurden). Unser Kandidat erhielt 60 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl. Durch nichts konnte den Arbeitern Niederschönhausens das Wahlrecht des bestehenden Gemeindevahlrechts wohl deutlicher vor Augen geführt werden, als durch die immense Zahl der Jorenstimmchen. Leute, die mit unserer Gemeinde nichts weiter zu tun haben, als daß sie für ein in der Niederschönhäuser Gemeindefassung gelegenes Grundstück jährlich drei Mark Steuern zahlen, sonst aber gar nicht am Orte wohnen, können durch eine billige Vollmacht mitraten und militären zur Niederhaltung der im Dorfe wohnenden Arbeiter, die alle ihre Lebensbedürfnisse am Ort decken und sein Emporblühen in erster Linie veranlassen. Eine bessere Illustration zu den bestehenden politischen Mißständen und eine bessere Agitation zum Wahlrechtskampf können wir uns wohl kaum wünschen!

Diesmal ist es dem vereinigten Bürgertum noch gelungen, einen äußeren Erfolg davonzutragen; es wird der letzte gewesen sein. Der moralische Sieg ist auf unserer Seite. Uns kam keine papierne Vollmacht zu Hilfe. Stolz können wir auf das außerordentliche Wachstum unserer Stimmzahl blicken. Noch vor zwei Jahren schnitten wir mit 98 Stimmen ab; die Hauptwahl am 16. d. M. brachte uns 234 Stimmen, die Stichwahl 294; das ergibt für uns einen Stimmzuwachs von 200 Proz. innerhalb zweier Jahre. Die vorläufig am Wahltag abgegebenen Stimmzahl der „Negreischen“ Bürgerlichen sank von 100 in der Hauptwahl auf 137 in der Stichwahl; das ist jedenfalls auch ein charakteristisches Zeichen für den „Stieg“! Bei den nächsten Gemeindevahlwahlen ist uns der Sieg sicher. Bis dahin aber heißt es, unermüdet agitierten, alle Pässigen und Laien wachrütteln, denn nur mit dem Wachstum unserer politischen Organisation am Orte kann und wird auch unsere Stimmzahl bei den nächsten Gemeindevahlwahlen weiter erstarken und den Sieg erzwingen.

In Fickelsdorf wurde bei der Gemeindevertreterwahl Genosse Horn wiedergewählt.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten setzten am Mittwoch in einer ungewöhnlich langen, stellenweise recht erregten Sitzung die zweite Beratung des Etats fort. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion lagen hierzu eine ganze Reihe von Anträgen vor. Zunächst begründete Stadtd. Vogel (Soz.) zum Gadausaltsetat einen Antrag, den Gaspreis pro Kubikmeter von 13 auf 12 1/2 Pf. herabzusetzen. Obwohl Redner darauf hinwies, daß es sich um einen Antrag handle, der in früheren Jahren stets von der liberalen Fraktion eingebracht war, brachten doch gerade die Liberalen den Antrag diesmal zu Fall. Ihr Wortführer, Stadtverordneter Kaufmann, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Stadt Charlottenburg den durch den Antrag entstehenden Ausfall von 200 000 Mark unmöglich tragen könne.

Eine mehrstündige Debatte rief der sozialdemokratische Antrag zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ hervor, der den Magistrat um erneute Erhebungen betreffs Anstellung von Baukontrollleuten aus der Arbeiterklasse ersuchte. Unsere Genossen Hirsch und Scharrnberg erinnerten den Magistrat daran, daß er früher einmal auf diesem Gebiete ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe. Leider habe er die Gelegenheit, sein theoretisches Wohlwollen in die Praxis umzusetzen, bei dem Neubau des Schiller-Theaters unbenuzt vorübergehen lassen. Unsere Genossen wiesen sodann an der Hand eines umfangreichen Materials nach, daß auf dem Neubau des Schiller-Theaters traffe Mißstände beständen. Die Lohnmänner, die von dem Unternehmer die Durchführung der Arbeitsschubbestimmungen verlangten, seien entlassen und durch Affordmänner ersetzt worden. Heber die Schädlichkeit der Affordmänner herrsche wohl kein Zweifel, und gerade eine Staditverwaltung, die doch in erster Linie verpflichtet sei, für die Anwendung der besten Arbeitsmethoden zu sorgen, sollte ein solches, von der aufgklärten Arbeiterklasse aufs schärfste bekämpfte System nicht unterstützen.

Die Vertreter des Magistrats und der bürgerlichen Parteien verhielten sich den sozialdemokratischen Forderungen gegenüber durchwegs ablehnend. Es wiederholte sich in der Debatte das Schauspiel, das man in allen Parlamenten bei derartigen Anlässen beobachten kann: Den Angaben der Arbeiter wird kein Glauben beigegeben, während an der Wahrheit der Mitteilungen der Unternehmer nicht gezweifelt wird. Es wird von Terrorismus und Vergleichen gesprochen und der Anschein erweckt, als ob die Arbeiter durch die Sozialdemokratie verhetzt seien. Mit Recht erwiderte Genosse Hirsch dem Oberbürgermeister, daß seine Ausführungen den früheren Reichstagsreden des seligen Freiherrn v. Stumm vertieft ähnlich sähen und mit Recht nagelte er die Tatsache fest, daß die sogenannten Liberalen so wenig soziales Empfinden haben, daß sie den schmerzhaften Reiben des Magistratsbetreters lebhaften Beifall gaben. Daß der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde, bedarf kaum noch besonderer Erwähnung.

Zu dem Kapitel „Höhere Lehranstalten“ gelangte eine Resolution des Stadtschulrates zur Annahme, die den Magistrat ersucht, bei Gründung neuer Höherer Lehranstalten keine Vorzüge mehr einzurichten.

Die Beratung des Kapitels „Gemeinschaften“ gab unseren Genossen wieder einmal Gelegenheit, die Grundlosigkeit des Kommunalreformplans zu beleuchten. Wie bereits mitgeteilt, haben die Liberalen ihren Antrag auf Gewährung freier Lernmittel im Etatsauschuß zurückgezogen, angeblich weil sie das Zustandekommen des Planes der Hebung der Volksschulen nicht gefahrten wollten, in Wirklichkeit, weil sie es auf keinen Konflikt mit dem Magistrat ankommen lassen wollten. Genosse Hirsch nahm den liberalen Antrag wieder auf, er begründete ausführlich die Notwendigkeit der Gewährung freier Lernmittel für alle Kinder der Volksschulen und kritisierte in scharfer Weise das Verhalten der Liberalen. Diese suchten sich vergebens herauszureden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie ihren grundsätzlichen Standpunkt dem Magistrat zuliebe verlassen haben. Schließlich wurde der sozialdemokratische Hauptantrag auf Gewährung freier Lernmittel an alle Kinder der Volksschulen mit großer Mehrheit abgelehnt und ebenso der Eventualantrag auf Gewährung freier Lernmittel wenigstens für die Kinder der untersten Klassen. Die Abstimmung über diesen letzteren Antrag war eine namentliche, dafür stimmten außer den Sozialdemokraten nur sechs Mitglieder der liberalen Fraktion. Auf Antrag Kaufmann (lib.) wurde dann ein Kompromiß zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten geschlossen, auf Grund dessen die Mehrheit sich verpflichtete, in den nächsten vier Jahren ihre Forderung auf Gewährung freier Lernmittel nicht wieder zu erheben. Die Sozialdemokraten stimmten selbstverständlich gegen dies Kompromiß und erklärten auch, daß sie sich hieran nicht gebunden halten würden.

Nachdem sodann noch ein Antrag unseres Genossen Vorchardt auf Einstellung weiterer 100 000 M. zur Gründung einer neuen Volksschule abgelehnt war, wurde nachts 11 1/2 Uhr die weitere Staditberatung auf Donnerstag vertagt.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Für den heute, Freitag abends 7 1/2 Uhr, im Volkshause stattfindenden Kunstabend „Heinrich Heine und Zeitgenossen“, zu dem, wie wir nochmals in Erinnerung bringen, auch Nichtmitglieder als Gäste Zutritt haben, ist eine Anzahl bedeutender Künstler gewonnen worden. Josef Danegger, der neue Regisseur der Volkshöhle, wird mehrere Gedichte Heines („König Langohr I“, „Die Wanderratten“, Stellen aus „Deutschland, ein Wintermärchen“ usw.) dirigieren und der bekannte Pianist Leo Kestenberg, der vor kurzem in Berlin und Leipzig erfolgreich konzertiert hat, eine Reihe Klavierwerke, unter anderem auch die von Franz Liszt bearbeitete „Marschallaise“, zum Vortrag bringen. Außerdem wirken noch eine Anzahl anderer Kräfte mit. Eintrittskarten a 30 Pf. sind für Mitglieder und Gäste an den bekannten Verkaufsstellen und abends an der Kasse zu haben.

Rixdorf.

„Direktor“ des Internationalen Heiratsbureaus „Zukunft“. Die Rixdorfer Kriminalpolizei hat gestern einem geriebenen Heiratschwindler das Handwerk gelegt. Vor einiger Zeit gründete der ehemalige 58 Jahre alte Schlosser Ernst Rodrian das „Internationale Heiratsbureau Zukunft“. Er selbst war der „Direktor“ des „Unternehmens“. Das „Bureau“ arbeitete in folgender Weise: Er ließ in auswärtigen, namentlich in süddeutschen Zeitungen Heiratsgesuche reicher Damen und ließ die Bewerbungen nach dem Postamt Berlin SW. 19 adressieren. Er setzte sich sodann mit den heiratslustigen Herren in Verbindung und teilte ihnen dann mit, daß die betreffenden Damen inzwischen leider ihre Wahl getroffen hätten. Er sei jedoch in der glücklichen Lage, ihnen ähnliche gute Partien zu vermitteln. Photographien und nähere Auskünfte würden den Bewerbern in den nächsten Tagen zugehen. Dies geschah auch, aber die Empfänger mußten „zur Dedung der Unkosten“ 13,20 Mark Nachnahme bezahlen. Damit war die Tätigkeit des Heiratsbureaus „Zukunft“ erledigt, anderenfalls müßte ein weiterer Vertrag bezahlt werden. Mehrere der Betroffenen wandten sich schließlich an die Kriminalpolizei, welche den Heiratschwindler als „Direktor“ der „Zukunft“ ermittelte und wegen Betruges verhaftete.

Weihensee.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde die Wahl von zwei Schöffen vorgenommen und fiel die Wahl auf die Gemeindevorteeter Rother und Seebert, deren Einföhrung in der letzten Sitzung erfolgte. — Die Gemeindevertretung stimmte alsdann einem Antrage zu, wonach das Grundstück Langhandstraße 146/147 verkauft werden soll, da es, wie angegeben wurde, zu Gemeindezwecken nicht zu verwenden sei. Unsere Genossen sträubten sich gegen diesen Verkauf vergebens, man überließ es der Privat speculation und es ist die Genehmigung des Kreisauschusses auch bereits erfolgt. — Die Annahme einer Ordnung betreffend die Erhebung einer Grundwertzuwachssteuer hat Aussicht auf Erfolg. Eine solche Vorlage lag der letzten Gemeindevorteeterung zur Annahme vor, jedoch verwies man die ganze Materie nochmals an eine Kommission, der auch die Genossen Schmutz und Taubmann als Nichtausbesteller angehören. Trotz aller Quertreibereien verschiedener Interessenten nahm die Kommission die gesamte Steuerordnung ohne wesentliche Änderungen an, so daß auch im Plenum die Annahme gesichert ist.

Lichtenberg.

Die Frage unserer Genossen, ob Lernmittel an bedürftige Schüler der Volksschule Armenunterstützung darstellen, wodurch politische Rechte verloren gehen, hat anlässlich der Generaldiskussion der Gemeindevorteeter verneint.

In unserem Etat figuriert die Volksschule mit einer Ausgabe von insgesamt rund 539 000 M., der eine Einnahme von 35 400 M. gegenübersteht. Der Zuschuß der Gemeinde beträgt rund 526 000 M. An neun Volksschulen unterrichten zurzeit 147 Lehrkräfte, während 157 Schulklassen vorhanden sind. 10 Klassen werden als „fliegende“ bezeichnet. Das Grundgehalt der Direktoren beträgt 3000 M., die Pflanzschullehrer 700 M., an Alterszulagen werden 9 x 225 M. gewährt, so daß sich das Höchstelkommen auf 4725 M. beläuft. Die Lehrer haben 1900 M. Grundgehalt, 500 M. Alterszulage und 9 x 225 M. Alterszulage, also ein Endgehalt von 3825 M. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen beziehen ein Grundgehalt von 1100 M., eine Pflanzschullehrerin von 330 M. und 9 mal 150 M. Alterszulage, — also ein Endgehalt von 2780 M. Die technischen Lehrerinnen fangen mit 900 M. und 330 M. Alterszulage an, 9 mal 80 M. Alterszulage und ihr Endgehalt beträgt 1930 M. Die Ausgaben für die Volksschule pro Kopf der Bevölkerung betragen 8,05 M. für das Jahr 1905, während 1897: 15,4 M. und 1895: 3,70 M. als Berechnung angegeben werden. Unsere Genossen haben bei Besprechung des Schulrats auf das Fehlen der Hilfsklassen hingewiesen und sind auch der Bedenkenart, daß viele Eltern der Kinder die obligatorische Lieferung freier

Vermittel als Geschenk ablehnen würden, begegnet. In letzterer Beziehung wiesen die Genossen besonders darauf hin, daß die „besserstuitierten Eltern“ den hohen Zuschuß für den Gymnasialisten gegenüber dem Volksschüler aus der Steuerklasse ohne jedes Bedenken annehmen.

Ober-Schöneweide.

Gemeinderatsung. Die Beratung der Resolutions wurde fortgesetzt. In Anbetracht des Umstandes, daß die dritte Gemeindevorteeterung erst im nächsten Jahre zur Vollendung kommt, wird die Errichtung von zwei Schulbaracken für 20 000 M. beschlossen. Von unseren Genossen wird über mangelhafte Reinigung der Turnhallen geklagt, und deren unentgeltliche Herabgabe an die Turnvereine beantragt. Der Antrag wird abgelehnt. Die Beiträge an die Kirchengemeinden, in Höhe von 4000 M., welche zum erstenmal im Etat fehlten, werden nach längerer Debatte wieder eingesetzt. Nachdem Genosse Grunow die Falschheit der Begründung dargelegt, glaubte Herr Lehmann als Viedermann auf die Begleiterscheinungen der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich, als abschreckendes Beispiel hntweisen zu müssen. Herr Feldmann fürchtet bei erhöhten Kirchensteuern einen Massenaustritt aus der Kirche. (Ganz richtig!) Das Gehalt des Pfarrers der evangelischen Kirchengemeinde in Höhe von 800 M., welches diesmal ebenfalls fehlte, wollten die Frommen gleichfalls retten. Vom Gemeindevorteeter und Genossen Grunow wird dies bekämpft, die Wahrnehmung der Kirchgeschäfte des Gemeindefriedhofes sei Sache der Gemeindevorteeter. Demgemäß wurde beschlossen, beim Etat der höheren Schule nahm Genosse Grunow Veranlassung darzulegen, wie man die Vertretung umgeht. Als Mitglied der Rechnungs-Kommission habe er bei Prüfung der Rechnung 1904/05 Ausgaben gefunden für: eine Wismarck-Büste, als Anerkennung der Verdienste des Kreis-Schulinspektors um die höhere Schule im Werte von 87 M., ferner mehrere hundert Mark für Reisen einzelner Herren weds Entgegennahme von Probelektionen anzustellender Lehrkräfte der höheren Schule. Man möge solche Fürsorge zum mindesten auch der Volksschule angedeihen lassen, der Charakter als Standeschule trete hier wieder zutage. Der bloßen Andeutung unserer Forderung einer Einheitschule glaubte Herr Lehmann entgegenhalten zu müssen, daß hierdurch das Niveau der Bildung sinke. Genosse Grunow fand es sonderbar, daß gerade Kinder reicher Leute nur fähig wären, eine höhere Schule zu besuchen. — Der Antrag unserer Genossen, für das zu errichtende Gewerbe- und Kaufmannsgericht eine Summe in den Etat zu setzen, gab Herrn Hegewald Veranlassung die Frage zu stellen, ob ein solches überhaupt von der Vertretung beschlossen sei; Klärung hierüber soll später erfolgen. — Der Antrag auf Vermehrung der Gemeindevorteeter wird, wie üblich, abgelehnt. Sogar die Herren Steiler und Friescke stimmten dagegen. Der Antrag des Grundbesitzer- und Bürgervereins: Gemeindevorteeter den Vertretern nicht zu übertragen, zeitigte eine heftige Debatte. Herr Lehmann ritt auch hier wieder die hohe Politik. Man befürchtet in Verfolg eines solchen Beschlusses, daß kein fähiger Gemeindevorteeter mehr zu haben wäre. Genosse Grunow gab hierauf den Rat, das Klassenwahlrecht zu beseitigen, — die Arbeiterchaft wird schon für genügenden Ersatz sorgen. Der Antrag wird gegen drei Stimmen abgelehnt.

Königs-Wusterhausen.

Beim Rangieren überfahren und getötet wurde der auf dem Güterboden der Station Königs-Wusterhausen beschäftigte Arbeiter Lehner. Er wollte, wie nachträglich gemeldet wird, in der Nacht zum Dienstag, den Bahnkörper des Rangierbahnhofs überschreiten und verfuhrte unmittelbar vor mehreren von der Maschine abgestohlenen Wagen ein Rebenfeld zu erreichen. Er glitt vermutlich hierbei aus und stürzte so unglücklich, daß er quer vor die herantrollenden Wagen zu liegen kam. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Brustkasten hinweg; er wurde auf der Stelle getötet.

Hergfelde.

Zu der Weisfeier nahm die am Sonntag tagende Versammlung des Wahlvereins Stellung. Man beschloß, am Sonntag vor dem 1. Mai eine Volksversammlung abzuhalten und am Dienstag, den 1. Mai, nachmittags ein Vergnügen zu arrangieren. Unter Berücksichtigung brachte ein Genosse einen Fall zur Sprache, der die Armenfürsorge der Gemeinde Hergfelde gerade nicht in rosigem Lichte erscheinen läßt. Man hörte: Ein Familienvater mit sechs unmündigen Kindern liegt seit einem Jahre hilflos danieder. Die Frau geht zum Gemeindevorteeter und bittet denselben um Unterstützung; sie erhält hierauf 20 M., den andern Monat 6 M. Indessen wird dem kranken Manne Invalidentrente gewährt und 112 M. ausbezahlt. Die Gemeinde, nichts eiligeres zu tun, zieht sofort 60 M. Armenunterstützung ab; es wird außerdem eine Tochter Ostern konfirmiert und steht bei Bezahlung der Miete die Familie wieder mittellos da. Von den nun alimonatisch erhaltenen 12,50 M. Invalidentrente kann eine achtköpfige Familie nicht leben und wurde die Frau gezwungen, wieder um Armenunterstützung anzuklagen. Hier erhielt sie jedoch die Antwort, daß sie ja noch rüstig sei und sich auf mancherlei Art Geld verdienen könne. Eine Bemerkung hierzu dürfte auf den Katbestand nur abschwächend wirken.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Eine Agitationsversammlung für die politische Organisation, in der am Sonntag Genosse Böke-Rixdorf über die Sozialdemokratie und ihre Forderungen referierte, hatte einen recht ansehnlichen Erfolg. 36 Versammlungsbesucher leisteten der Aufforderung, in den Wahlverein einzutreten, unterzüglich Folge.

Potsdam.

Die Stroßenbahnfrage wird den Hauptpunkt der am nächsten Freitag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung bilden. Nach der Freigabe der Langen Brücke ist ja die Hauptbedürftigkeit für die Einführung des elektrischen Betriebes befeitigt. Bei dem allseitigen Interesse, das die Stadt an der endlichen Realisierung dieses modernen Verkehrsprojektes hat, ist es ja selbstverständlich, daß die Zubetriebung der elektrischen Stroßenbahn so schnell wie möglich geschehen wird. — Die der Regierung vorliegenden Magistratsentwürfe lehnen sich mit wenigen Abweichungen resp. Erweiterungen an die jetzigen Linien der Stroßenbahn an. Besonders beachtenswert sind auf eine schnelle und direkte Verbindung mit dem Bahnhof von allen Teilen der entfernten gelegenen Stadt genommen werden. — Von neuen Linien, wie sie in dem früheren Ringbahnprojekt bis nach Neubabelsberg und Kottbus geplant waren, ist vorläufig Abschied genommen worden. Nur die Linie Hauptbahnhof—

